

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 2

Februar 1974

2 Schilling

In einer Zeit, in der das politische Leben allzusehr in der Routine des Tages zu verflachen, in der politische Ideen zu verwittern drohen, in der große Bewegungen mit müden Segeln des Opportunismus irgendeinem unbekanntem Hafen zutreiben, muß es gut sein, an die Kämpfe der Arbeiterbewegung zu erinnern, an den Heroismus ihrer Frühzeit und daran, daß er verschwunden zu sein schien in jener Zeit, in der sie mächtig, der aber wieder auftauchte und mobilisiert werden konnte, als sie gefährdet war. Vieles von dem, was man uns heute rät – etwa eine liberale Volkspartei zu werden –, hat man uns auch in den dreißiger Jahren anempfohlen, und manches ist damals klüger gesagt worden als heute. Wäre die Bewegung diesen Weg gegangen, hätte sie auf die gehört, die aus ihr nicht eine Partei, die lediglich der Tagespolitik zugewandt ist, machen wollten. Hätte es den Heroismus des Februar nicht gegeben. Diesen Heroismus war die Voraussetzung der Wiedererstehung der Partei 1945, ohne ihn hätte es die illegale sozialistische Bewegung von 1934 bis 1938 und die von 1938 bis 1945 nicht gegeben. Nur weil wir nicht bereit waren, uns politischen Gesundheitsbetern, Entleerungspolitikern und Pseudorealpolitikern auszuliefern, haben wir die recht behalten, die in den Nächten nach der Niederlage an die Hauswände schrieben, „Wir kommen wieder“. Die Sozialistische Partei ist keine Partei wie jede andere. Die Männer und Frauen, die für sie eintraten, haben sie zu einer Partei im historischen Sinne gemacht, zu einer Partei, die die Gesellschaft umgestaltet hat und weiter umgestalten wird. Der Parteitag 1974 wird seine Beschlüsse in diesem Sinne fassen.



12. Februar

Die große Krise des Kapitalismus erschütterte seit Jahren die Welt. Das Gefüge einer alt gewordenen Wirtschaftsform schien endgültig zu zerbrechen. Auch Österreich war seit langem von dieser schleichenden Seuche ergriffen. Keines der versuchten Mittel gegen die würgende Arbeitslosigkeit, die immer wieder auch die politische Kraft der Arbeiterschaft lähmte. Das Parlament gab seit Monaten kein wahres Spiegelbild der ringenden Mächte — die Auseinandersetzungen auf dieser politischen Bühne waren immer mehr zu Scheingefechten geworden.

Dazu hatte der Faschismus an den Grenzen der Republik den reaktionären Kräften in unserem Land längst nicht nur seine ermutigenden Zeichen gegeben, sondern tatsächliche Hilfe geleistet. Die österreichische Arbeiterklasse hatte mit brüderlicher Anteilnahme den Verzweifelungskampf der italienischen Genossen gegen den Faschismus beobachtet; für sie war Mussolini von Anfang an der feige Mörder, der Führer der roten Landarbeiter Matteotti jedoch tapferer Kämpfer und Vorbild zugleich. Auch aus Ungarn kamen immer mehr warnende Berichte über die sich steigernde Unterdrückung. Und die Barbarei des Nazismus war mit der

Machtergreifung dem Sehenden schon damals vollständig offenkundig geworden.

Noch konnte bei uns von einem Gleichgewicht der einander bekämpfenden reaktionären Richtungen gesprochen werden; noch hatte der Hitlerismus seinen ersten außenpolitischen Schritt nicht getan. Aber eines zeichnete sich immer klarer ab: Im Kampf gegen die letzten demokratischen Rechte, die eine wirtschaftlich arg geschwächte Arbeiterklasse allein verteidigte, waren alle bürgerlichen Parteien sich einig. Zuerst sollte die Sozialdemokratie fallen und das rote Wien zertrümmert werden. Dann würde man ja weiter sehen!

Schritt für Schritt drangen die halbfaschistischen und die faschistischen Parteien und deren Gruppen vor. Getarnt und offen, da im wirtschaftlichen und dort im politischen Bereich, entschieden sie fast jedes Gefecht für sich, dem Entscheidungskampfe zusteuern. Schließlich wurde das Parlament durch einen Putsch des Formalismus außer Kraft gesetzt, aber der „Formalismus“ war nicht einmal eine notdürftige Lüge gewesen, den Gewaltakt zu beschönigen. Kleinere und größere Streiks, aus verschiedenen Motiven entstanden, immer aber die Probe für das Letzte bedeutend, brachen zusammen und zeigten einem längst zur Gewalt entschlossenen Feind, daß die stärkste Waffe der Arbeiterschaft, der Generalstreik, stumpf geworden war. Und selbst die geringste Bereitschaft einiger bürgerlicher Führer, mit einer Sozialdemokratie, die sie sich sehr gefügig dachten, auf einer neuen reaktionären Grundlage zusammenzuarbeiten, wurde von den führenden faschistischen Verführern voll Größenwahn und Hohn abgelehnt.

Die großen Demonstrationen, Aufmärsche und die oft stürmischen Massenkundgebungen unserer Partei, trotz einer geknechteten Presse nach außen machtvoll, wurden vom sprungbereiten Heimwehfaschismus und seinen Hintermännern nur noch vom militärischen Gesichtspunkt aus kontrolliert: waren die Gewehre, Maschinengewehre und Kanonen des Staates ausreichend genug, die proletarischen Massen niederzuschlagen.

So stand im Februar 1934 in Österreich der Reaktion nur eine Macht entgegen: der Republikanische Schutzbund. Seit 1918, als die zurückflutenden Heimkehrer, die proletarischen Soldaten des Weltkrieges, den Ruf der Partei verstanden hatten, war er Schild der Arbeiterklasse gewesen: Niemals wollte er zulassen, daß die Monarchie, das gehaßte Regiment der Habsburger, wiedererstande! Niemals sollte die Arbeiterschaft zu vertrauensselig an eine innere Bereitschaft der Besitzenden glauben, die demokratischen Freiheiten und Rechte wahrhaft zu garantieren und gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu verteidigen! Und niemals sollte eine gewalttätige Reaktion die Republik wieder stürzen können.

Die Genossen im Schutzbund hatten all die Jahre lang ihr Versprechen gut und treu gehalten, allen Schwierigkeiten zum Trotz! Jetzt waren sie — sie allein! — bereit, ihr Leben einzusetzen.

Die letzten Drohungen der Heimwehputschisten gegen die Sozialdemokratie wurden vom Schutzbund richtig gehört: Die Reaktion setzte also zum letzten und entscheidenden Angriff an. Die

An das österreichische Volk!

Der Ruhm des Herrn Göring läßt den Herrn Frey nicht schlafen.

Göring hat erdichtet, daß die Kommunisten im Einvernehmen mit den Sozialdemokraten den Reichstag angezündet haben, **um den Vorwand für die Auflösung der beiden Arbeiterparteien zu schaffen.**

Ganz ähnlich redet der Herr Frey von einem gefährlichen Komplott des Republikanischen Schutzbundes gegen die Sicherheit des Staates, **um den Vorwand zu schaffen für einen Schlag gegen das Wiener Rathaus und gegen die Sozialdemokratische Partei.**

Gleichzeitig aber bewaffnet Frey die Heimwehrbanden und inszeniert Putsche gegen die Verfassung der Länder.

Saben die Arbeiter jemals ihre Waffen mißbraucht?

Seit elf Monaten nimmt die Arbeiterschaft geduldig die schamlosesten Provokationen hin, um unser Land vor der Katastrophe des Bürgerkrieges zu bewahren.

Der Herr Frey aber, der die Arbeiterschaft bis aufs Blut reizt, wagt es, von einem „verbrecherischen Anschlag bolschewistisch-marristischer Elemente gegen die Bevölkerung“ zu reden!

Die Wahrheit ist:

Die Sozialdemokraten greifen niemanden an — weder Bürger noch Bauern.

Wenn sich die Arbeiter zum Kampfe mit der Waffe bereithalten, so nur **für den einen Fall:**

Wenn Faschisten es wagen sollten, die beschworene Verfassung der Republik vernichten zu wollen.

Denn es ist das gute Recht jedes Volkes, seine Freiheit zu verteidigen! Kein Volk ist der Freiheit wert, das um der Freiheit willen nicht alles einzusetzen bereit ist.

Wenn das Volk nicht entschlossen ist, seine Verfassung, die es sich selbst gegeben hat, die von allen Organen des Staates mit heiligen Eiden beschworen wurde, auch mit der Waffe zu verteidigen; dann kann kein Abenteuerer mit einer Handvoll bewaffneter Banditen das Volk unterjochen.

Nur für den Kampf zur Verteidigung der geheiligten Volksrechte, der Freiheit, der beschworenen Verfassung, hält die Arbeiterschaft ihre Waffen bereit.

Aber jedermann wisse in diesem Lande:

Wenn Eid und Verfassung gebrochen werden und die Freiheit in Gefahr gerät,

dann wird die Arbeiterschaft zu den Waffen greifen!

ersten Schüsse in Linz gaben das Signal. Jetzt galt es zu kämpfen, zur roten Fahne zu stehen, wie man es versprochen hatte.

Der Generalstreik flammte auf, um bald in wenigen Teilstreiks zu ersticken. Das Verbot unserer Partei rief zum Widerstand auf, aber die proletarischen Massen waren zu müde, todmüde, um mit entscheidender Kraft zu antworten. Unsere ersten Vertrauensmänner wurden verhaftet, eingekerkert.

Der Schutzbund blieb allein, kämpfte, griff an, verteidigte sich. Die gesamte Staatsgewalt, Polizei, Gendarmerie, Bundesheer wurde gegen ihn mobilisiert. Aber die Gewehre und Maschinengewehre der Reaktion genügten nicht gegen den zähen und todesmutigen Widerstand unserer Genossen, die sich in ihren Stellungen behaupteten. Die schweren Waffen — Haubitzen — wurden gegen die Heime der Arbeiter gerichtet! Die Heimwehrputschisten und ihre Helfer trugen die Fackel des Bürgerkrieges durch Wien, durch ganz Österreich.

Es ist ein ungleiches Ringen. Zu groß ist die Übermacht, zu ungleich sind die technischen Mittel dieses Krieges. Aber die Genossen vom Schutzbund fragen nicht, ob ihr Entstehen aussichtsreich sei: Unbeirrt aller Drohungen stehen sie die langen Tage ein für die Demokratie, für den Sozialismus, für die rote Fahne. Eine Stellung nach der anderen fällt. Immer kleiner wird die Zahl der Verteidiger. Aber sie ergeben sich nicht. Für sie gibt es keine Versprechungen, die sie irremachen könnten.

Die Vorbereitungen zum Putsch

Man hat hin und wieder behauptet, daß der Republikanische Schutzbund die Ursache für die Gründung der Heimwehren gewesen sei. Wir lassen hier einen vollständig unverdächtigen Zeugen zu Worte kommen: Es ist das Brockhaus-Lexikon, das weit davon entfernt ist, mit der Sozialdemokratie zu sympathisieren. In diesem Lexikon lesen wir, daß der Schutzbund im Jahre 1924 aus den Ordnern und Arbeiterwehren, die in den Umsturztagen von 1918 entstanden sind, hervorgegangen sei. Es wird weiter gesagt, daß der Schutzbund den Sport, besonders den Wehrsport, pflegte. Im gleichen Lexikon wird über die Heimwehren geschrieben, und es wird in dem betreffenden Abschnitt festgestellt, daß die österreichischen Heimwehren nach dem Umsturz vom November 1918 von den ehemaligen Kronländern, den Gemeinden oder privaten Organisationen zum Schutz gegen „kommunistische Unruhen“ oder gegen „Anschläge feindsinniger Nachbarn“ gegründet worden seien.

Es wird im Brockhaus-Lexikon auch festgestellt, daß die Heimwehren von Großindustriellen unterstützt und von dem christlichsozialen Parteiführer Seipel für innerpolitische Zwecke benützt worden seien.

Diese Ausführungen zeigen, daß die Behauptung unrichtig ist, die Heimwehren seien infolge der Gründung des Republikanischen Schutzbundes entstanden.

Über die Entstehung des Schutzbundes zitieren wir aus einem Artikel des Genossen Rudolf Löw, der am 26. Oktober 1929 in der „Wiener Arbeiterzeitung“ erschienen ist, das folgende:

„Die Satzungen des Republikanischen Schutzbundes wurden vom Bundesministerium für Inneres und Unter-

Dann endlich ist der Kampf entschieden. Die überlebenden Genossen vom Schutzbund tauchen unter, gehen in die Untergrundbewegung, in die Emigration. Und dort wird ihr trotziges Wort geboren, das alle Bitterkeit der Unterdrückung wegschwemmt: „Wir kommen wieder! Wir kommen wieder!“

Wir sehen sie alle vor uns, unsere elf Genossen, die eine brutale und rachsüchtige Klassenjustiz zum Galgen führte. Wir stehen wie in ihrer letzten Stunde neben ihnen, erliden immer von neuem die Trauer und ohnmächtige Wut von damals, diese letzten Minuten des Abschiedes.

Wir vergessen auch niemals unsere Toten und unsere Verwundeten aus den Kämpfen, die Toten und Gebrochenen aus den engen Gefängnissen und aus dem großen Kerker der Unfreiheit, zu dem sich Österreich schon damals wandelte.

Genossen! Ihr seid nicht vergessen! Ihr seid nicht umsonst gestorben. Wir haben eure große Lehre verstanden, und wir wollen euer Vermächtnis ausführen.

Und darum sprechen wir jetzt eure Sprache. Es ist nicht mehr die Sprache des Wünschens, des Hoffens, des Versuchens.

Es ist die Sprache der Erfüllung, denn dies habt ihr uns gelehrt: das Leben ganz hinzugeben und so zu erfüllen — im Kampf um das höchste, um die Humanität, um die Menschlichkeit, zu der allein eine befreite Arbeiterklasse führt.

richt am 12. April 1923 (Zahl 15.969/28, Abt. 70, Inneres) genehmigt. Diese Satzungen wurden nach den bereits vorliegenden und behördlich längst genehmigten Satzungen der Tiroler Heimwehren gearbeitet. Denn man sagte sich damals, was für die einen recht ist, muß für die andern billig sein. Die Ursache zur Abfassung der Satzungen und damit zu einem zentralen Ausbau einer Verteidigungsorganisation der Arbeiterschaft war die Ermordung des Arbeiters Birnecker in Wien am 17. Februar 1923.“

In Wirklichkeit ist der Republikanische Schutzbund eine reine Friedensorganisation gewesen. Sein Ziel war die Erhaltung geordneter und friedlicher Zustände, der Schutz der Arbeiter und ihrer kulturellen Werke vor räuberischen Angriffen und Überfällen. Der Schutzbund war also nichts anderes als eine Abwehrorganisation.

Daß die Sozialdemokraten den Schutzbund nicht schufen, um damit den Bürgerkrieg vorzubereiten, beweist auch die Tatsache, daß die Sozialdemokratie zu wiederholten Malen den bürgerlichen Regierungen den Vorschlag gemacht hat, sämtliche bewaffnete Partei- und Privatorganisationen in Österreich aufzulösen und zu entwaffnen. Die bürgerlichen Regierungen lehnten diese Ordnung der Dinge immer ab.

Als dann Ende März 1933 der Republikanische Schutzbund von der Regierung Dollfuß aufgelöst wurde, währenddem man die Heimwehren weiter bestehen ließ und stärker bewaffnete, erfolgte weder der Generalstreik noch eine revolutionäre Erhebung. Diese Tatsache allein würde genügen, um den Beweis zu erbringen, daß der Schutzbund nicht die Ursache zum Bürgerkrieg war. Wir werden aber im folgenden noch andere Beweise für den Friedenswillen und die Versöhnlichkeit der österreichischen Sozialdemokratie bringen.

Der Bürgerkrieg wurde von andern vorbereitet. Die Ursachen des Bürgerkrieges vom Februar 1934 liegen einerseits in der bürgerlichen Politik gewisser österreichischer Parteiführer und in dem Willen der Austrofaschisten, die in der Heimwehr je länger je mehr tonangebend wurden.

Das durch den Krieg schwer leidende Österreich hatte keine so vorsorgliche und so umsichtige, nur die Volkswohlfahrt fördernde Regierung, wie das rote Wien. Wohl bestand am Anfang der österreichischen Republik für kurze Zeit die Regierung Renner, wohl nahmen auch nachher noch eine Zeitlang Sozialdemokraten an der Regierung teil, aber die Regierungen, die später kamen, wußten die Verhältnisse nicht zu meistern, trotz der Hilfe des Völkerbundes und trotz der Anleihen, die Österreich von andern Staaten gegeben wurden.

Das Österreich der Nachkriegszeit wurde von der Geldentwertung genauso heimgesucht, wie Deutschland. Die konservativen Regierungen der Nachkriegszeit sahen die Ursachen des Elends weder in den politischen Zuständen, die zum Kriege führten, noch in den wirtschaftlich-kapitalistischen Zuständen der Nachkriegszeit, sondern ihr Bestreben war, die Macht für die Christlichsoziale Partei und die Bourgeoisie zu erringen und gegen die Sozialdemokratie Stellung zu nehmen. Die österreichische Sozialdemokratie hatte einen schweren Kampf zu führen, um auf dem Gebiete der Gemeinden einen Fortschritt um den andern zu verwirklichen und um erkämpfte Fortschritte halten zu können.

Die Sozialdemokratie hat in den wenigen Monaten, in denen sie Österreich regierte, ein modernes Wahlrecht geschaffen und den Arbeitenden Schutzgesetze gegeben, die ihnen den Aufstieg zu einem menschenwürdigen Dasein und zu gleichwertigen Bürgern ihrer Heimat garantieren sollten. So finden wir in Österreich die Einführung des Achtstundentages und ein Arbeitsurlaubsgesetz. Ebenso ein Gesetz über die Kinderarbeit. Wichtig ist vor allem, daß neben den Betriebsräten noch Arbeiterkammern errichtet wurden und daß man die sogenannten Arbeitsgerichte schuf. Alle diese Institutionen waren gewissen Unternehmern und gewissen Schichten der österreichischen besitzenden Klassen ein Dorn im Auge.

Wie wir schon festgestellt haben, waren in Österreich die Heimwehren nicht infolge der Gründung des Schutzbundes entstanden, sondern sie waren schon nach der Gründung der Republik durch reaktionäre Kräfte gegründet worden. Daß Unternehmern Gelder den österreichischen Faschismus finanzieren halfen, haben wir ebenfalls schon erwähnt.

Wir haben gesehen, daß der Faschismus in Italien, in Deutschland und in andern Ländern eine gewisse Kraft aus dem Versagen der Staatsgewalt schöpfte. Wenn Überfälle und Brutalitäten verübt wurden, war gar oft die Polizei nicht da. Es gab oft keine Zeugen, weil die Leute sich fürchteten, gegen die Faschisten auszusagen. Insbesondere aber waren die Machthaber des bürgerlichen Staates in den Verwaltungen und in den Gerichten geneigt, den Faschisten alles Gute zuzutrauen, deren Taten zu beschönigen und sie letzten Endes freizusprechen. Den Sozialdemokraten aber traute man zum voraus alles Schlechte zu und fällte gegen sie Klassenurteile. Damit unterstützte man das Aufkommen des Faschismus.

Mit wachen Augen hatte die österreichische Sozialdemokratie die italienischen und ungarischen Verhältnisse verfolgt.

Als am 30. Jänner 1927 in Schattendorf im Burgenland eine Versammlung des Schutzbundes abgehalten wurde, provozierten die Faschisten einen Zusammenstoß. Bei diesem Zusammenstoß wurde ein Mann und ein Kind von der faschistischen Frontkämpferorganisation erschossen. Der Schutzbund war im Burgenland (das ja bekanntlich später zu Österreich kam) nur gegründet worden, weil dort faschistische Frontkämpferorganisationen entstanden waren. Die Sozialdemokraten hatten mit den bürgerlichen Parteien früher ein Abkommen geschlossen, nach welchem man auf die Bildung von bewaffneten Schutzformationen im Burgenland verzichtete. Diese Vereinbarung war aber von bürgerlicher Seite nicht gehalten worden und es wurden Frontkämpferorganisationen gebildet, denen dann die Gründung von Schutzbundorganisationen folgte.

Die Ermordung eines Mannes und eines Kindes in Schattendorf am 30. Jänner 1927 hatte eine große Erregung bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich und insbesondere in Wien hervorgerufen. Man sah mit Recht in der brutalen Tat der Frontkämpfer einen Anfang jener Zustände, welche Österreich dem Faschismus und dem Bürgerkrieg entgegenführen werden.

Die Arbeiterschaft Österreichs wartete trotz der Empörung ruhig auf den Tag des Urteils; auf den Tag der Gerechtigkeit.

Die Verhandlungen über den Fall Schattendorf fanden in Wien statt. Sie dauerten 8 Tage und endeten mit einem Freispruch der drei Angeklagten. Diese wurden sofort auf freien Fuß gesetzt und fuhren nach Hause. Es war jedermann ganz klar, daß dieser Freispruch nicht nur ein Justizirrtum, sondern ein Klassenurteil gegen das arbeitende Volk Österreichs bedeutete.

Die Erregung in Wien wuchs ins Ungemessene. Als Folge dieser Erregung fanden am 15. Juli 1927 wilde Demonstrationen statt. Die Leute gingen auf die Straße und es wurde der Wiener Justizpalast als Symbol des herrschenden Unrechts gestürmt und angezündet. Sofort setzte man die Feuerwehr und die Polizei gegen die Demonstranten ein. Es wurde geschossen. Dabei gab es 99 Tote und mehrere hundert Verletzte.

Die Sozialdemokratische Partei hat auch in der damaligen Situation gezeigt, daß sie den Bürgerkrieg nicht will. So provozierend das Vorgehen der Reaktion, so schändlich das Urteil des Geschworenengerichtes war, tat die sozialistische Partei doch alles, um die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Sie erklärte als Protest den Generalstreik. Es erschienen infolgedessen die Zeitungen am Samstag, dem 16. Juli, nicht. Nur das „Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei Österreichs“ wurde herausgegeben. In dem darin enthaltenen Aufruf heißt es:

„Ströme von Blut sind gestern in Wien geflossen. Niemals hat unsere Stadt Ähnliches erlebt. In den stürmischen Kämpfen bei den blutigen Teuerungsdemonstrationen, während der ganzen großen Revolution von 1918/19 ist in Wien nicht so viel Blut geflossen wie gestern. Die Freisprechung der Arbeitermörder von Schattendorf hat furchtbare Erregung hervorgerufen. Die wilde Auflehnung des beleidigten Rechtsgefühles der Arbeiter hat sich in der Niederlegung der Arbeit in vielen Betrieben und durch stürmische Demonstrationen auf der Ringstraße geäußert. Aber diese Demonstrationen hätten, wie viele frühere Demonstrationen der Wiener Arbeiter, ruhig und würdig verlaufen können, hätten nicht die kommandierenden Polizeiorgane zuerst durch eine sinnlose Reiterattacke, später durch Verhaftung von einzelnen Personen aus der Menge zu blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Wachleuten geführt. Der republikanische Schutzbund hat, obwohl er infolge des Vorgehens der Demonstranten erst spät und nicht in hinreichender Stärke

Richtung und Gesetz des Heimatschutzes.

[Korneuburger Eid, 18. Mai 1930.]

Wir wollen Österreich von Grund aus erneuern!
Wir wollen den **Volksstaat des Heimatschutzes.**

Wir fordern von jedem **Kameraden:**

den unverzagten **Glauben ans Vaterland,**
den rastlosen **Eifer der Mitarbeit** und
die leidenschaftliche **Liebe zur Heimat.**

Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und
zum Wohl des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen.

Wir müssen eigenen Vorteil vergessen,
müssen alle Bindungen und Forderungen der Parteien
unserem Kampfsziele unbedingt unterordnen, da wir
der Gemeinschaft des deutschen Volkes dienen wollen!

Wir verwirren den westlichen demokratischen Parlamentarismus und
den **Parteienstaat!**

Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine
starke Staatsführung die nicht aus Parteivertretern, sondern aus
den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und
den bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.

Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen
Klassenkampf und liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung

Wir wollen auf berufständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft
verwirklichen. Wir werden den **Klassenkampf überwinden,**
die **soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen.**

Wir wollen durch eine bodenstarke und gemeinnützige Wirtschaft
den **Wohlstand unseres Volkes heben.**

Der Staat ist die Werkkörperung des Volksganzen

Seine Macht und Führung wacht darüber, daß die Stände
den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet bleiben.

Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der
neuen deutschen Staatsgestaltung;
er sei bereit **Gut und Blut einzusetzen,**
er keane die drei Gewalten:

den **Gottesglauben,** seinen eigenen **harten Willen,**
das **Wort seiner Führer.**

Das neue Programm der Heimwehr, der berühmte „Korneuburger Eid“, der bereits das Bekenntnis zum totalen Faschismus enthielt. Diesen „Eid“ leisteten auch die in Korneuburg anwesenden christlichsozialen Nationalräte und Landtagsabgeordneten.

zur Stelle sein konnte, die ungeheuerlichsten Anstrengungen gemacht, dieses Unglück zu verhüten und das Blutvergießen zu verhindern, sowie der Feuerwehr den Zugang zu den brennenden Gebäuden zu ermöglichen. Es wäre ihm dies unzweifelhaft gelungen, wenn ihn nicht das Verhalten der Polizeiorgane, die nicht Ordnungsdienst versehen, sondern Rache geübt haben, gehindert hätte.

Wir können allerdings nicht bestreiten, daß sich in die große Menge der Demonstranten auch einige hundert undisziplinierte Elemente gemengt haben, haben wir doch erleben müssen, daß undisziplinierte, leichtfertige Burschen der unter schwerer Arbeit mit Hintansetzung des Lebens bewiesenen Opferwilligkeit des Schutzbundes Widerstand entgegengesetzt haben. Wir wollen nicht leugnen, daß diese paar hundert Burschen Vergehen begangen haben, die nicht zweckdienliche Kampfmittel der Arbeiter bilden. Aber die Schuld dieser paar jungen Burschen darf nicht an der gesamten Arbeiterschaft gerächt werden. Alle Schuldigen an diesem durch nichts zu rechtfertigenden Blutvergießen von der Regierung bis zu dem letzten Polizeiorgan, das sich vergangen hat, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Wir werden jedoch den Kampf gegen diese Provokationen mit allen Mitteln führen, die rechtmäßig und der Arbeiterschaft würdig sind. Es ist Blut genug geflossen. Wir wollen nicht, daß noch weiter Blut vergossen wird. Die Mehrheit der Arbeiterschaft lebt im wirtschaftlichen Kampf. Das wich-

tigste Kampfmittel der Arbeiterschaft ist die Stilllegung der Verkehrsbetriebe. Diese Kampfmittel werden wir zunächst anwenden.“

Der Generalstreik wurde denn auch diszipliniert und ruhig durchgeführt. Nur dem Friedenswillen der österreichischen Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß nicht damals schon der Bürgerkrieg in Österreich ausbrach.

In einem Aufruf des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission wurde die Bewaffnung der Arbeiterschaft abgelehnt. Es wurde ausdrücklich erklärt:

„Die von den Kommunisten geforderte Bewaffnung der Arbeiterschaft im gegenwärtigen Augenblick hätte unmittelbar den Bürgerkrieg zur Folge. Dieser würde bedeuten: 1. Neue furchtbare Blutopfer, 2. eine furchtbare wirtschaftliche Katastrophe, Hungersnot und Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, 3. die Preisgabe der Arbeiterschaft in den Agrarländern, wo die Sozialdemokratie schwach ist, an den dortigen bewaffneten Faschismus, 4. die

schwerste Gefahr für den Bestand der Republik.“

Der Aufruf schloß mit den Worten: „Wir wollen alle Anstrengungen machen, den Bürgerkrieg zu verhindern.“

Tatsächlich gelang es der Arbeiterschaft und ihrem Friedenswillen, ruhige Zustände in Österreich herbeizuführen. Für ihr Verhalten hätte man ihr großen Dank geschuldet. Aber die Machthaber des Faschismus und der kapitalistischen Wirtschaft kennen keinen Dank. Sie haben nur Interessen, die für ihr Handeln maßgebend sind.

Der Faschismus entwickelte sich in Österreich weiter. Die Heimwehren provozierten die Arbeiterschaft das eine um das andere Mal. Und so ereignete sich im Jahre 1929 ein zweiter und entscheidender Fall, der zeigte, woher der Bürgerkrieg drohte und wer den Bürgerkrieg wollte.

Am 18. August 1929 kam es in St. Lorenzen im Mürztal aus Anlaß der zehnten Gründungsfeier der sozialdemokratischen Lokalorganisation zu einem

planmäßigen und heimtückischen Überfall von seiten der dortigen Faschisten. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schrieb darüber unter anderem das Folgende:

„Die Heimwehrkompanien der Alpinen aus Donawitz und Seegraben, im ganzen 500 Mann, sowie die Heimwehr Leoben, beiläufig 120 Mann, wurden um 10 Uhr vormittags mit einem Sonderzug nach Kindberg gebracht. Sie waren der festen Meinung, es gehe zu einer Wimpelweihe und wußten nicht, was ihre Führer im Schilde führten. Die Heimwehrlaute haben, als sie abends aus Leoben zurückkehrten, selber erzählt, daß sie vollkommen ahnungslos und in die blutigen Pläne der Kommandanten nicht eingeweiht waren. Denn die Kommandanten waren von allem Anfang an entschlossen, nur zum Scheine nach Kindberg, in Wahrheit aber nach dem acht Kilometer entfernten St. Lorenzen zu marschieren und dort die Versammlung der Arbeiterschaft mit Waffengewalt zu sprengen.

Wie genau alles vorbereitet war, beweist ein kleines Intermezzo auf der Stubalpe. Dort erschien um 10 Uhr vormittags der Herr Pfriemer hoch zu Auto und nahm die Meldungen entgegen, als ein neben ihm stehender Heimwehroffizier ihn fragte, was mit St. Lorenzen sei, zeigte ihm Pfriemer folgendes Flugblatt — wohlgermerkt —

Arbeiter-Zeitung

Organ der österreichischen Sozialdemokratie.

50 Heller.

Erscheint wöchentlich.

10 Groschen.

Nr. 1.

25. Februar 1934.

1. Jahrgang.

Nach dem Kampf!

Unseren Toten!

Unser erster Gedanke gilt unseren Gefallenen und unseren standrechtlich Gemordeten. Ihnen das Gelöbniß: sie dürfen nicht umsonst gestorben sein. Die Befreiung der Arbeiterklasse, für die sie gelebt haben und gefallen sind — sie muß errungen werden. Das Vermächtnis unserer Toten zu vollziehen, den Sieg der Freiheit zu erkämpfen — das ist die heilige Aufgabe, der wir Überlebenden uns weihen.

Unser zweiter Gedanke gilt unseren Gefangenen, die in den Gefängnissen der Henkerregierung Dollfuss-Fey schmachten, die wehrlos und gefesselt, von Heimwehrbanditen mißhandelt werden. Die Standgerichte haben Genossen zu 10, 15 und 20 Jahren Kerker verurteilt. Es wird viel, viel weniger lang dauern, bis die Dollfuss und Fey selbst in unseren Gefängnissen liegen, vor unseren Revolutionsgerichten stehen werden. Unsere Gefangenen so schnell als möglich zu befreien — das ist die Aufgabe.

Unser dritter Gedanke gilt den Witwen und Waisen der Gefallenen, den Frauen und Kindern der Gefangenen. Die Arbeiter der ganzen Welt sammeln für sie. Die Blutregierung erlaubt uns freilich nicht, eine Hilfsorganisation aufzustellen. Den Opfern trotzdem aus proletarischer Solidarität zu helfen, soweit wir dazu imstande sind, ist sozialistisches Gewissensbedürfnis.

Wie es gekommen ist.

Seit dem 7. März 1933 hat die Regierung Dollfuss-Fey ein System des Verfassungsbruchs, der Recht- und Gesetzlosigkeit aufgerichtet. Sie hat alle Freiheitsrechte, die die Verfassung der Republik dem österreichischen

Volke zugesichert hat, vernichtet, alle sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten mit Füßen getreten.

Trotzdem hat die Sozialdemokratie dem österreichischen Volke den blutigen Bürgerkrieg ersparen wollen. Wir wollten kein Blutvergießen. Elf Monate lang haben wir das Unerträgliche ertragen. Elf Monate lang alles Menschenmögliche versucht, um zu einer friedlichen, verfassungsmäßigen Entwirrung der politischen Krise zu gelangen.

Aber unsere Feinde wollten den Frieden nicht. Die Aristokraten und die k. u. k. Generäle, die die Heimwehr kommandieren, wollten die österreichische Arbeiterklasse mit Gewalt niederwerfen, damit für Otto Habsburg der Weg in die Hofburg frei werde. Die Kapitalisten wollten uns gewaltsam niederschlagen, damit sie die Gewerkschaften zertrümmern und die sozialen Lasten abbauen können. Mussolini, der bluttriefende Despot Italiens, trieb die Dollfuss und Fey zum Faschismus vorwärts, damit er Österreich in eine Kolonie Italiens verwandeln, die Brücke zwischen Italien und seinem ungarischen Vasallen schlagen und auf diese Weise zwischen die Tschechoslowakei und Jugoslawien das italienisch-österreichisch-ungarische Kriegsbandnis einschieben könne.

Seit dem Besuche des italienischen Staatssekretärs Suvich in Wien am 18. Jänner war es zwischen Mussolini und Dollfuss ausgemacht: die österreichische Arbeiterschaft muß niedergeworfen, in Österreich ein hundertprozentiger Faschismus aufgerichtet werden.

Der Verfassungsminister Dr. Ender kündigte eine Verfassung an, in der es überhaupt keine vom Volke gewählte Volksver-

Schon am 25. Februar 1934 erschien die erste Nummer der illegalen kleinen „Arbeiter-Zeitung“ auf Dünndruckpapier. Die „Adi“, so hieß sie bei den Eingeweihten; sie wurde in Brünn gedruckt — oft aber auch in geheimen Druckereien in Wien.

um 10 Uhr vormittags, fünf Stunden vor Beginn der Versammlung in St. Lorenzen!

„Arbeiterfrauen!

Der Heimatschutz hält St. Marein und St. Lorenzen seit 1 Uhr mittags mit 2000 Mann besetzt, um an der Wallisch-Versammlung teilzunehmen, wozu uns die Schreibweise und Herausforderung des „Arbeiterwillen“ verpflichtet. Wir warnen Euch! Haltet Eure Männer und Kinder zurück! Fahrt nicht nach St. Lorenzen!“

Dieses in Graz gedruckte, von keinem verantwortlichen Redakteur gezeichnete Flugblatt, das erst später seine Rolle spielen sollte — es wurde eine Stunde vor Beginn des Festes in St. Lorenzen ausgeteilt —, war also, wie alles andere, vorbereitet worden: kein unglückseliger Zufall, sondern ein wohlüberlegter Plan hat das Blutvergießen herbeigeführt.

Nachdem die Wimpelweihe der Heimwehr in Kindberg vorüber war, wurde der Befehl gegeben, nach St. Lorenzen zu marschieren. Um 2 Uhr kam die Heimwehr auf dem Festplatz der Arbeiterschaft an; hier begann sofort ein vandalisches Zerstörungswerk. Die Girlanden wurden heruntergerissen und zerfetzt. Die über die Straße gespannte Standarte wurde zerstückelt. Die Buden wurden demoliert

und schließlich ertönte der Ruf: „Bier her!“ Die Heimwehrkommandanten ließen nun einige Fässer Bier auf den Festplatz rollen, und es begann dann eine wüste Sauferei. Die Brucker Arbeiterschaft, die an der Feier teilnehmen und in einem Sonderzug ankommen sollte, wurde unterdessen anderthalb Stunden in Bruck zurückgehalten. Der Bezirkshauptmann ließ jeden einzelnen Mann nach Waffen, Spaten, Stöcken und so weiter untersuchen, so daß die Heimwehr Zeit gewann, sich des Festplatzes zu bemächtigen. Endlich, ungefähr um 1/24 Uhr, trafen die Brucker und Kapfenberger in St. Lorenzen ein. Die Führer der Arbeiterschaft (Landesrat Oberzaucher, Landtagsabgeordneter Regner und Wallisch waren anwesend) wollten einen Zusammenstoß mit den Heimwehrleuten vermeiden und verlegten deshalb die Festversammlung auf den Hauptplatz des Marktes. Ein dreifacher Kordon des Schutzbundes umgab den Hauptplatz, um die Heimwehr, falls sie doch kommen sollte, zurückzudrängen.

Die Heimwehrführer sahen sich also um das ersehnte Blutvergießen betrogen und gingen daher zum Angriff über. Der Landesstableiter Rauter begab sich, von einigen Offizieren begleitet, zu dem Gendarmeriekommandanten und sagte: „Sie! Dort findet eine Versammlung statt, die nicht angemeldet ist. Was gedenken Sie zu tun?“ Der Gendarmeriekommandant erwiderte, er werde telephonisch eine Weisung von der Bezirkshauptmannschaft erbitten.

treten mehr geben soll. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das Mittel der Selbstbestimmung des Volkes, den Ausdruck der politischen Gleichberechtigung der Arbeiter, die Errungenschaft jahrzehntelanger Kämpfe des österreichischen Proletariats wollten sie uns rauben. Der Sozialminister Schmitz kündigte in der Reichspost an, in dem neuen Österreich dürfe es keine Gewerkschaften mehr geben, sondern nur »halbstaatliche Organisationen« nach dem Vorbild der Korporationen des faschistischen Italien, und keine Streiks mehr; über Lohnstreitigkeiten werde die Regierung entscheiden.

In der ersten Februarwoche gingen die Heimwehren im Einverständnis mit Fey zum entscheidenden Angriff über. Sie rückten in alle Landeshauptstädte bewaffnet ein und stellten den Landeshauptleuten, auf ihre bewaffneten Aufgebote gestützt, ein Ultimatum. Sie verlangten die Auflösung der sozialdemokratischen Partei und aller von Sozialdemokraten verwalteten Gemeindevertretungen, die Absetzung der verfassungsmäßigen Landesregierungen und ihre Ersetzung durch Landesausschüsse unter der Führung der faschistischen Formationen.

Während aber die Heimwehren in den Landeshauptstädten bewaffnet versammelt waren, um diese Faschisierung der Verwaltung zu erpressen, half ihnen Fey, indem er überall die Führer des Schutzbundes verhaften und Schutzbundwaffen beschlagnahmen ließ. So sollte die Arbeiterschaft wehrlos gemacht werden, damit sie der Faschisierung keinen Widerstand leisten können.

Da riß den Linzer Schutzbündlern die Geduld. Sie wollten sich nicht mehr ent Waffen lassen. Als Montag den 12. Februar morgens die Polizei das Linzer Arbeiterheim nach Waffen durchsuchen wollte, leisteten die Linzer Schutzbündler Widerstand. Der blutige Straßenkampf begann auf den Straßen von Linz.

Wenige Stunden später wurden die Linzer Ereignisse in Wien, in Steyr, in Steiermark bekannt. Überall fühlten die Arbeiter: die Stunde der Entscheidung ist da! Wir können die Linzer nicht allein lassen! Sonst sind wir verloren! Der Generalstreik brach aus. Die Schutzbündler griffen zu den Waffen.

Nicht alle haben mitgetan. Nach den Erfahrungen des viertägigen Kampfes können wir feststellen: hätten die Eisenbahner mitgestreikt, hätten nicht auch manche andere Arbeiter weitergearbeitet, hätte sich der Schutzbund überall in ganz Österreich erhoben, so hätten wir siegen können. Diejenigen, die in geschichtlicher Stunde versagt

haben, werden es zu spüren bekommen, wie die Reaktion Arbeiter behandelt, die sie als nicht kampffähig erkannt hat.

Wo sich aber der Schutzbund erhoben hat und in den Kampf getreten ist, dort hat er Wunderbares, Übermenschliches geleistet an Heldenmut und an Zähigkeit. Die Kämpfe des Schutzbundes in Wien, Linz, Steyr, Bruck a. d. Mur und in anderen Orten werden in der Geschichte zu den gewaltigsten heldenmütigsten Revolutionskämpfen gezählt werden. Nur durch seine technische Überlegenheit, nur durch Verwendung von Kanonen, schweren Hauptbitzen, Minenwerfern, Panzerwagen, Panzerzügen und Flugzeugen konnte der Feind die heldenmütig kämpfenden Schutzbündler niederringen.

Der Feind hat uns nur die Wahl gelassen zwischen schimpflicher Kapitulation und einem Verzweigungskampf unter ungleichen Bedingungen. Die Schutzbündler haben den Verzweigungskampf vorgezogen. Wenn der Faschismus in Deutschland und in Italien kampfflos die Arbeiter niederwerfen und entrecchten konnte, so haben die österreichischen Schutzbündler gezeigt, wie sich freiheitsliebende Arbeiter wehren, wenn man sie versklaven will: den Arbeitern der ganzen Welt ein Vorbild, der Reaktion der ganzen Welt eine Drohung. Sie haben die revolutionäre Ehre des internationalen Sozialismus gerettet. Die Arbeiter und Sozialisten der ganzen Welt sind stolz auf die Heldentaten der österreichischen Schutzbündler.

Glauht nicht den Kriegslügen des Faschismus!

Vom ersten Kampftage an hat der Faschismus durch den Rundfunk und durch die durchwegs gleichgeschaltete Presse die frechtsten Lügen verbreitet. Er lügt, daß die Wiener Gemeindebauten als Festungen gebaut worden seien; das soll die schreckliche Verwendung der Artillerie gegen die von Frauen und Kindern bewohnten Gemeindehäuser rechtfertigen. Zehn Jahre lang haben die Bürgerlichen gelogen, daß die Gemeindehäuser aus Sand gebaut seien und beim ersten Windstoß zusammenstürzen würden. Jetzt sollen es Festungen gewesen sein!

Noch unverschämter ist die Lüge, daß unsere Führer vor oder während des Kampfes geflohen seien. Fast alle unsere Führer sind verhaftet. Otto Bauer und Julius Deutsch konnte die Polizei nur deshalb nicht erwischen, weil sie in den Kampf

Darauf Rauter: „Dazu lasse ich Ihnen zehn Minuten Zeit.“ Aber nicht genug, daß der Heimwehrführer den Organen der Staatsgewalt ein Ultimatum stellte — er wartete nicht einmal, bis die zehn Minuten verstrichen waren, sondern gab schon vor Ablauf der Frist den Befehl zum Anrücken. Im nächsten Augenblick drohte eine furchtbare Katastrophe; da eilten die Genossen Regner und Oberzaucher auf den Bauernführer Arbesser, einen der Heimwehrkommandanten, zu und machten ihn darauf aufmerksam, daß es hier zu einem Unglück kommen werde, wenn man nicht im letzten Moment Einhalt gebiete. Regner erklärte, er werde die Landesregierung anrufen. Rauter, der dazugekommen war, erwiderte, das werde er selber besorgen. Einige Sekunden später erhielt Genosse Regner einen wuchtigen Schlag mit einem Gummiknüffel ins Gesicht. Ein Heimwehrmann, der hinter Arbesser stand, hatte den Schlag geführt. Arbesser versuchte, ihn gegen die Rauter-Leute zu schützen. Aber schon war alles zu spät. Schüsse krachten aus den Reihen der Heimwehr und aus verschiedenen Fenstern, die mit Heimwehrleuten besetzt waren; ein Geschosregen prasselte in die dichtgedrängte Versammlung. Ein Schutzbündler sank tot zu Boden; ein Geschos hatte seine Lunge durchbohrt. Eine furchtbare Panik entstand. Schreiend flohen die Frauen und Kinder auseinander, aber es war so gut wie unmöglich, aus dem Gedränge zu entkommen.

In unbeschreiblicher Erbitterung rissen die Arbeiter Latten aus einem Zaun und, mit Latten und Steinen bewaffnet, wehrten sie sich gegen die Heimwehrbanditen, die mit Stiletten, Bajonetten, Spaten, Gummiknüpfeln, Revolvern in den Platz einbrachen. Unterdessen hatte Rauter aus dem benachbarten Mieselgut Gewehre und Revolver herbeigeschleppt; die Schußwaffen wurden rasch unter der Heimwehr verteilt. Damit nicht genug: an einer Waldlisière war auch ein Maschinengewehr aufgestellt worden; es schoß ganz kurz, scheint aber dann versagt zu haben. Später wurde es auf dem Hauptplatz neuerdings in Stellung gebracht und schoß. Bald war eine wilde Straßenschlacht im Gange. Die wenigen Gendarmen waren ohnmächtig. Alles ging in dem Chaos unter.

Erst nach einer halben Stunde löste sich der Knäuel der Kämpfenden auf; ein Toter, der Schutzbündler Karl Auer aus Tragöß, und viele Schwerverletzte lagen auf dem Schlachtfeld, als die Sanitätsautos aus Bruck, Kapfenberg, Kindberg und Leoben in St. Lorenzen einfuhren. 53 Verletzte wurden ins Brucker Krankenhaus gebracht, unter ihnen sechs Schwerverletzte. Drei von den Schwerverletzten dürften nicht mit dem Leben davonkommen. Ungefähr 200 Leichtverletzte, denen die Rettungsmannschaften einen Notverband anlegten, wurden in Lastautos abtransportiert oder konnten selbst den Schauplatz verlassen. Der Arbeitersamariter Eder, währenddem er einem

Linien waren. Erst als die Kämpfe zu Ende waren, haben die beiden Genossen, jeden Augenblick von der Verhaftung bedroht, Deutsch überdies verwundet, Wien verlassen und schließlich die tschechoslowakische Grenze erreicht. So ist Dollfuss um das Vergnügen, die beiden ihm am meisten verhassten Genossen aufhängen lassen zu können, gekommen. Die beiden glauben, auch jetzt noch etwas für die österreichische Arbeiterbewegung leisten zu können.

Wie Bauer und Deutsch sind übrigens auch Gruppen von Schutzbündlern über die tschechoslowakische Grenze gekommen — unter ihnen Floridsdorfer Schutzbündler, die sich in voller Bewaffnung mit ihren Gewehren und Maschinengewehren bis zur Grenze durchschlugen und unterwegs Angriffe der Heimwehren abschlugen. Sie wurden von den tschechoslowakischen Arbeitern mit größter Begeisterung empfangen.

Was nun?

Dollfuss hat gesiegt. Aber er ist ein armliegender Sieger!

Im Lager des Austrofaschismus bestehen die schärfsten Gegensätze. Schon ist der Kampf um die Beute zwischen Dollfuss und Fey, zwischen den Christlichsozialen und den Heimwehren im Gang. Sie werden nicht lang zusammenhalten!

Beide aber sind von den Nazi bedroht. Die Nazi nützen den gerechten Volkshaß gegen die Mörderregierung für ihre Zwecke aus. Morgen kann der Austrofaschismus von den Nazis schwer bedroht sein!

Oder wird Dollfuss, um dieser Gefahr zu entgehen, vor Hitler kapitulieren? Das wäre der erste Schritt zum Anschluß an das Dritte Reich, den Frankreich und Italien nicht dulden wollen. Der Anschluß wäre der Krieg!

Oder will Dollfuss, um allen diesen Gefahren zu entgehen, die Wiedereinsetzung der Habsburger versuchen? Das wäre eine Bedrohung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens und daher gleichfalls ernsteste Kriegsgefahr!

Was immer von allen diesen Möglichkeiten eintritt — auf die Dauer werden nicht dreißig Prozent des Volkes über siebzig Prozent, wird nicht das Dorf über die Großstadt, nicht der Klerikalismus über ein zu zwei Dritteln nichtklerikales Volk herrschen können. Die Gelegenheiten für die Wiederaufnahme unseres Kampfes, für unsere Revanche, für unseren Sieg werden kommen. Es gilt nur bereit zu sein, sie auszunützen.

Die erste Notwendigkeit ist: **Organisation.** Unsere großen Massenorganisationen sind zerschlagen. Heute brauchen wir Geheimorganisationen nach Fünfergruppen. In diese neue Organisation sind nur unbedingt verlässliche Genossen aufzunehmen. Achtung vor Spitzeln und Naderern! In die neue Organisation sind nur Genossen aufzunehmen, die den Mut zu illegaler Arbeit haben. Auf die Qualität, nicht auf die Quantität der Genossen kommt es jetzt an. Wichtig ist, daß wir in jedem größeren Betrieb und in jeder Stempelstelle verlässliche organisierte Genossen haben, die im geeigneten Augenblick die Masse mitreißen und führen können.

Das Alös.

Die Genossen, denen es gelungen ist, über die Grenze zu kommen, haben in Brünn ein »Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten« (abgekürzt: Alös) errichtet. Das Alös will nicht etwa eine neue Parteileitung sein. Die neue Parteileitung wird vielmehr aus den in Österreich tätigen Genossen gebildet werden müssen, sobald die neuen Organisationen hinreichend entwickelt sein werden. Das Alös stellt sich die Aufgabe, den Kampf der Genossen in Österreich durch Sendung von Zeitungen, von Flugschriften und Broschüren zu unterstützen. Dazu braucht das Alös natürlich geeignete Adressen von nicht verhafteten Genossen, die bereit sind, unsere Kampfliteratur zu verbreiten. Die Adresse des Alös ist: Brünn, Cejl 83.

Das Alös hat sich überdies in Verbindung mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale und mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund gesetzt, um Hilfe für die Frauen und Kinder der Gefallenen und Gefangenen zu organisieren. Mit den von unseren Genossen in den anderen Ländern gesammelten Mitteln konnten bisher 2000 Familien in Wien kleine Unterstützungen zugewendet werden, obwohl die Regierung der Durchführung dieser Unterstützungsaktion die größten Schwierigkeiten bereitet. Das Alös wird sich aber bemühen, mit Hilfe unserer ausländischen Brüder so viel Hilfe zu leisten, als in den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist.

Die Sozialdemokratie lebt weiter!

Die Nazi sind heute viel stärker, als sie zur Zeit der Auflösung ihrer Partei waren. Was den Nazi gelingen ist, muß auch uns gelingen. Der sozialistische Gedanke muß und wird trotz der Auflösung der Partei

Verwundeten einen Verband anlegte, von Heimatschützern niedergeschlagen und schwer verletzt, obwohl er das Abzeichen der Samariter trug.“

Wir fügen diesem Bericht noch Meldungen bei, die das sozialdemokratische Blatt in Graz, „Der Arbeiterwille“, enthielt:

„Der Gastwirt Peßl wurde beobachtet, wie er mit einem Jagdgewehr aus einem Fenster seines Gasthofes im ersten Stock nach dem Genossen Wallisch geschossen hat. Hier-von wurde durch den Hausbediensteten der Gendarmerie die Anzeige erstattet.

Der Aushilfsbriefträger Wilhelm Pogatschnik hat am 18. August während der Unruhen im Gasthaus Peßl, das überfüllt war, mit einem Revolver sinnlos herumgeschossen und dadurch die in diesem Lokal versammelten Personen schwer gefährdet.

Der Ingenieur Ferstl, Verwalter im Schloß Oberlorenzen, wurde beobachtet, wie er mit zehn Heimatschützern aus dem Schloß Oberlorenzen ein Maschinengewehr herausbrachte und es bei der Laimerbrücke in Stellung brachte. Die Begleitpersonen waren aber so ungeschickt, daß sie beim Bedienen des Gewehrs Mitglieder des Heimatschutzes gefährdeten, so daß ein Auswechseln der Mannschaft notwendig geworden ist. Dieses Maschinengewehr wurde

etwas später in der Nähe des Kirchenplatzes in Stellung gebracht, und von dort wurde auf die flüchtenden Festteilnehmer geschossen. Eine flüchtende Gruppe, bestehend aus zirka 40 Personen, wurde von diesem Maschinengewehr während der Flucht gegen die Späthöhe beschossen. Es ist nur einem besonders glücklichen Zufall zu verdanken, daß niemand verletzt wurde.“

Am gleichen Tag, als in St. Lorenzen der Überfall auf die Sozialdemokraten stattfand, hat der Landeshauptmann von Tirol, Stumpf, in Lienz (Osttirol) an einer Heimwehrtagung unter anderem folgendes ausgeführt:

„Die Heimwehr ist heute ein Machtfaktor geworden. Ich begrüße sie im Namen von Tirol. Mein besonderer Dank gilt den Heimwehrmännern von Osttirol, die uns heute durch ihre Disziplin und ihren Ordnungsgeist bewiesen haben, daß es sich hier um eine Macht handelt, von der wir uns bisher nichts träumen ließen. Die Zeiten haben sich gewaltig geändert seit jenen Tagen, als die Fahne des Vaterlands in den Dreck gezogen wurde und wir zum ersten Mal hinter der Standarte der Bundesführung marschierten und uns nur unser Ziel klar vor Augen stand. Der Gedanke, der damals hinauszog, hat gesiegt. Heute

und aller Arbeiterorganisationen, trotz dem Raub an unserem Eigentum, trotz der Verhaftung unserer Führer lebendig bleiben unter den österreichischen Arbeitern. Lasst Euch nicht aus Haß gegen Fey und Dollfuss, von den Nazi einfangen! Hitler ist der Totfeind der deutschen Arbeiter und darum auch unser Totfeind. Eine Naziherrschaft in Österreich könnte dauerhafter, innerlich fester und darum gefährlicher sein als die Diktatur des blutigen Palawatsch des Austrofaschismus. Die österreichischen Arbeiter dürfen unter keinen faschistischen Einfluß kommen —

weder unter austro-, noch unter nazifaschistischen. Sie waren, sind und bleiben Sozialdemokraten! Sie bleiben es jetzt erst recht! Die Herzen hoch! Die Fahnen hoch! Wir haben eine Schlacht verloren; wir werden den Krieg gewinnen! Im Andenken unserer Helden vorwärts zum neuen Kampf! Die österreichische Sozialdemokratie war, ist und wird sein! Sie töten den Geist nicht, Ihr Brüder! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus! Freiheit!

Die Dollfusschristen ermorden Helden der Arbeiterschaft.

Die Dollfuss, Fey und Starhemberg plakatieren in jedem dritten Satz ihrer schleimigen Reden ihr Christentum und der Wiener Kardinal gibt dazu seinen Segen. Wie dieses Christentum beschaffen ist, hat die Welt jetzt durch die Anweisung erfahren, sieben Helden der österreichischen Arbeiterbewegung durch die Standgerichte zum Tode zu verurteilen und durch ihre Henker ermorden zu lassen. Blutriefend stiegen sie auf ihre Rednerbühne vor dem Wiener Rathaus, um ihre Toten zu bestatten, aber solange die Dollfuss-Fey leben, werden ihnen die sieben von ihnen ermordeten sozialistischen Helden das Gewissen peinigen und sie nie mehr zur Ruhe kommen lassen. Da ermordeten sie den von ihnen seit Jahren gehaßten und verfolgten Koloman Wallisch, einen Helden sondergleichen, einen Aufrechten angesichts des sicheren Todes. Wo gibt es einen in ihren Reihen, der so mannhaft, so unbeirrbar, so furchtlos dem Tod ins Auge blickt, wie Wallisch vor seinen Mördern im Talar? »Wie kamen Sie nach Bruck, da Sie doch in Graz Parteisekretär waren?« herrschte ihn der Richter an. »Ich kam, weil ich es meinen Genossen versprochen hatte, als ich vor einigen Monaten nach Graz berufen wurde, daß ich in der Stunde der Gefahr bei ihnen in Bruck sein werde. Dieses Versprechen habe ich gehalten. Ich bereue nichts, ich habe nur meine Pflicht als Sozialdemokrat erfüllt! Die Achtung hat sich Wallisch auch vor diesen Richtern errungen, aber die Ermordung blieb dennoch nicht aus. Ebenso bei Ing. Weisl, der von Jugend an der Sozialdemokratie diente und schließlich Kommandant der akademischen Legion wurde. Er war ein Held im Kampf, ein Held vor dem Standgericht und der Vorsitzende wertete ihn als Helden ungewöhnlicher Art. Furchtlos standen vor dem Standgericht dann die Genossen Stanek, Graz, Ahrer, Steyr, Rauchenberger und Hois, St. Pölten. Das Schamloseste erlaubte sich die Mörderregierung bei Münichreiter. Er hatte zwei Schußverletzungen, lag im Spital und mußte auf einer Tragbahn zum Standgericht getragen werden. Die grenzenlose Grausamkeit der Blutchristen ermordete auch Münichreiter. Diese Opfer einer blutigen Barbarei wird den Dollfuss, Fey, Starhemberg niemals vergessen werden, aber in den Reihen der österreichischen Arbeiter werden die sieben fortleben als Helden und Zeugen der Hängechristen, als Märtyrer der Sozialdemokratie.

Der Verräter Korbel.

Es wird jetzt so manche Verräter geben. So wie es im Jahre 1918 Novembersozialisten gegeben hat, so gibt es jetzt Februarpatrioten. Die widerlichste und abscheulichste Gestalt ist die des Herrn Eduard Korbel, der nicht nur während des Kampfes zum Feinde übergelaufen ist, sondern jetzt auch der Polizei die schäbigsten Nadererdienste leistet. Er war früher im Schutzbund und hat es zum Bezirksführer gebracht. Daß er Kreisführer gewesen sei, ist eine seiner vielen Lügen. Er ist schon vor einigen Monaten dringend verdächtig geworden, einen Betrag von 7000 Schilling, den er für Materialbeschaffung bekommen hat, unterschlagen zu haben. Solche Defraudanten sind die wichtigsten Schwurzeugen der Vaterländischen. Für alle solche Verräter wird die Stunde schon kommen. Es wird auch Revolutionsstandgerichte geben.

Der tapfere Bürgermeister.

Fast alle unsere Führer sind verhaftet: alle Nationalräte, alle Bundesräte, alle Landesregierungsmitglieder, alle Gemeinderäte und Bezirksvorsteher in Wien und fast alle in der Provinz, fast alle Gewerkschaftsführer. Nur ganz wenigen gelang es, sich der Verhaftung zu entziehen. Besonders dramatisch gestaltete sich die Verhaftung des Genossen Seitz. Er saß im Rathaus und verließ seinen Posten nicht, als die Regierung die verfassungsmäßige Gemeindeverwaltung und Landesregierung Wiens absetzte und den Herrn Schmitz als Regierungskommissär bestellte. Als die Polizei ins Rathaus eindrang, erklärte Seitz, daß er den Verfassungsbruch der Regierung nicht anerkennt. Nach der Verfassung gibt es keinen Regierungskommissär für Wien, er harre auf seinem Posten aus. Die Polizei forderte ihn vergebens auf, zu folgen; er weigerte sich, wegzugehen. Hierauf packten die Büttel der cidbrüchigen, verfassungsbrecherischen Regierung den sechsundsechzig Jahre alten, seit Jahren kranken Mann, trugen ihn aus dem Rathaus hinaus und halten ihn seither gefangen. So wird der erste Präsident der Republik, der Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien behandelt!

In wenigen Tagen erscheint eine Broschüre:
**Der Aufstand der österreichischen Arbeiter.
Seine Ursache und seine Wirkungen.**

Von Otto Bauer.

Herausgeber: Václav Kóvanda, Brünn-Zidenice, Družstevní 5. — Verantwortlicher Redakteur: Josef Schramek, Brünn. — Redaktion und Verwaltung: Brünn, Cejl 83, — Buchdruckerei »Typia«, Brünn.

ist bereits Bresche in die feindlichen Festungen gelegt, und sie müssen fallen, weil wir nicht kapitulieren wollen, weil wir alle wollen, daß unser Vaterland festgefügt dasteht und daß unser Volk wieder leben kann. Für uns in Tirol war es deshalb auch nie ein Problem, daß die gesetzmäßige Gewalt im Verein mit der freiwilligen Heimwehrorganisation vorangehen müsse. Wir werden auch in Zukunft alles daransetzen, daß dieses Zusammenhalten gewahrt bleibt und daß wir das erreichen, was die Heimatwehren auf ihre Fahne geschrieben haben: Wahre Freiheit und wahrer Volksfriede. Durchdrungen von echter Vaterlandsliebe, mögen die Heimatwehren auf geradem Wege weiterwandeln, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Heimatwehr, ich grüße dich!"

Diese Ausführungen zeigen, wie man von verantwortlichen Behörden aus die Heimatwehren schützte und so den Bürgerkrieg und die Unterdrückung der Arbeiterschaft vorbereitete. Wohl hatte der damalige Bundeskanzler Streeruwitz die österreichischen Heimwehrorganisationen als illegale Organisationen bezeichnet. Aber wenn man die obigen Ausführungen des Landeshauptmanns von Tirol liest, dann weiß man, daß der Bundeskanzler sich mit seiner Politik nicht durchzusetzen getraute, sonst hätte er gegen solche Amtsstellen einschreiten müssen. Der damalige Leiter der Heimwehr-Organisationen, Steidle, hat die Ausführungen des Herrn Stumpf entsprechend verdankt und erklärt:

„Wir sind in Tirol in der angenehmen Lage, einen Landeshauptmann zu besitzen, der es verstanden hat, die gesetzmäßige Gewalt mit der freiwilligen Macht der Heimatwehren in Einklang zu bringen und in Harmonie zu erhalten, und zwar in vorbildlicher Weise für manche andere Bundesländer. Er versteht es auch besser, Fremdwörter zu beherrschen, als mancher hohe Herr an hoher Stelle, der uns kürzlich als illegale Formationen bezeichnet hat*. Wir lassen uns die Bezeichnung „illegal“ auch von einem sehr hohen Herrn nicht gefallen. Dieser Unfug muß endlich aufhören... Dem Marxismus gegenüber kennen wir auch als gute Demokraten keine Duldsamkeit. Hier gibt es nur unerbittlichen Kampf bis zur Vernichtung ohne Kompromisse und ohne Friedensschluß.“

Diese Worte sind ein wichtiger Beitrag dafür, wer den Bürgerkrieg vorbereitete und wer die blutige Auseinandersetzung wollte.

Die Sozialdemokraten haben damals eindeutig gegen die Vorkommnisse in St. Lorenzen Stellung genommen. In einem Aufruf der Wiener Vertrauensmänner steht zu lesen:

„Seit Jahr und Tag wurde von den Vertretern der organisierten Arbeiterklasse darauf hingewiesen, daß die unverantwortliche, gewissenlose Putschhetze der Heimatwehren unser Land immer näher an den Rand des Bürgerkrieges bringt. Vor einem solchen Unglück, das nicht allein über die Arbeiterschaft, sondern über alle Klassen des Staates beispielloses Elend bringen müßte, ist bisher vergeblich gewarnt worden. Nun ist es so weit, daß die organisierte Arbeiterschaft genötigt ist, von ihrem Selbstschutz Gebrauch zu machen, soll es nicht einer Handvoll Abenteuerer gelingen, das Land dem Untergang zuzutreiben. Die organisierte Arbeiterklasse Österreichs, im tiefsten Herzen friedlich gesinnt, wünscht keine andere Auseinandersetzung, als die mit den Waffen des Geistes. Sollte aber der Heimwehfaschismus es wagen, seinen törichten Putschdrohungen eine Tat folgen zu lassen, dann wird die österreichische Arbeiterklasse keinen Augenblick zögern, sich in der Verteidigung aller Mittel zu bedienen, die sie für notwendig hält.“

Diese Ausführungen zeigen, daß die Arbeiterschaft, die den Bürgerkrieg verhindern wollte, in eine außerordentlich schwere Situation geraten war. Die Drohungen mit dem Marsch auf Wien gingen nach den Ereignissen von St. Lorenzen weiter. Der Heimwehfaschismus witterte Morgenluft. Die Wiener Arbeiterschaft bereitete sich auf die schwierigsten Auseinandersetzungen vor. So fanden am 19. September 1929 in Wien Versammlungen statt, welche die ganze Arbeiterschaft mobilisierten, um bereit zu sein für die Stunde der Auseinandersetzung, um aber gleichzeitig auch durch die Entschlossenheit im Abwehrkampf dem Land den Frieden zu erhalten.

Ein Artikel, den die christlich-soziale „Reichspost“ am 15. Februar 1934 auf Seite 5 veröffentlichte, sei hier in Faksimile wiedergegeben. Berauscht von dem blutigen „Sieg“ über die verhaßten Marxisten, legt sich das Blatt fürwahr keinerlei Hemmungen auf, und man wird sich jedes Wort vor Augen halten müssen, wenn man etwa noch bezweifelte, wo die Provokateure tatsächlich zu finden waren.

Schon am 20. Februar 1934, wieder auf Seite 5, triumphierte die „Reichspost“: Heute nacht wurde das zum Zehnjährjubiläum des Umsturzes errichtete Denkmal, eine Verunstaltung des herrlichen Straßenzuges des Ringes, entfernt.

Wiener Hoffnungen.

Die Volksheldenhaube, die durch 15 Jahre ein Gefleht für die Wiener gewesen ist, wurde heruntergeholt, Moskaus Vogtei im Wiener Rathaus wurde niedergelegt. Wien ist wieder Wien geworden. Bielmehr: Nun kann Wien wieder Wien werden, nun kann es wieder sein österreichisches Antlitz zeigen, das nach dem Umsturz so ausgiebig berunkeltet wurde.

Man hat damals Wien z. B. mit Straßennamen beglückt, die eine Beleidigung des Wiener Genius sind. Wie lange werden wir uns noch auf unseren Spaziergängen am Ring mit überflüssigen Erinnerungen an den „12. November“ ärgern lassen müssen? Straßen nach geschichtlichen Kalendertagen zu benennen, war nie deutscher und schon gar nicht österreichischer Brauch, sondern ist eine von den Marxisten aus dem Ausland importierte Mode. Warum soll der Platz, den das anmutige Mozartdenkmal schmückt und auf den von der Albrechtsbrunne die Reiterstatue des Siegers von Custozza heruntergrüßt, noch länger, als unbedingt notwendig ist, ausgerechnet „Revolutionplatz“ heißen? Dieser Name paßt besser für einen Platz etwa im Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt oder vor den roten Parteihäusern in Ottakring und Floridsdorf. Auch „Volksheldenplatz“ beinhaltet keine sehr erhebende Erinnerung; mit gut angebrachter Ironie hat seinerzeit der nunmehrige Bundeskommissar für Wien als christlichsozialer Gemeinderat der roten Mehrheit vorgeschlagen, wenn sie ihre Volkshelden schon durchaus irgendwie berechnen wollen, doch lieber die — Landesgerichtsstraße hiesig zu verwenden.

Und müssen den wirklich die Marxistenführer aller Länder hier in Wien durch Straßennamen oder Höfenamen geehrt werden? Sollen wir es ohne „Kassallestraße“ wirklich nicht aus? Und müssen wir außer Reumann und Winařky, David und Schlinger, Adler und Januschhöfen auch noch Rinsburgdenkmäler von Ausländern wie Liebknecht, Bebel, und Karl Marx in Wien haben? Was verknüpft denn die Wiener Bevölkerung mit dem italienischen Marxistenführer Matteotti, daß aus Wiener Steuergeldern ausgerechnet ein Matteotti-Hof gebaut werden mußte, selbst auf die Gefahr hin, einen befreundeten Nachbar zu beleidigen?

Wien hat aufgehört, eine Hochburg der roten Internationalen zu sein, also befreie man Österreichs Bundeshauptstadt ehestens wieder von dem herausfordernd international-heimatlosen Gepräge, das ihr ein Fremdgeist aufgenötigt hat! Wir wollen nicht auf Schritt und Tritt uns provoziert fühlen. Wir wollen uns in der eigenen Heimat nicht wie in der Fremde fühlen. Ehestens fort mit diesem Revolutionschutz! Mit seinem Empfinden haben heimatische Hände bereits das „Grabdenkmal der Republik“ vor dem Schmerlingpark verhüllt; es wird sich wohl eine geeignete Stelle in einem der Wiener Friedhöfe dafür finden. Dafür könnte das von den Rathausmarxisten seinerzeit in eine der kommunalen Kumpelkammern verschleppte Standbild des „bernagelten Kriegers“, des im Weltkrieg auf dem Schwarzenbergplatz karitativer Kriegshilfe diente und nachher eine Weile unter einem schönen Sinnpruch von Ottokar Kernstok in einer Nische unter den Arkaden des dritten Rathauses stand, wieder an seinen Platz gebracht werden als ein schönes Denkmal sowohl des „unbekannten Soldaten“, als auch seines „unbekannten Helfers“. Nicht nur, daß der Arkadengang auf diese Weise ohne erhebliche Kosten zu einem würdigen Denkmalschmuck kommen würde, es würde damit auch ein öffentliches Bekenntnis zu dem Geiste abgelegt, der vom Wiener Rathaus nach einem schlimmen Interregnum nunmehr wieder Besitz ergriffen hat: zu dem Geiste österreichischer Heimatliebe.

Ein historisches Dokument beweist

Aus der Rede Otto Bauers in der sozialdemokratischen Vertrauensmännerversammlung am 10. März 1933

Auf unserem letzten Parteitag im November habe ich den Parteitagsdelegierten gesagt: Vergessen wir nicht, wo Österreich liegt! Im Süden von uns der blutige Faschismus in Italien, östlich von ihm die gewalttätige Militärdiktatur in Jugoslawien, weiter nördlich, an unserer Ostgrenze, das Ungarn der Henker, und auf der anderen Seite, an unserer Westgrenze, das Deutsche Reich, das in den Faschismus hinabgleitet. Ich habe damals den Genossen gesagt: In dieser Lage rings um uns, wo wir gleichsam umzingelt sind vom Faschismus, wird es die große, schwere, aber desto ruhmvollere Aufgabe der österreichischen Arbeiterschaft sein, Österreich als eine Insel der Demokratie zu erhalten, als eine Insel der Freiheit mitten in diesem faschistischen Meer.

Zwei benachbarte Großmächte, Deutschland und Italien, und ein dritter Staat, Ungarn, arbeiten hier mit sehr viel Geld und mit sehr starken Regierungseinflüssen, um auch Österreich in den Faschismus hineinzureißen.

Ihr braucht euch bloß an die Hirtenberger Waffenangelegenheit zu erinnern, dann versteht ihr, warum. Das österreichische Volk ist den Großmächten gleichgültig, aber man braucht österreichische Eisenbahnen, wenn man etwa italienische Waffen nach Ungarn schicken will, man braucht Österreich als eine Brücke zwischen den faschistischen Staaten, die sich jetzt miteinander verbünden. Wenn da jetzt ein Block faschistischer Staaten — Deutschland, Italien, Ungarn — entsteht, soll Österreich auch faschistisch werden, damit wir in diesen Block der faschistischen Staaten nicht einmal als Verbündeter, sondern als eine Brücke, die man braucht, hineingezogen werden.

Das ist der Grund, warum jetzt hier mit soviel Geld aus dem Ausland gearbeitet wird. Wenn die Heimwehren jetzt wieder sehr viel Geld zur Verfügung haben, so kommt das Geld diesmal nicht von österreichischen Kapitalisten, diesmal kommt es aus dem Ausland, auf demselben Weg, den die Hirtenberger Waffen gegangen sind. Das macht den Kampf hier so ungeheuer schwer, aber auch so ungeheuer wichtig.

In dem Augenblick, in dem sich Europa wieder in zwei feindliche Lager zu spalten droht — auf der einen Seite die faschistischen Staaten, Deutschland, Italien und Ungarn, auf der anderen Seite das demokratische Frankreich mit seinen östlichen Bundesgenossen — in diesem Augenblick steht Österreich vor einer schicksalsschweren Entscheidung. Der Faschismus im Innern — das bedeutet die Einbeziehung Österreichs in das faschistische Staatenbündnis.

Und das würde dann in einer nahen oder fernen Zukunft bedeuten, daß wir, so wie wir im Jahre 1914 auf die Schlachtbank geschickt worden sind für den Ruhm und die Größe des Hauses Habsburg, dann einmal auf die Schlachtbank geschickt würden für den Ruhm und die Größe der Herren Hitler, Mussolini und Horthy.

Der andere Weg aber, der Weg, den wir wollen, ist der, die Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes zu erhalten und damit eine Politik der strengsten Neutralität gegenüber dem einen wie gegenüber dem anderen

der beiden kriegesischen Staatenbündnisse zu wahren.

Deshalb wäre nichts verfehlter, als wenn wir diese Schicksalsbedeutung der Verteidigung der Demokratie unterschätzen wollten. Ihr braucht etwa bloß das demokratische Deutschland unter dem Reichskanzler Hermann Müller und das faschistische Deutschland von heute zu vergleichen, um zu verstehen, welche Lebensnotwendigkeit es für die Arbeiterklasse ist, mit ihrer ganzen Kraft die Demokratie gegen den Angriff des Faschismus zu verteidigen. Wir stehen heute vor dieser Aufgabe, denn jetzt ist die Demokratie auch hier ernsthaft bedroht. Wir haben vorausgesehen, daß unter der Einwirkung der Ereignisse im Ausland diese

OTTO BAUER

Der **Aufstand** der
österreichischen Arbeiter

Seine Ursachen und
seine Wirkungen

Diese Broschüre erschien schon kurz nach den Kampftagen des Februar 1934 im Verlag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der CSR und wurde in Österreich illegal verbreitet

Gefahr kommen wird. Deshalb haben wir immer darauf geachtet, daß der österreichische Nationalrat arbeitsfähig bleibe, daß er dem Faschismus keinen Vorwand liefere.

Heute behaupten die Regierung und die bürgerlichen Parteien, das österreichische Parlament sei immer obstruiert gewesen, es habe nicht ordentlich arbeiten können. Das ist eine Lüge. Gewiß, das Parlament hat oft Schwierigkeiten gehabt, seitdem wir eine Regierung haben, hinter der nur eine knappe Mehrheit von wenigen Stimmen steht. Man sehe sich doch um in den Parlamenten der Welt! Nirgends hält man es für möglich, für längere Zeit ein Regierungssystem aufrechtzuerhalten, das bei den Abstimmungen nur Mehrheiten von ein bis drei Stimmen hat! Und trotzdem hat das öster-

reichische Parlament über die wichtigsten Fragen des Landes demokratisch entscheiden können! Und wenn eine Mehrheit von nur einer Stimme gegen uns war, so haben wir uns dem gefügt, weil wir wußten, daß die Demokratie in Mitteleuropa jetzt in eine Gefahrenzone hineingekommen ist und daß man sie nicht in ernste Gefahren dadurch stürzen darf, daß man ihr Funktionieren unmöglich macht.

Hand aufs Herz, Genossen, ihr habt das uns sozialdemokratischen Abgeordneten oft zum Vorwurf gemacht. Ich habe von Genossen, von Arbeitslosen, von Ausgesteuerten, die durch die furchtbaren Härten der sozialen Verwaltung der bürgerlichen Regierung getroffen worden sind, oft gehört: „Warum duldet ihr denn das? Warum schlägt ihr nicht lieber alles kurz und klein?“ Ich habe diese Stimmungen verstanden.

Aber wir haben uns doch immer gesagt: Heute, da die Demokratie durch die deutsche Entwicklung in ganz Mitteleuropa bedroht ist, muß man sich vor allem hüten, was die Demokratie funktionsunfähig machen und dadurch in Gefahr bringen könnte. Man muß das Parlament, so klein und so erbärmlich auch seine Mehrheit ist, aktionsfähig erhalten.

Natürlich konnten und durften wir nicht darauf verzichten, mit allen demokratischen Mitteln die Interessen der Arbeiterschaft zu verteidigen; aber wir waren immer ängstlich besorgt, unseren Kampf so zu führen, daß dadurch der demokratische Kampfboden selbst nicht gefährdet werde. Vielleicht verstehen jetzt manche Genossen besser als bisher, warum wir das getan haben.

Wenn aber die Krise der Demokratie trotzdem gekommen ist, dann ist sie nicht durch unsere Schuld gekommen, weil wir das Parlament nicht hätten arbeiten und funktionieren lassen, sondern sie ist gekommen durch die Schuld der Herren, die in den deutschen Ereignissen eine Konjunktur für ihre alten Pläne wittern und sich an jede Formalität als Vorwand klammern, um das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheitsrechte des Volkes anzugreifen.

Wir haben, bevor jene Notverordnung erschienen ist, die gezeigt hat, wohin die Regierung steuern will, den bürgerlichen Parteien gesagt: Angesichts der Ereignisse in Deutschland ist es heute notwendig, Österreich eine ruhige demokra-

tische Entwicklung zu sichern. Daran sind wir mitzuwirken bereit. Mitzuwirken nicht in der Form einer Regierungskoalition — von der war keine Rede —, aber durch demokratisches Zusammenarbeiten der Parteien im Parlament unter der Voraussetzung, daß man die demokratische Verfassung der Republik nicht antaste, daß man die großen politischen Streitfragen, die uns von den bürgerlichen Parteien trennen, für eine Zeitlang zurückstellt und sich statt dessen mit den wirklichen Sorgen des Volkes beschäftigt; wie man den Arbeitslosen Arbeit beschafft, wie man den Massen, die noch Arbeit haben, die Arbeitsplätze erhält und wie man die unschuldigen Opfer der Krise durch diese Zeit der Not durchzubringen vermag.

Die Herren haben dieses unser Angebot in dem christlichsozialen Regierungsorgan für „unzeitgemäß“ erklärt! Aber wir treiben keine Prestigepolitik. Und deshalb erkläre ich heute nochmals:

Wenn die Herren ihre faschistischen Pläne aufgeben, den verfassungsmäßigen demokratischen Zustand ohne Säumen wiederherstellen, die rechtswidrigen Angriffe auf verfassungsmäßig verbürgte Freiheitsrechte einstellen, dann sind wir auch jetzt zu einer friedlichen Entwirrung der Lage und zur Mitarbeit an den sachlichen, wirtschaftlichen Aufgaben der Zeit bereit.

Denn wir wünschen den Kampf nicht um seiner selbst willen. Wir wissen, daß ein großer Verfassungskampf der Volkswirtschaft des Landes Wunden schlagen würde, die sich in noch vermehrter Arbeitslosigkeit ausdrücken würden, und wir wissen, daß, wenn es zum Entscheidungskampf kommt, Opfer fallen würden, die wir vor den Müttern dieses Landes nur verantworten können, nachdem wir vorher alles getan haben, was eine friedliche Lösung auf dem Boden der Volksfreiheit möglich macht.

Aber wenn ich das hier noch einmal sage, dann soll man mich nicht mißverstehen! Denn darüber darf sich niemand täuschen: Wenn der Gegner es anders will, wenn er unsere Friedensbereitschaft mißachtet, wenn er sich einbildet, Österreich auf die deutsche Bahn führen zu können, dann, Genossen und Genossinnen, soll der Gegner wissen, daß wir zu allem, aber auch wirklich zu allem entschlossen sind!

Mahnmal-Enthüllung in Wöllersdorf

Zur Enthüllung des Mahnmales für den 12. Februar 1934 laden wir zu einer Kundgebung am Sonntag, dem 10. Februar 1974, um 10 Uhr, nach Wiener Neustadt, Ausstellungsgelände Raugasse (Schwechater Halle), ein.

Es sprechen Parteivorsitzender Genosse Bruno Kreisky,
für den Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus
Genosse Johann Haas (Kämpfer im Karl-Marx-Hof)
und der Obmann des Vereins „Mahnmal — Februar 1934“, Genosse Otto Probst.

Im Anschluß an die Kundgebung wird um 11.30 Uhr
das Mahnmal an der Wöllersdorfer Straße (Autobahnauffahrt) feierlich enthüllt.

Sturm über Österreich

Montag, den 12. Februar, früh, brach der Sturm los.

Zwei Tage vorher hatte die oberösterreichische Heimwehr ihre Mannschaften aufgeboten. Bewaffnet waren sie in Linz und in den anderen Städten Oberösterreichs eingezogen. Auf ihr bewaffnetes Aufgebot gestützt, hatten die Heimwehrlführer dem Landeshauptmann von Oberösterreich ihre Forderungen überreicht. Sie verlangten die Absetzung der verfassungsmäßigen Landesregierung, ihre Ersetzung durch einen Landesausschuß, der aus den faschistischen Wehrformationen zusammengesetzt werden sollte, Auflösung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen von Linz und Steyr: im Land und in den Gemeinden dürfe kein Sozialdemokrat mehr an der Verwaltung beteiligt sein, mochte ihn das Volk mit noch so großer Mehrheit zu seinem Amt berufen haben.

Während das bewaffnete Aufgebot der Heimwehr dieses Ultimatum an den Landeshauptmann gestellt hatte und drohend beisammen blieb, um den Landeshauptmann unter Druck zu stellen, waren bei Schutzbündlern Hausdurchsuchungen und Waffensuchen unternommen und lokale Schutzbundführer verhaftet worden.

Die Linzer Schutzbündler fühlten: die entscheidende Stunde ist da. Während sich die Heimwehr anschickt, mit Waffengewalt die faschistische „Gleichschaltung“ der Landesregierung und der Gemeindeverwaltungen zu erpressen, will man uns entwaffnen, damit wir den Heimwehrrfaschisten keinen Widerstand entgegensetzen können!

Die Linzer Schutzbündler wollten sich in solcher Stunde nicht entwaffnen lassen. Als Montag früh Bundespolizei in das Hotel Schiff, den Sitz der Linzer Arbeiterorganisationen, eindrang, um dort eine Waffensuche vorzunehmen, setzte sich eine Bereitschaft des Schutzbundes zur Wehr. Militär wurde herbeigeholt. Der Straßenkampf begann. Mit Windeseile verbreitete sich die Nachricht von dem Zusammenstoß bei dem Hotel Schiff durch Linz. Nun holten die Schutzbündler überall ihre Waffen. In vielen Teilen der Stadt begann der Kampf.

Wenige Stunden später verbreitete sich die Nachricht von den Linzer Zusammenstößen in Wien. Auch hier lohten nun die Leidenshaften auf: „Wir dürfen die Linzer nicht allein lassen!“

Die Wiener Arbeiter waren schon seit einigen Tagen in großer Erregung. Führende Vertrauensmänner des Schutzbundes, unter ihnen die Bezirksführer aller 21 Wiener Bezirke, waren verhaftet worden. Das Parteihaus war am Donnerstag von einem großen Aufgebot der Polizei besetzt gewesen. Alles das in einem Augenblick, in dem die Heimwehrrfaschisten den entscheidenden Schlag, die Besetzung des Wiener Rathauses, die Absetzung der von zwei Dritteln des Wiener Volkes gewählten sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung von Wien und die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei für die allernächsten Tage ankündigten!

Am Sonntag, dem 11. Februar, war in Floridsdorf, dem industriereichsten Bezirk Wiens, ein besonders angesehener Vertrauensmann der Arbeiterschaft, der Betriebsratsobmann eines Großbetriebes, verhaftet worden. Schon in den Morgenstunden des Montags erwogen die Betriebsräte der Floridsdorfer Großbetriebe einen Proteststreik

gegen diese Verhaftung. Sie hatten ihren Entschluß noch nicht gefaßt, als sich die Nachricht von den Linzer Ereignissen verbreitete.

Um die Mittagsstunde stellten die Arbeiter des Elektrizitätswerkes die Arbeit ein. Die Straßenbahn kam zum Stillstand. Die Schutzbündler sammelten sich in ihren Bereitschaftslokalen.

Die Polizei vergrößerte die Erregung, indem sie gerade in diesen Stunden in zwei Wiener Arbeiterbezirken neuerlich Hausdurchsuchungen vornahm und Waffen beschlagnahmte!

Nun setzte auch in Wien der Widerstand ein. Gegen fünf Uhr nachmittags fielen die ersten Schüsse. Die Kämpfe begannen. Auf der einen Seite Proletarier, zumeist Arbeitslose, mit einem alten Gewehr aus der Kriegszeit in der Hand und wenigen Patronen in der Tasche. Auf der anderen Seite Militär und Polizei, mit allem modernen Kriegsgerät ausgerüstet: Panzerwagen, Kanonen, Haubitzen und Minenwerfer.

Schon in den Abendstunden donnern die Geschütze. Die Truppen des Herrn Dollfuß schießen die Gemeindehäuser zusammen, in denen sich die Schutzbündler verbarrikadiert hatten. Was liegt daran, daß dieses Bombardement Frauen und Kinder mordet? Es sind Frauen und Kinder rebellischer Proleten. Was liegt daran, wenn die Zerstörung der Gemeindehäuser Tausende obdachlos macht? Mit Gewehren und Maschinengewehren allein würde man eben mit dem Aufruhr der Arbeiter nicht so leicht fertig.

Endlich scheint das Werk getan. Die Staatsgewalt hat sich des Hauses bemächtigt. Aber ein paar Stunden später tauchen auf dem Dach, in einem Turm, in ein paar Fenstern wieder Schützen auf, die den Kampf von neuem aufnehmen.

Trotz der Ungleichheit der Bewaffnung dauert der Kampf um Wien viermal vierundzwanzig Stunden...

Und indessen wird auch in den Industriestädten draußen gekämpft. In dem tapferen Steyr. In dem heroischen Bruck an der Mur. In Eggenberg und Graz, in Kapfenberg und Judenburg, in Neunkirchen und im Traisental, in Wörgl und Häring...

Die Kanonen, die schweren Haubitzen haben gesiegt. Die bürgerliche „Ordnung“ ist wiederhergestellt. Hunderte Arbeiter, Frauen, Kinder sind gemordet. Tausende Verwundete wunden sich in Schmerzen. Tausende liegen zusammengepfercht in den Gefängnissen. Mit Mord und Blut ist das neue Österreich „christlich, deutsch und ständisch“ begründet.

Die Standgerichte sind an der Arbeit. Als erster kommt der Wiener Arbeiter Münchreiter, ein 43jähriger Mann, Vater dreier Kinder, vor die Blutrichter des neuen „christlichen“ Österreich. Er kommt nicht zu Fuß. Im Kampf schwer verwundet, wird er auf einer Tragbahre in den Gerichtssaal getragen. Das Gericht erkennt, daß eine schwere Verwundung nicht als eine schwere Erkrankung anzusehen sei, die nach dem Gesetz die Vollziehung der Todesstrafe verhindern würde. Die Richter des Herrn Dollfuß lassen den Verwundeten in der Tragbahre zum Galgen tragen.

Arbeiterblut fließt in Strömen. Arbeiter sterben in den Kampflinien, in den zerschossenen Häusern, in den Spitälern, am Galgen. Der Faschismus jubelt! Der Faschismus triumphiert!

Die Bedeutung der Kampfstage

Der Kampf begann mit der Stilllegung der Arbeit. Aber der Generalstreik war keineswegs gelungen.

Die Eisenbahner, einst eine Elitetruppe der österreichischen Arbeiterbewegung, waren durch die Ereignisse der letzten Jahre zermürbt. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit hat sie entmutigt. Seitdem die Diktatur die einst so mächtige Personalvertretung zerschlagen hat, fühlen sich die Eisenbahner schutzlos der Willkür der Bundesbahnverwaltung ausgeliefert. So sind sie ängstlich, kleinmütig geworden. Sie blieben bei der Arbeit, als die Kanonen gegen die Gemeindehäuser donnerten. Daß die Eisenbahnen weiter verkehren konnten, hat die Entwicklung des Generalstreiks überaus erschwert.

Aber auch in manchen Betrieben ist gearbeitet worden. So konnten, sehr zum Schaden der Bewegung, die bürgerlichen Zeitungen in den Streiktagen erscheinen. Wie schwer ein allgemeiner Streik in einer Zeit so großer und so lang andauernder Arbeitslosigkeit zu führen ist, haben diese Tage gelehrt. Diejenigen Arbeiter, die an der Streikbewegung nicht teilgenommen haben, werden es jetzt furchtbar erfahren, wie eine triumphierende Reaktion Proletarier behandelt, die sie in geschichtlicher Stunde als kampfunfähig erkannte.

War der allgemeine Streik nur unvollständig gelungen, so war dagegen der bewaffnete Widerstand des Republikanischen Schutzbundes gewaltig, imponierend, hinreißend über alle Maßen. Zwar gab es auch da Lücken. Manche Bezirke haben überhaupt nicht zu den Waffen gegriffen; in vielen Fällen deshalb, weil die Waffensuchen der vorausgegangenen Tage den Schutzbund entwaffnet und die Verhaftungen der lokalen Führer die Männer entfernt hatten, die die Waffenverstecke kannten. In anderen Bezirken hat es der lokalen Führung des Schutzbundes wohl auch an Mut, an Offensivgeist gefehlt. Aber wo der Schutzbund in den Kampf getreten ist, dort war seine Haltung von bewunderungswürdigster Tapferkeit, Zähigkeit und Heldenhaftigkeit.

Die Kämpfe um das Ottakringer Arbeiterheim, um den Karl-Marx-Hof, das viertägige Ringen um Meidling, um Simmering, um Kaisermühlen und insbesondere um Floridsdorf, die Schlachten von Steyr und von Bruck, die Straßenkämpfe in Linz — all das gehört zu den größten, heldenhaftesten Kämpfen der Revolutionsgeschichte aller Zeiten und aller Länder.

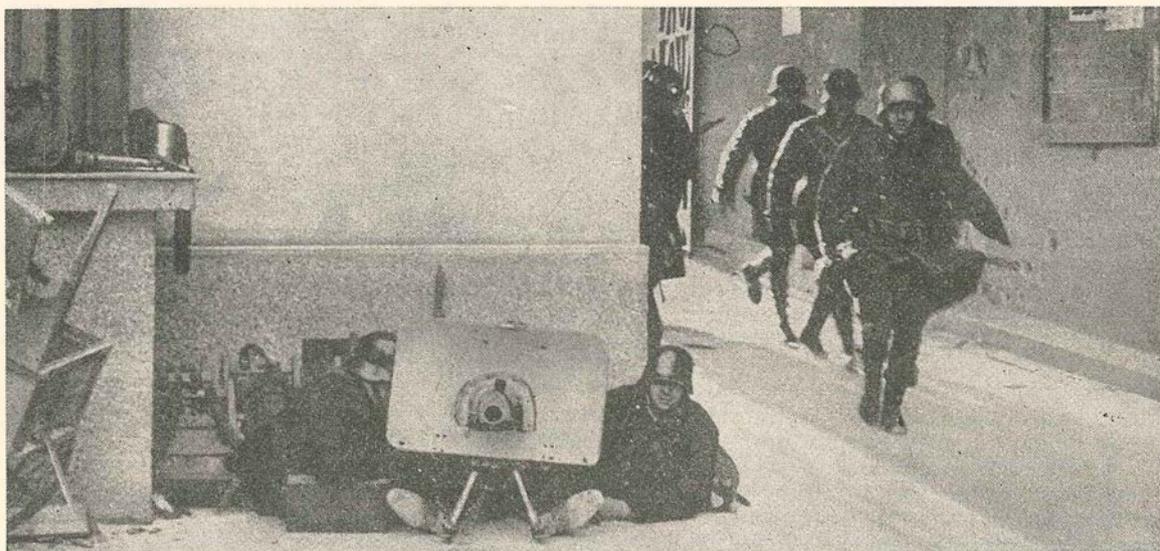
Womit soll man die Geschichte der Wiener Revolutionstage vergleichen?

Als sich die Pariser Arbeiter im Jahre 1871 erhoben, war es unmittelbar nach der Belagerung von Paris durch die deutschen Heere. Noch war das ganze Pariser Volk bewaffnet. Kriegsgerät für 200.000 Mann stand der Kommune zur Verfügung. Hunderte Kanonen waren im Besitz der Pariser Arbeiter. Die Bewaffnung war nicht so furchtbar ungleich wie in diesen Tagen in Wien, wo die Arbeiter vier Tage lang mit alten Infanteriegewehren gegen die Kanonen und Haubitzen des Bundesheeres gekämpft haben.

Als sich die Arbeiter von Leningrad im März 1917 gegen den Zarismus erhoben, war Rußland im Weltkrieg geschlagen, die zaristischen Truppen waren aus mobilisierten Bauern und Arbeitern zusammengesetzt, ein großer Teil von ihnen ging im Verlauf des Kampfes auf die Seite der Arbeiter über. In Wien standen die Arbeiter einem Söldnerheer gegenüber, das, fest in der Hand seiner Führer, bis zur letzten Stunde gegen sie kämpfte.

So ist der Kampf der österreichischen Arbeiter mit keiner der letzten großen Revolutionen zu vergleichen. Nie hat eine revolutionäre Arbeiterschaft gegen eine so große technische Überlegenheit des Feindes so lang, so zäh, so heldenhaft standgehalten wie in den österreichischen Aufstandstagen.

So sind die österreichischen Schutzbündler nach heldenmütigem Kampf erlegen. Aber sind sie besiegt worden, so sind sie doch in Ehre und Ruhm untergegangen. In Italien hat die Arbeiterklasse dem Marsch Mussolinis auf Rom keinen Widerstand entgegensetzen vermocht. In Deutschland sind die Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei kampfflos dem Nationalfaschismus erlegen.

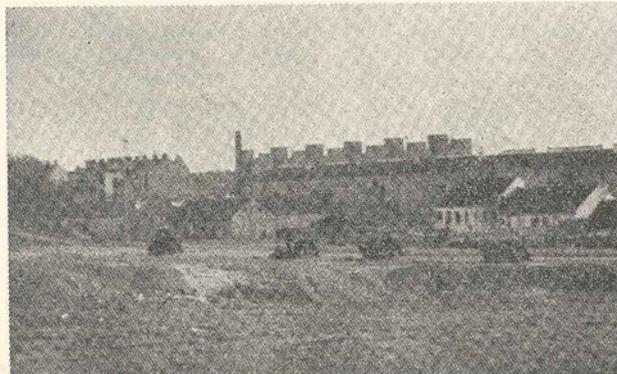


In Österreich hat die wehrfähige Elite des Proletariats gezeigt, wie sich freiheitsliebende Arbeiter wehren, wenn ihre Freiheit bedroht ist. Generationen von Arbeitern werden ihren Kindern von den Heldentaten der österreichischen Schutzbündler erzählen, ihre Söhne im Geiste der Kämpfer um die Freiheit der österreichischen Arbeiter erziehen. Aus dem vergossenen kostbaren Proletarierblut wird reiche Saat aufgehen. Aus der Erinnerung an unsere Gefallenen und standrechtlich Gerichteten, aus dem Ruhm ihres Kampfes, aus dem Haß gegen die Mörder, die Frauen und Kinder in den Gemeindebauten gemordet haben, gegen ihre Henker, die Verwundete zum Galgen schickten, gegen ihre Mitschuldigen, die dem Blutwerk der Henkerregierung applaudieren, wird die österreichische Sozialdemokratie sieghaft wieder erstehen. Gefärbt mit dem Blut unserer Helden wird die rote Fahne dereinst wieder über Wien, dereinst über Österreich wehen.

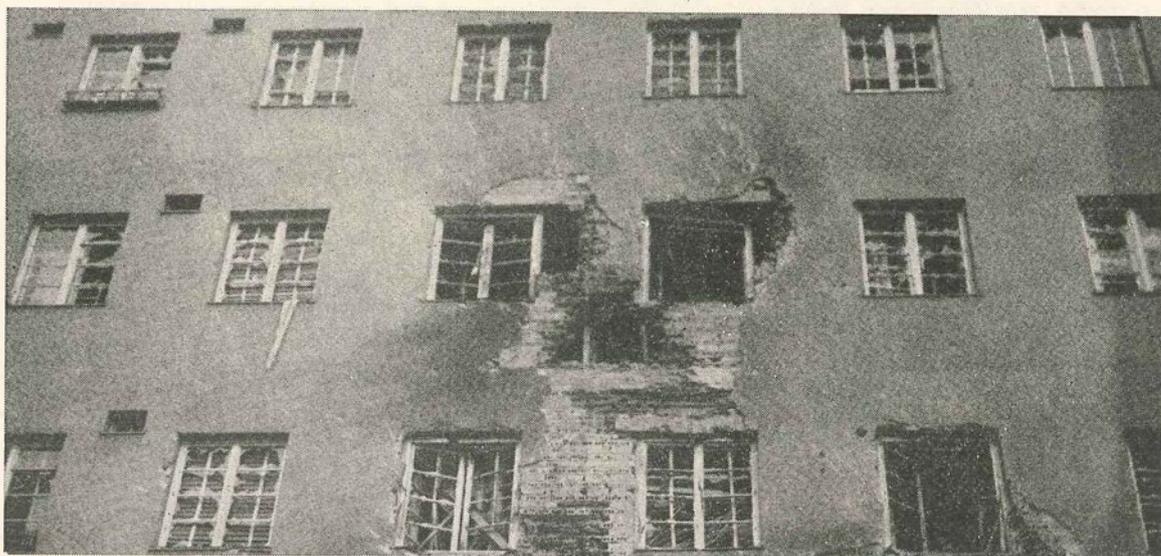
Ungeheuer war der Widerhall der Wiener Kampftage in der ganzen proletarischen Welt. In England und in Frankreich, in Belgien und in Holland, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei, überall, von Spanien bis zu den baltischen Ländern, im roten Rußland, jenseits des Ozeans in Amerika — überall haben die Arbeiter in gewaltigen Kundgebungen für das kämpfende Proletariat Österreichs demonstriert, überall fluchen sie seinen Mördern und Henkern. Die Sozialisten der ganzen Welt haben es als beschämend, als eine verhängnisvolle Ermutigung der internationalen Reaktion, als eine verhängnisvolle Schwächung der Arbeiterklasse aller Länder empfunden, daß sich die deutsche Arbeiterklasse dem Faschismus kampflos unterworfen hat. Sie alle sind stolz darauf und fühlen sich gehoben und gestärkt dadurch, daß sich die österreichischen Arbeiter mit dem Gewehr in der Hand dem Faschismus widersetzt haben. Das Proletariat der ganzen Welt hat das Rote Wien geliebt um seines friedlichen sozialistischen Aufbaues willen: um seiner Wohnbauten, um des Meisterwerkes seiner sozialen Fürsorge und seiner Schulreform willen. Jetzt liebt die Arbeiterklasse der Welt das Rote Wien heißer um seiner revolutionären Tat, um seines Heldentums willen, um seines für die Freiheit vergossenen Blutes willen. Stolzer denn jemals zuvor singen die Arbeiter in allen Sprachen der zivilisierten Welt das Lied von den Arbeitern von Wien.



Der Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt unter Beschuß



Die Artilleriestellung in Wien-Heiligenstadt



Der Kampf im Karl-Marx-Hof

Der folgende Bericht über den Heldenkampf des Republikanischen Schutzbundes ist dem Buche „Der Bürgerkrieg in Österreich“ von Julius Deutsch entnommen, das nur in wenigen hundert Exemplaren über die Grenze nach Österreich geschmuggelt werden konnte, die wenigen, die es besaßen, hüteten es als kostbaren und zugleich — gefährlichen Schatz, denn auf seinen Besitz stand Gefängnis und Anhaltelager.

Der Kampf um den Karl-Marx-Hof gehört zu den heroischsten Taten der Februarkämpfe. Das Bundesheer hatte das Gebäude mit einem eisernen Ring umschlossen. Unmittelbar vor dem Haus war Infanterie, die mit Gewehren und Maschinengewehren schoß. Auf der Hohen Warte, dem Feuer der Schutzbündler unzugänglich, hatte die Artillerie Stellung bezogen. Von dort überschüttete sie den Karl-Marx-Hof mit einem Hagel schwerer Granaten, obwohl dort hunderte Frauen und Kinder in den Wohnungen waren. Vergeblich versuchten die Schutzbündler, sie in Sicherheit zu bringen.

Als das Kommando des Bundesheeres glaubte, das Gebäude sturmreif geschossen zu haben, begann ein konzentrischer Angriff. Die Schutzbündler wehrten sich wie die Löwen. Jeder Hof und jeder Stiegenaufgang wurde verteidigt. Am längsten hielten sich die Maschinengewehrschützen im sogenannten Blauen Turm, einem die übrigen Gebäude überragenden Wohnblock. Von dort her wurde noch ununterbrochen gefeuert, als in den übrigen Teilen der Kampf bereits zu Ende war. Die Maschinengewehrschützen hielten aus, um den Rückzug ihrer Genossen zu decken. Der Kampf hätte noch länger gedauert, wenn nicht die Schutzbündler aus Sorge um das Schicksal der Frauen und Kinder sich gezwungen gesehen hätten, zurückzuweichen.

Die Offiziere des Bundesheeres haben den Einsatz der Artillerie damit zu rechtfertigen versucht, daß sie dem Karl-Marx-Hof Festungscharakter zuschrieben. Denselben Bauwerk, von dem die „Reichspost“ seinerzeit erzählt hatte, es versinke im Schlamm! Später haben die Wiener Architekten, die

die Wohnhausanlagen errichteten, gegen dieses unsinnige Ammenmärchen öffentlich protestiert. Aber unmittelbar nach dem Ende der Kämpfe haben die Offiziere, um für sich Stimmung zu machen, erzählt:

„Vom militärischen Standpunkt aus gesehen, stellt der Karl-Marx-Hof eine überaus raffiniert gebaute Festung dar. Unzählige Erker, Balkone sowie Mauervorsprünge dienen nicht nur der Bequemlichkeit der Bewohner, sondern sind im Falle eines Verteidigungskampfes sogenannte ‚Flankierungs- und Bestreichungsanlagen‘. Unter dem Deckmantel ‚moderner Architektonik‘ wurden im Innern des Gebäudes geheimnisvolle Gänge angelegt, die angeblich dazu dienen, die Gas- und Wasserleitungsrohre in Evidenz zu halten. In diese Gänge, die neben den Stiegenhäusern verlaufen, sind Leitern eingebaut, die es ermöglichen, innerhalb kürzester Zeit von einem Stockwerk ins andere zu gelangen, ohne gesehen zu werden.“

Die Lüge vom „Festungscharakter“ der Wiener Gemeindebauten, insbesondere des Karl-Marx-Hofes, fand ihren Weg auch in einige ausländische Zeitungen. Fachleute vom Baufach, von der Polizei hiezu sorgfältig ausgesucht, führten nämlich nach den Kämpfen die Journalisten in die Gemeindebauten und versuchten ihnen den Unsinn einzureden. Um dieser vaterländischen Propaganda den entsprechenden Nachdruck zu verleihen, endeten diese Exkursionen mit einer solennen Bewirtung...! Zur Ehre der meisten ausländischen Journalisten und Berichtersteller muß allerdings gesagt werden, daß sie sich von dieser Art Propaganda mit Ekel abwanden. Nur die Wiener gleichgeschaltete Presse blieb beharrlich dabei, daß die Wiener sozialdemokratische Gemeindeverwaltung nicht nach hygienischen, sondern nach strategischen Gesichtspunkten 60.000 Familien zu schönen, hellen Wohnungen verholfen hat!

Kehren wir von diesem Ausflug auf das Gebiet des amtlichen Lügendienstes zu unseren einfachen, tapferen Schutzbundmännern zurück. Einer von



den Verteidigern des Karl-Marx-Hofes erzählt seine Erlebnisse:

„An der Sammelstelle, der ich zugeteilt war, fehlte kein einziger Genosse. Der Straßenbahnverkehr hatte aufgehört, jeden Augenblick ging ein anderer zum Lichtschalter, um das Licht anzuknippen und um so zu sehen, ob auch schon die Elektrizitätswerke in Streik waren. Tatsächlich, es gab kein Licht mehr. Nach einiger Zeit gelang es der Technischen Nothilfe, unter Einschaltung von Überlandleitungen, rund um den Karl-Marx-Hof die Lichter wieder anzuzünden. Aber davon merkte man noch nichts. Vorläufig also warteten wir. Endlich kam unser Abschnittsführer und teilte uns flüsternd die Losung mit. Wir sandten darauf unsere Sammler aus und hatten im Laufe von anderthalb Stunden fast unsere gesamte Mannschaft gestellt.

Die Stimmung war ausgezeichnet. Mit Anbruch der Dunkelheit ging jede Gruppe auf ihren Posten. Einzelweise holten wir uns die Waffen. Wir hatten pro Mann ein Gewehr und einige hundert Schuß Munitio, außerdem drei bis fünf Handgranaten pro Mann. Maschinengewehre hatten wir keine. Wir waren wütend, als rings um den Karl-Marx-Hof die elektrischen Lichter aufflammten. Die Straßen waren ganz leer, ab und zu zeigte sich ein Wachmann mit Stahlhelm und Karabiner mit Bajonett auf. Als einer der Wachleute gegen drei Zivilisten mit gefälltem Bajonett vorging und einen der Zivilisten am Arm verletzte, griff eine unserer Gruppen ein, der Wachmann rief Hilfe herbei, und so begann das Gefecht. Gegen unsere Gruppe wurde aus der Wachstube gegenüber dem Bahnhof Heiligenstadt von der Wache Karabinerfeuer eröffnet. Wir beantworteten es sofort, gingen in Schwarmlinien vor, nahmen die Wachstube unter Kreuzfeuer, zerschossen dabei systematisch jede einzelne Lampe, so daß unsere Gegend bald vollständig finster war.

Es war merkwürdig, daß bei den gedienten Soldaten sich alle Bewegungen aus der Militärzeit automatisch wieder einstellten. Auch die Wache ging durchaus militärisch vor. Sie war uns gegenüber dadurch im Vorteil, daß ihre Leute besser ausgebildet waren und daher ausgezeichnete Schußdisziplin hielten, während unsere jungen Genossen zunächst überflüssig Munitio verpulverten. Dennoch gelang es uns, die Wache in die Wachstube selbst zurückzudrängen. Wir waren so nahe herangekommen, daß wir das Telephonläuten in den Wächerräumen hörten. Endlich waren wir so weit, daß wir einen Sturm wagen konnten, es gelang uns, die Polizisten zu verjagen, wir waren aber zu schwach, um sie verfolgen zu können.

Montag um zehn Uhr abends war das ganze Gebiet rund um den Karl-Marx-Hof fest in unserer Hand. Wir stellten Wachen auf und sandten Verbindungspatrouillen aus. Zu dieser Zeit hatten wir noch keinen einzigen Toten, aber bereits Verwundete. Nach zehn Uhr zeigte sich auf der Straßenseite Bewegung, so daß wir von der Bahndamm zugekehrten Front Kräfte abziehen mußten. Es kamen drei große Überlandwagen, die mit Heimwehrtruppen voll besetzt waren und die voll beleuchtete Heiligenstädter Straße passieren wollten. Wir eröffneten gegen die drei Autos sofort heftiges Feuer und versuchten, die Heiligenstädter Straße durch eine Patrouille vor weiteren Autos zu sichern. Diese Patrouille ist uns verlorengegangen, wir haben während der weiteren Kämpfe keine Verbindung mehr mit ihr aufnehmen können. Dieser Vorstoß der Heimwehrautomobile muß

„Wenn ein Mitglied des Hauptverbandes in der Dienststelle erscheint, um Aufklärung zu holen, auf welche Art die 2 Prozent an Mitgliedsbeiträgen zu bezahlen sind, so ist die krisenhafte Lage darzulegen, und die Notwendigkeit, sich zu rüsten (Heimwehr, Presse, politische Presse usw.); sodann ist ihm klarzulegen, daß die Industrie bei der Art und Weise unserer Steuern und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung (8-Stunden-Tag, hohe Steuern, Wohnungsanforderungen usw.) nicht bestehen kann.

Dann ist ihm zu zeigen, daß wir bei den Lohnverhandlungen immer besser abschneiden als die anderen Bundesländer, weil die Sozialdemokraten uns nicht so einschüchtern können und weil wir ihnen einen größeren Widerstand entgegensetzen in der Lage sind.“

Die Unternehmerorganisationen hatten vom November 1921 an von ihren Mitgliedsfirmen 2 Prozent von der gesamten Lohn- und Gehaltssumme für einen Kampffonds eingehoben und mit diesem Gelde die Heimwehren errichtet.

*

Auch die deutschnationalen Gewerkschaften (Verkehr, Gruppe Villach) unterstützten dieses Vorgehen der Unternehmer durch ein vertrauliches Rundschreiben, in dem es unter anderem heißt:

„In Sachen der Heimwehren wurde bereits in der Tagung der Ortsgruppenvertreter am 16. Mai 1921 in Villach beschlossen, daß alle Ortsgruppen der Deutschen Verkehrsgewerkschaft wegen Bildung von sogenannten ‚Eisenbahnerwehren‘ innerhalb des Rahmens der Heimwehren Vertrauensmänner aufzustellen und diese der Ortsgruppe Villach bekanntzugeben haben. Und zwar so bald wie möglich, da die Sache ohnehin schon zu lange verzögert wurde.“

nach einem bestimmten Plan erfolgt sein, denn kurze Zeit nachher zeigte sich auf dem Eisenbahndamm Bewegung. Ein Eisenbahnzug brachte neue Polizeimannschaften und zwei Maschinengewehre. Von diesem Augenblick an, also Montag nach zehn Uhr abends, waren wir überzeugt, daß unsere Erfolgsaussichten sehr gering seien, denn wir sahen so ganz auffällig das Versagen der Eisenbahner, die den Streik nicht mitgemacht hatten. Wir eröffneten auf die Polizei, die sich vor dem Bahnhof zu formieren versuchte, sofort ein heftiges Feuer. Dennoch gelang es der Polizei, ein Maschinengewehr in Stellung zu bringen. In der Nachbargruppe gingen vier Turnerjugendliche mit Pistolen gegen dieses vor, einer von ihnen fiel sofort, als er sich aus der Deckung erhob, den anderen dreien gelang es, den das Maschinengewehr bedienenden Polizemann zu verletzen, so daß die Polizei für etwa zehn Minuten das Maschinengewehr nicht benutzen konnte. In dieser Zeit versuchten wir, uns hinter den schmalen Hauseingängen zu verschanzen. In diesen Minuten, in denen wir alle wußten, daß jetzt der schwerste Kampf bevorstände, öffneten sich über uns Fenster, und man warf uns Obst, Lebensmittel und Zigaretten herunter.

Nach der kurzen Pause begann uns das Maschinengewehr der Polizei ohne Unterbrechung nahezu eine Stunde lang zu beschießen. Es bestrich fast unsere ganze Front. Wir blieben gedeckt und bewegten uns kaum und schossen nur dann, wenn sich einer von den Wachleuten vorwagte. Als die Polizei nach etwa einer Stunde ein zweites Maschinengewehr in Stellung brachte, und als auf der Heiligenstädter Straße Heimwehrtruppen heranrückten, so daß der Marx-Hof ganz umschlossen war, zogen wir uns in das Innere des Gebäudes zurück.

Ungefähr um neun Uhr vormittag bekamen wir Nachricht von den schweren Kämpfen, die sich in-

zwischen in anderen Wiener Bezirken entwickelt hatten. Es muß aber zu dieser Zeit der Kampf in Wien nur noch auf wenige Punkte konzentriert gewesen sein. Wir ersahen das daraus, daß immer mehr Kräfte gegen uns eingesetzt wurden. Wir dürften zur Zeit des höchsten Standes im ganzen Marx-Hof nur einige hundert Mann gewesen sein. Die Exekutive dürfte damals schon etwa zweitausend Mann gegen uns mobilisiert haben.

Von Dienstag zehn Uhr an begann die Exekutive mit den schärfsten Mitteln gegen uns vorzugehen. Jede Gruppe verlor den Zusammenhang mit der anderen und mußte allein kämpfen. Wir hörten nur immer wieder aus dem Gewehrknattern, daß die anderen sich wehrten. Genossen aus der Bezirkszentrale gelang es um diese Zeit, uns zwei Maschinengewehre zukommen zu lassen. Unsere Genossen hatten bei diesem geglückten Versuch allerdings drei Tote. Er war ein Beweis für den unerhörten Wagemut und die Solidarität unserer Genossen. Wir, die im Felde waren, haben derartiges bei der alten Armee niemals an Tollkühnheit und Geschicklichkeit erlebt. Eine Stunde lang vielleicht verschafften uns die beiden Maschinengewehre einigermaßen Luft. Dann aber begann der Angriff der Exekutive aufs neue, und von da an verlor jeder von uns jegliche Übersicht, an allen Ecken und Enden war die Hölle los.

Während wir es bisher nur mit Gegnern zu tun hatten, die wir sehen konnten, kam nun von der Hohen Warte her neues Maschinengewehrfeuer. Der Exekutive gelang es, das untere Ende des Marx-Hofes einzunehmen, so daß wir also den Feind selbst im Hause hatten. Dazu kam, daß einzelne Räume durch die Beschießung zerstörte Gasleitungen hatten, so daß wir, wollten wir nicht eine Explosion riskieren, Teile selbst räumen mußten.

Gegen Mittag wurde das Feuer auf seiten der Polizei mit einem Male schwächer. Um diese Zeit

muß gegen den mittleren Teil des Marx-Hofes, in dem ich selbst nicht gewesen bin, das Artilleriefeuer eingesetzt haben. Wir hörten knapp hintereinander drei schwere Einschläge. Um die gleiche Zeit gelang es im oberen Teil des Hofes mehreren Genossen, durch die Kanäle eine Verbindung zur Außenwelt zu schaffen. Es gelang ihnen, durch das unterirdische Kanalnetz in einen weit entfernten Bezirk zu gelangen und dort Lebensmittel und Zigaretten zu besorgen.

Gegen drei Uhr war die Polizei bereits so weit vorgedrungen, daß meine Gruppe den Marx-Hof räumen mußte. Unter Mitnahme aller unserer Waffen und Lebensmittel gingen wir ebenfalls durch das Kanalnetz. In einem weit entfernten Bezirk kletterten wir vorsichtig hoch und hatten die Absicht, uns nach Floridsdorf oder Ottakring durchzuschlagen, was uns aber nicht mehr gelang. Wir versteckten daher unsere Waffen und die Gruppe löste sich auf. Wir gingen einzeln weg und versuchten so gut es ging unterzutauchen.

Keinem in unserer Gruppe ist auch nur eine Sekunde lang der Gedanke aufgetaucht, es sei das, was wir getan hatten, falsch oder ungesetzlich. Im Gegenteil — wir fühlten uns als gesetzliche Verteidiger der österreichischen Verfassung, die seit März 1933 durch den Bundeskanzler beseitigt worden war. Während der Kämpfe haben wir niemals Radio gehört. Erst als wir den Marx-Hof verlassen hatten, erzählte man uns, was die Herren Minister im Rundfunk alles an Lügen und Romanen erzählt hatten. Keiner von uns hat ein Wort geglaubt. Als man uns sagte, die Regierung erzähle, Bauer und Deutsch seien geflohen, da hatten wir alle nur den einen Wunsch: Hoffentlich sind die zwei Genossen wirklich draußen.

Wir waren alle sehr müde; wir hatten das Gefühl, zwar eine Schlacht, aber keinesfalls einen Krieg verloren zu haben.“



Wir sind dabeigewesen...

Schutzbündler berichten:

Ein naßkalter Tag, der die Menschen melancholisch stimmt. Man hat das Empfinden, es liege irgendein Unheil in der Luft, und diese Gemütsverfassung sollte nur allzubald recht behalten. Es war um 10 Uhr, da tauchte plötzlich in der Stadt das Gerücht auf: „In Linz wird geschossen!“ Plötzlich stehen die Straßenbahnen still. Auch die Zeiger der Straßenuhren rücken nicht mehr vor. Die Versorgung mit Gas und Strom hört auf. Hunderttausende Arbeiter und Angestellte verlassen die Betriebe. Generalstreik? Aber der Zugverkehr geht pünktlich weiter. Ich begeben mich von meinem Gewerkschaftsbüro nach Atzgersdorf und ordne dort den sofortigen Bereitschaftsdienst des Republikanischen Schutzbundes an. Die Abteilungen des Schutzbundes im Liesinger Bezirk gehören, was die nächsthöhere Kommandostelle anbetrifft, zu Mödling, und hinsichtlich des Wahlkreises „Viertel unter dem Wienerwald“ zu Wiener Neustadt. Da es mit unseren Verteidigungsmitteln infolge der vielen und ständigen Waffensuchen, die in der Zeit vor dem 12. Februar in den Industrieorten von Atzgersdorf bis zum Semmering durchgeführt wurden, sehr schlecht bestellt ist, versuchen wir, mit Wien eine Verbindung herzustellen. Unsere Lage im Liesinger Bezirk ist — vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet und auch aus anderen Gründen — äußerst ungünstig. Schon Wochen vorher wurde im Bezirk die Gendarmerie verstärkt und außerdem zirka 320 Mann gut ausgerüsteter Assistenztruppe — oder, wie sie bei den Arbeitern hießen, „Fünfschillingmanderln“ — in den Bezirk gelegt. Zu ihnen stößt im Laufe des 12. Februar eine Schulabteilung der Gendarmerie, die 250 Mann zählt und ebenfalls aufs beste bewaffnet ist. Zu dieser regierungstreuen Streitmacht kommen selbstverständlich auch noch die Heimwehrformationen, denen man niemals auch nur ein einziges Gewehr oder eine Patrone weggenommen hatte.

Wir versuchen, da uns Wien näher liegt als Wiener Neustadt, mit den dortigen Genossen eine Front herzustellen. Ich fahre um 14 Uhr mit einem leichten, der Gemeinde Atzgersdorf gehörenden Lastwagen ins Niederösterreichische Landhaus in der Herrengasse. Auf dem Wege dahin komme ich bei der Vorwärts-Druckerei vorbei. Die Tore in der Wienzeile und in der Pilgramgasse sind bereits von feldmäßig ausgerüsteter Polizei besetzt. Auf der Pilgrambrücke haben die Polizisten ein Maschinengewehr in Stellung gebracht. Beim Landhaus angekommen, frage ich den Portier um die Genossen Helmer, Popp und Schneidmadl. Der Mann antwortet: „Die Herren sind weggegangen.“ Später erfahre ich, daß sie bereits verhaftet sind. Als ich das gegenüberliegende Café Central, in dem sich die drei Genossen oft aufhielten, aufsuche, um nachzusehen, ob sie dort seien, sitzt in dem Lokal mutterseelenallein der niederösterreichische Landtagsabgeordnete und Redakteur der „Freien Lehrerstimme“, Franz Veselly. „Franz“, ersuche ich ihn, „geh' in das niederösterreichische Landesparteisekretariat in der Bräunerstraße und schau, was dort los ist.“ Er geht, kommt nach kurzer Zeit zurück und sagt mir, daß es schon von der Polizei besetzt ist. Es ist Standrecht. Kerker und Galgen drohen jedem, der für die demokratischen Freiheitsrechte etwas unternimmt.

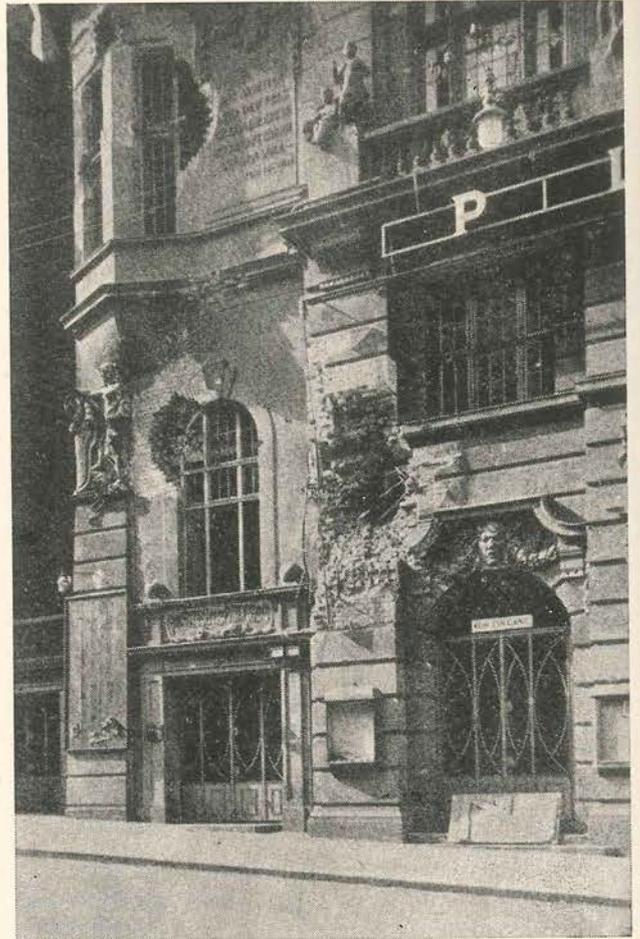
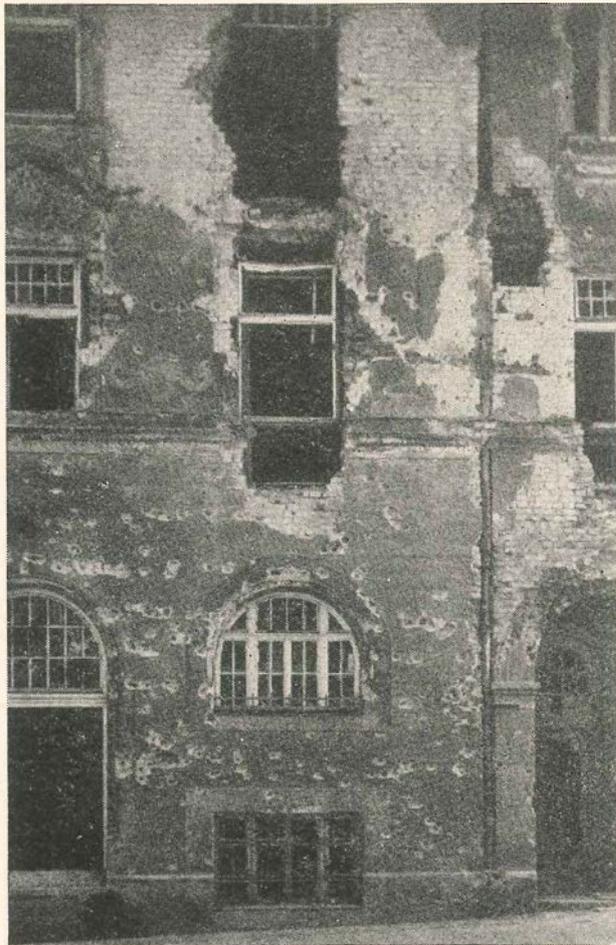
Nun fahre ich wieder unverrichteterdinge nach Atzgersdorf zurück. Bei der Fahrt über die Mariahilfer Straße kommen wir noch glücklich durch, bevor bei der Stiftskirche Infanterietruppen die Straße mit Spanischen Reitern absperren. Der Versuch eines anderen Genossen des Atzgersdorfer Schutzbundes, mit dem Meidlinger Schutzbund in Kontakt zu kommen und Munition zu erhalten, mißlingt ebenfalls. In den Abendstunden mache ich mich auf den Weg nach Mödling. Im Arbeiterheim treffe ich etwa ein Dutzend Mödlinger Genossen, Deutsch, Buchinger usw. „Wo ist der Petznek-Poldl?“ frage ich. „Den hat vor etwa zwei Stunden der Bezirkshauptmann zu sich rufen lassen“, antworten sie mir. „Auf den braucht ihr nicht mehr zu warten“, sage ich, „der ist schon in Haft!“

„Was soll geschehen?“

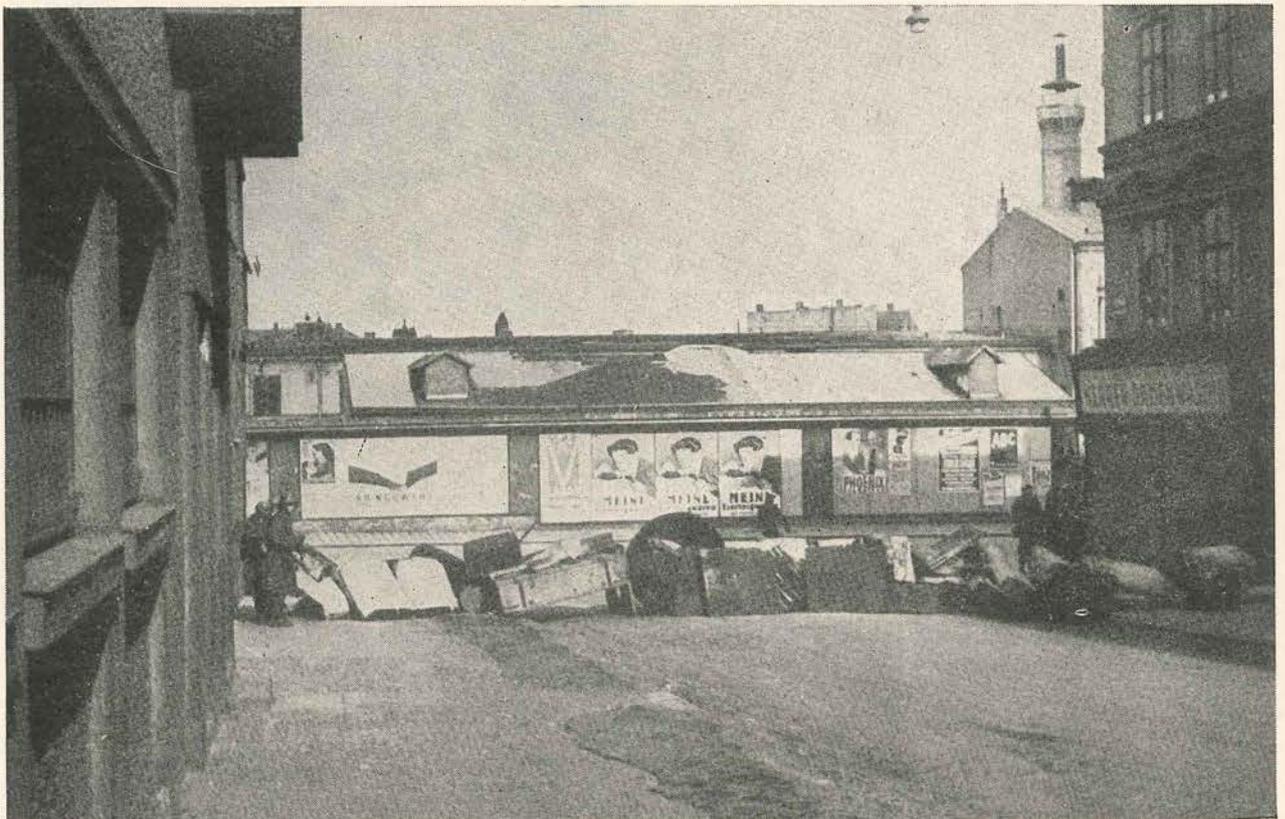
„Alles, was ihr an Kampfmitteln besitzt, sofort bereitstellen, damit ihr, wenn der Befehl zur Aktion kommt, gleich antreten könnt!“ Dann fahre ich weiter nach Siebenhirten. Vor dem Arbeiterheim steht der Schutzbündler Müller; ich gebe ihm den gleichen Auftrag und kehre nach Atzgersdorf zurück.

„Wenn die Eisenbahner nicht streiken“, sagt plötzlich einer in die Dunkelheit hinein, „ist der





Das Ottakringer Arbeiterheim nach den Kämpfen



Barrikade in der Kreitnergasse

Kampf verloren, bevor wir ihn noch begonnen haben!“ Eine tiefe, schmerzliche Enttäuschung klingt aus seinen Worten.

Plötzlich hören wir Kanonendonner. In ohnmächtiger Wut ballen wir die Fäuste.

Um die neunte Nachtstunde begeben wir uns in einen mitten im Orte gelegenen Gemeindebau, in dem sich ein Zug Schutzbund in Bereitschaft befindet. Im Erdgeschoß ist eine Wachstube der Gemeindegewache untergebracht. Kaum, daß wir eine halbe Stunde dort sind, wird die Wachstube von etwa 40 Mann von Assistenztruppe und Gendarmerie besetzt. Wir befinden uns ein Stockwerk über ihnen. Wie durch ein Wunder entgehen wir der Verhaftung.

Wieder horchen wir — die Nerven aufs äußerste gespannt — in die Nacht hinaus, ob der Zugverkehr noch nicht aufgehört hat. Doch die Züge fahren und fahren! Auch der Genosse, den wir nach Meidling um Munition geschickt haben, kommt nicht, und ebensowenig kommen die Schutzbündler aus Wiener Neustadt und den anderen Orten aus der näheren und weiteren Umgebung.

Grau zieht der neue Tag, Dienstag, der 13. Februar 1934, herauf!

Noch immer erwarten wir den Anmarsch der Schutzbündler aus dem südlichen Niederösterreich; Gerüchten zufolge sollen sich bereits Tausende auf dem Marsch nach Wien befinden. Als sich dieses Gerücht nach stundenlangem Warten nicht bewahrheitet, schicke ich den Genossen Radfux nach Wiener Neustadt, um den dortigen und allen Schutzbündlern der Südbahnstrecke den Befehl zu überbringen: „Alle sofort konzentrisch vorgehen auf Atzgersdorf-Liesing!“ Es war unsere letzte Hoffnung!

Um 16 Uhr kommt Radfux zurück, und die Nachricht, die er uns bringt, zeigt uns, daß wir umsonst gehofft haben. Nun erreicht uns eine Hiobsbotschaft um die andere. Das schreckliche Spiel ist verloren, das Schicksal hat gegen unsere gute und gerechte Sache entschieden.



Schon einige Tage vor dem schicksalhaften 12. Februar war die Lage zum Reißen gespannt und die Genossen, besonders die Schutzbündler, fühlten, daß eine Auseinandersetzung mit den angriffsbereiten Austrofaschisten nicht mehr aufzuhalten war. Fast alle Schutzbundführer waren zwei Tage vorher verhaftet worden, und der Döblinger Bezirks-, nunmehr Kreisführer, Genosse Oskar Passauer, saß samt Frau seit 2. Dezember 1933 unter dem Verdacht des Hochverrates in Haft. Im Laufe des Vormittags des 12. Februar war es dann bekanntgeworden, daß es in Linz zu Kämpfen gekommen war.

Im Arbeiterheim (Pokornygasse 31) war Genosse Berlinger anwesend, zu dem sich um etwa 10 Uhr Genosse Fronek gesellte. Vor dem Arbeiterheim waren im Laufe des Vormittags einige Wachbeamte postiert.

Die beiden Genossen versuchten, sich telephonisch mit der Hauptbefehlsstelle in Verbindung zu setzen. Als sie im Begriff waren, sich zur Befehlsstelle in die Schule Pyrkerergasse zu begeben, sahen sie jedoch eine größere Wachabteilung von der Döblinger Hauptstraße her auf das Arbeiterheim zueilten. Sie rannten daher die Pokornystiege hinunter in die Heiligenstädter Straße und gelang-

ten über Umwege in den Wertheimsteinpark, ohne auf die Anrufe der Wache zu antworten, und kamen so in die Schule Pyrkerergasse. Hier waren bereits einige Genossen anwesend, die sofort als Ordonnanzen in die einzelnen Bezirksteile beordert wurden, um die Schutzbündler zu alarmieren.

Mittlerweile drangen die bewaffneten Polizisten in das Arbeiterheim der Sozialdemokratischen Bezirksorganisation 19 ein, durchsuchten die Räumlichkeiten, nahmen die dort anwesenden Vertrauensmänner fest und führten sie unter starker Bedeckung in das nahegelegene Polizeikommissariat. Unter den Verhafteten befand sich auch der Sekretär der Unterrichtsorganisation, Genosse Berlinger, der ohne Verhör und Angabe von Gründen in den Arrest gesteckt wurde.

Nach etwa einer Stunde begannen Überfallsautos die Pyrkerergasse zu durchstreifen, und das Kommen und Gehen der Ordonnanzen wurde zu auffällig: die Änderung des Standortortes war daher geboten. Nach Absendung der letzten Boten entschloß sich die Leitung, den Befehlsstand in den Karl-Marx-Hof zu verlegen. Die Genossen Fronek, Radler und Haas begaben sich über die Hohe Warte dorthin. Sie fanden bei der Barawitzkagasse Straßenbahnwagen stehen; der Strom war abgeschaltet, das Signal für die Schutzbündler war damit gegeben. Nach und nach begann ihr Zuzug zu den Sammelplätzen. Es kamen zunächst jene Genossen, die nicht in Arbeit standen.

Die Kampfführung gab folgende Befehle aus: Gruppe Krim bleibt gesammelt im Gemeindebau Obkirchergasse—Leidesdorfgasse und hat auf besondere Weisung loszuschlagen. Erste Aufgabe war, die Polizei-Hauptwache Kreindlgasse zu besetzen und zu halten. Gruppe Ober-Unterdöbling hat die Gürtellinie im Anschluß an Währing zu besetzen und gegen mögliche Angriffe aus dem Stadtinneren zu verteidigen. Gruppe Heiligenstadt hält den Karl-Marx-Hof und die Franz-Josefs-Bahn besetzt; sie hat ohne Aufschub die Wachstuben Barawitzkagasse, Heiligenstädter Bahnhof zu nehmen und zu halten. Eine Gruppe wird als Verbindungsgruppe im Wertheimsteinpark stationiert. Eine weitere Gruppe versammelt sich in der Schule Grinzinger Straße, besetzt den Heiligenstädter Park und die Wachstube. Am Leitungsstandort wurden einige Genossen als ständige Meldegänger zu den Gruppen bestimmt. Infolge des Ausfalls des verhafteten Kreisleiters, des Genossen Passauer, sprang zuerst Genosse Franz Dochal, nach seiner Verhaftung Genosse Johann Schwendner sen. ein. Er versuchte persönlich die Verbindung mit den anderen Bezirken des Kreises herzustellen und die Zentralleitung zu erreichen.

In den frühen Nachmittagsstunden setzte eine Verhaftungswelle ein. Jeder bekannte Genosse und Vertrauensmann, der der Polizei in die Hand fiel, wurde verhaftet und in das nächste Wachzimmer gebracht. Von diesem wurden sie in größeren Trupps in das Bezirkspolizeikommissariat eskortiert. Gemeinderat Genosse Karl Reisinger, Bezirksvorsteher Genosse Josef Seleskowitsch sowie mehrere Bezirksräte und Fürsorgeräte waren darunter.

Andere bekannte Genossen hielten sich verborgen, um nicht von der Polizei verhaftet und so vorzeitig lahmgelegt zu werden. Trotz Verbot des Republikanischen Schutzbundes hielten sich Kompanie-, Zugs- und Gruppenführer bereit, den Schlag gegen die österreichische Republik parieren zu können, den die Heimwehrrhauptlinge ganz offen angekündigt hatten. Die Dollfuß-Fey-Starhemberg-

Clique hielt Wort: Um 16 Uhr kündete Radio-Wien der Welt, daß die Sozialdemokratische Partei aufgelöst und jede Zusammenrottung verboten sei. In Österreich herrscht Standrecht! Wer mit der Waffe in der Hand betreten wird, wird erschossen . . .

Rasch hatten sich die wildesten Gerüchte verbreitet, die Hauptstraßen füllten sich mit Menschen, Heimwehren, in Lastkraftwagen von Klosterneuburg kommend, durchrasten die Heiligenstädter Straße. Es war 4 Uhr nachmittags. Wiederholt tönte es aus den Lautsprechern: „Verboten, aufgelöst, erschossen.“ Sicherlich lief es dabei vielen Genossen eiskalt über den Rücken. Aber unsere braven Schutzbündler eilten nach und nach dennoch zu den Sammelplätzen. Die Herausforderung und eine brennende Schmach beflügelte ihre Schritte. — „Heraus mit den Waffen!“ lautete ihre Parole.

Vergebens suchte die zur Kampfleitung gewordene Bezirksleitung mit der Zentralleitung oder mit dem Parteihaus die Verbindung, es ist von bewaffneten Polizisten besetzt, und die Zentrale ist weit draußen in einem Arbeiterbezirk. Von Ottakring her dröhnt bereits das Grollen der vaterländischen Kanonen und Gewehrgeknatter ist vom Westen her zu vernehmen: In der Sandleiten wird gekämpft.

Schon vor Auflösung des Schutzbundes war der Kreisleiter bemüht, eine engere Zusammenarbeit der fünf Bezirke herbeizuführen. Häufige Beratungen der Bezirksleiter, Schulungen der Bezirksreferenten und Kreisreferenten sowie Überprüfungen der Waffenbestände fanden in Voraussetzung der kommenden Ereignisse statt. Genosse Franz Dechart entledigte sich dieser heiklen Aufgabe mit großem Geschick und blieb trotz schwerer Mißhandlungen durch die Dollfuß-Schergen standhaft. Im Herbst 1933 trat die Kreisleitung mit der Leitung des Republikanischen Schutzbundes Floridsdorf in engere Fühlung. In einer längeren Beratung mit dem Obmann, dem später verstorbenen Genossen Swatosch, wurden alle Maßnahmen bis ins kleinste Detail besprochen, die zur Unterstützung des strategisch besonders wichtigen Döbling im Falle eines Angriffes der Heimwehrrfaschisten getroffen werden sollten. Der Waffenbestand war im Laufe der Jahre in etwa zwei Dutzend Depots entsprechend verteilt und so gut als möglich konserviert worden. Mit Ausnahme einiger unbrauchbar gewordener Gewehre war bis zum Februar 1934

kein Verlust zu verzeichnen. Das Versagen des Generalstreiks hat aber alle Berechnungen über den Haufen geworfen und den Sieg des grünen Faschismus erst ermöglicht. Ein mit dem 20. und 21. Bezirk vereintes Döbling hätte wahrscheinlich den Verlauf des Kampfes am 12. Februar 1934 wesentlich beeinflußt.

Die Schutzbündler trafen nach und nach auf ihren Sammelplätzen ein. Etwa 30 Mann der Gruppe Oberdöbling waren um zirka 5 Uhr nachmittags in der Garage Pucina (Redelmayergasse) gestellt, vom Studentenheim Billrothstraße waren einzelne Genossen dazugestoßen. Genosse Strömer ließ laden und Torposten aufstellen. Da begannen einige jüngere Schutzbündler unklugerweise auf einen Heimwehr-Eisenbahner, der im Hause wohnte, zu schießen, ohne einen Feuerbefehl erhalten zu haben. Sie verwundeten dabei den Motorradfahrer Genossen Lorenz, der als Ordonnanz gerade von der Zentralleitung Befehle einholen wollte. Er wurde zu einem Arzt, einem Genossen, gebracht, der ihn verband; aber für den weiteren Dienst war er jedoch ausgeschieden.

Die Gruppe Krim-Sievering wurde um 15 Uhr alarmiert, und die Waffenausgabe erfolgte beim Bahnhof Grinzing. In diesem Bezirksteil, in dem die Parteiorganisation sehr rege tätig war und über zwei Betriebe, Gräf und Stift sowie die Danubia AG, mit einer gut organisierten Arbeiterschaft verfügte, sammelten sich die Schutzbündler in ihrem Bereitschaftslokal in der Budinskygasse. Ordonnanzen wurden ausgesandt, um mit dem Hauptquartier Verbindung herzustellen. Etwa 80 Mann hatten sich eingefunden.

In Heiligenstadt hatten sich die Gruppen des A-Zuges (Ausbildungszug) nach 14 Uhr vollzählig am Sammelplatz Karl-Marx-Hof, Stiege 14, versammelt und hielten bis 17 Uhr Bereitschaft. Dann gingen sie befehlsgemäß unauffällig zum Kinderfreunde-Platz gegenüber dem Karl-Marx-Hof und unterstellten sich dem Kommando Otto Müllers.

Von den in der Kinderfreunde-Baracke Heiligenstadt versammelten Genossen begaben sich die unter Kommando des Genossen Buchmayer stehenden Gruppen einzeln in die Schule Grinzinger Straße, um Gewehre zu fassen. Von der Eroikagasse kommend, marschierten sie zur Schule Grinzinger Straße, wurden aber von einer Wacheabteilung

Aus dem TAGEBUCH eines Schutzbündlers

Vor vier Jahrzehnten gingen in Österreich die Demokratie und die Menschenwürde in einem blutigen Bürgerkrieg unter. Solange die Hinterbliebenen der Hingerichteten, die vielen Tausenden Eingekerkerten, Geschlagener, die ihrer Existenz beraubten, solange wir leben, die am eigenen Leibe die Verfolgung spürten, werden wir nie über die Schande und Barbarei des Austrofaschismus schweigen dürfen. Schon zu Beginn des Jahres 1933 schickten sich die Heimwehren und die Vaterländische Front, verbunden mit den klerikalen Dorfprotzen, finanziert von den Unternehmern und Banken, an, die Treue zur Demokratie, den Glauben an die sozialistische Idee, die Hunderttausende in Österreich beseelte, mit jenem abscheu-

lichen Inventar zu brechen, das in den Hirnen einer wildgewordenen Hochbürokratie, in den bereits von Faschisten verseuchten Behörden ersonnen wurde.

Das Parlament wurde ausgeschaltet, der von den Beamten geleistete Eid auf die demokratische Verfassung und die Gesetze der Republik wurden verhöhnt. Die anständigen Beamten, die ihren Treue-Eid zur Republik ernst nahmen, wurden aus den Ämtern gejagt. Angestellte und Arbeiter, die sich weigerten, der Vaterländischen Front oder den bewaffneten Banden der Heimwehr beizutreten, wurden entlassen. Bauern und Gewerbetreibende, die den faschistischen Staatsstreich ablehnten, wurden wirtschaftlich ruiniert. Aufrechte Frauen und Männer, die sich zu den Grundsätzen der Demokratie bekannten, die Funktionäre der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei wurden massenhaft in die Gefängnisse geschleppt.

Man muß daran erinnern, daß sich die führenden Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei immer wieder bemüht haben, eine friedliche Lösung in unserem damals auch von außen schwer bedrängten Österreich zu finden. Aber Dollfuß, Schuschnigg und Starhemberg hatten, wie wir heute wissen, mit dem italienischen Diktator Mussolini ein Bündnis abgeschlossen und versprochen, die demokratische Verfassung zu brechen und die Freiheit in Blut und Tränen zu ersticken.

Erinnern wir uns: Die sozialdemokratischen Zeitungen wurden konfisziert, die Versammlungen verboten, die

beschossen. Einen unserer besten jugendlichen Vertrauensmänner, Genossen Viktor Klose, ereilte dabei die tödliche Kugel. Zwei andere Genossen wurden verwundet und in die Schule geschafft. Sie wurden dann der Rettungsgesellschaft übergeben, die aber von unbekannter Seite ebenfalls beschossen wurde. Eine Parkdurchstreifung war ergebnislos.

Die Kampfleitung im Karl-Marx-Hof bestimmte einige Genossen als Ordonnanzen zur ständigen Verbindung mit allen Unterabteilungen und Gruppen. Sie wartete von Stunde zu Stunde auf Weisungen der Kreisleitung, mit der Verbindung hergestellt wurde. Mehrere Ordonnanzen kamen aber nicht mehr zurück, und ebenso erging es neu eingesetzten Boten. Die Leitung war von jeder Verbindung abgeschnitten und allein auf sich selbst angewiesen. Gegen 6 Uhr abends kam dann die Weisung zum Losschlagen, da in anderen Bezirken der Kampf begonnen hatte. Nun hieß es, die Waffen auszugeben. Kuverts, die die Depotstellen nannten, und Anweisungen zur Ausfolgung waren längst vorher bei einem wenig bekannten Genossen hinterlegt worden, der sie auf ein vereinbartes Lösungswort hin dem Überbringer zu übergeben hatte. Der Gehilfe des Bezirksleiters ließ die Kuverts sofort an die Führer der einzelnen Standorte mit der Weisung des Bezirksführers ausgeben, die bereits erfolgten Befehle auszuführen. Mit Gewehrsalven auf unbewaffnete Zivilisten und auf Schutzbündler durch Polizeipatrouillen begannen die eigentlichen Gefechte in Döbling.

Von der Ecke Barawitzkagasse-Heiligenstädter Straße her ertönte ein Schuß, den der Kriminalinspektor Beran, ein bezirksbekannter verhaßter Provokateur, abgegeben hatte. Die in der Nähe in Bereitschaft liegende Gruppe Emil Svoboda hatte sich bereits mit Waffen versehen, jedoch nur teilweise. Eine Polizeipatrouille, die von der Heiligenstädter Straße kam, eröffnete auf die Schutzbündler das Feuer. Es entspann sich ein kurzes Feuergefecht und die Polizisten flüchteten in das nahe Kaffeehaus Bagl. Die Gruppe Svoboda hatte das Feuer erwidert, wobei ein Inspektor getötet und ein Polizist verwundet wurde.

In Nußdorf hatte sich ein Zug in der Arbeiterhochschule gesammelt. Er marschierte unter Führung des Genossen Sigmund durch die Grinzinger



Straße, um in den Karl-Marx-Hof zu gelangen. Zu ihnen gesellten sich Genosse Johann Haas, der mit besonderen Aufgaben betraut war. Aber weder dieser Zug noch jener aus der Schule Grinzinger Straße konnte vollzählig in den Karl-Marx-Hof gelangen. Sie mußten nach dem Polizeiangriff trachten, in ganz kleinen Gruppen den Polizei- und Heimwehrpatrouillen auszuweichen. Es kamen nicht allzu viele Genossen auf Umwegen einzeln durch, die übrigen zerstreuten sich. Genosse Haas, der verwundet war, brachte einen Teil des Nußdorfer Zuges über die Hohe Warte in den Karl-Marx-Hof. Er konnte feststellen, daß Wehrmacht, Polizei und Heimwehr mit der Zernierung des Gebäudekomplexes begonnen hatten.

Dort hatte ein Zug der A-Kompanie unter Führung der Genossen Eigner und Kordine den Hof um zirka 18 Uhr überquert, um das Wachzimmer Bahnhof Heiligenstadt sturmreif zu machen. Dort war ein Überfallswagen vorgefahren und die Polizisten begannen gegen die auf den Stiegenhäusern der Stiegen 36 und 38 postierten Schutzbündler zu feuern. Diese erwiderten das Feuer und beschossen ein bellendes MG, das am Eingang zum Wachzimmer aufgestellt war. Ein Zivilist wurde während des fast eine halbe Stunde dauernden Feuergefechts getötet, das MG wurde zum Schweigen gebracht und das Wachzimmer in Sturm genommen. Die Wache zog sich auf den Bahndamm zurück; angeblich hatte sie keine Verletzten. Die Gruppe hatte den Befehl, sich wieder im Hofe zu sammeln.

Flugschriften, die zum Schutz der demokratischen Verfassung aufriefen, wurden beschlagnahmt. Die Vaterländischen riefen nach Galgen und Kerker, und die auch damals existierende „unpolitische“ Presse buhlte um die Gunst der Machthaber und stellte sich ergeben in die Dienste der Totengräber der Menschenrechte.

Freilich, manche Zaghafte und Feige verließen damals unsere Partei, Verräter waren am Werke. Aber trotz all der Verfolgung und dem Terror standen Zehntausende aufrechter Frauen und Männer zur Demokratie. Die Schutzbund-Formationen bereiteten sich vor, die Freiheit zu verteidigen, die Republik zu schützen. Hunderttausende Arbeitslose, von der Not zermürbt, hatten zwar die Schlagkraft der Arbeiterbewegung geschwächt. Eine Übermacht stand gegen uns. Aber dennoch wurde auf dem Boden Österreichs die Freiheit nicht preisgegeben. Mit der Waffe in der Hand haben die österreichischen Arbeiter für die Demokratie gekämpft und haben der Welt ein Beispiel gegeben, jener Welt, die später den Faschismus in einem blutigen Weltkrieg niederringen mußte.

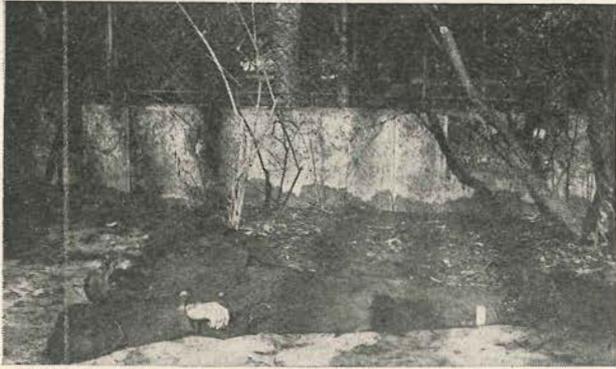
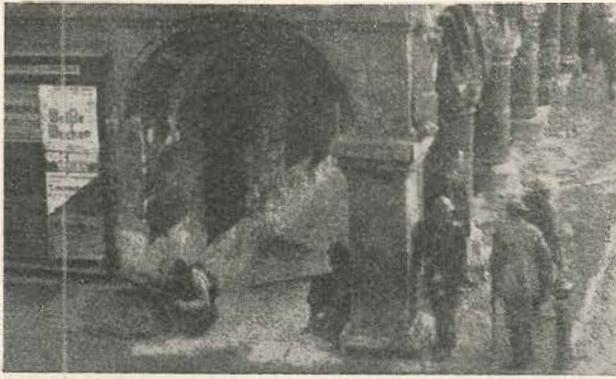
Am 12. Februar 1934 begann auch in unserem Lande, in Salzburg, bis ins letzte Gebirgsdorf die Jagd nach den Sozialdemokraten. Es brachen die dunklen Nächte herein. Viele, viele in unserem Lande werden sich erinnern, wie die Heimwehrgesellen, wie Gendarmerie- und Polizeibeamte nächtlicherweile in die Arbeiterwohnungen einbrachen. Sie plünderten und stahlen, sie zerstörten und zerschlugen, sie mißhandelten Frauen und Kinder und

folterten Männer. Die Bezirkshauptmannschaften wurden zu Befehlsstellen der Terrorbanden eingerichtet. Recht und Gesetz wurden mißachtet und galten nicht mehr. Zu all diesen Grausamkeiten schwieg die Kirche, und nicht selten stellten sich Kanzelredner in den Dienst der Unmenschlichkeit.

Die Sozialisten, die monate- und jahrelang in den vaterländischen Kerkern litten, die sich nach ihrer Freilassung täglich bei der Gendarmerie oder bei irgendeinem Heimwehrlümmel melden mußten, die keine Arbeit bekamen, die immer wieder verhaftet wurden — werden diese Zeit niemals vergessen. Nie war ein Eidbruch schändlicher als damals, als die Eidbrüchigen noch Belohnung für ihre Schwäche forderten und erhielten. Wir haben es nicht vergessen, wer jene waren, die höhnisch lachten, wenn Sozialisten auf dem Galgen verröchelten.

Wir haben nicht Rache gefordert nach 1945. Im Gegenteil: Der mutige Kampf, den die österreichischen Arbeiter im Februar 1934 geführt haben, war später ein Aktivposten für Österreichs Ansehen in der Welt, und in der Stunde der Not unseres Vaterlandes waren es die Toten des Februar 1934, die noch einmal für ihre Heimat zeugten.

Alle Österreicher hätten darum Grund und Ursache, ihrer mit Ehrfurcht und Dankbarkeit zu gedenken. Wir Sozialisten sehen in ihnen Vorbild und Beispiel der Treue zur Idee, der Liebe zur Freiheit, und ihr Andenken soll wach bleiben in den Herzen aller arbeitenden Menschen der Welt.



Um etwa 19 Uhr wurde an mehreren Stellen des mehr als 1,2 Kilometer langen Karl-Marx-Hofes erbittert gekämpft. Bundesheer, Heimwehr, Sturmsharen und Polizisten griffen an. Genosse Fronek und sein Stab versuchten einen Ausfall. Manche waren schon entmutigt — aber nicht lange. Denn eine eilig über die Geistingergasse-Boschstraße herangebrachte Gruppe konzentrierte ihre Feuerkraft auf die durch die Gunoldgasse mit vollem Scheinwerferlicht heranfahrenden acht Überfallautos, wobei mehrere Polizisten verwundet wurden. Sie waren von der Brigittenau herübergekommen. Durch stetige Verstärkungen wurde nun der Schutzbund in die Verteidigung gedrängt. Die Wachstube Heiligenstadt mußte wieder aufgegeben werden, und in manchen Gruppen ging der Munitionsvorrat bereits zur Neige.

Die Unterabteilung 4 Krim hatte, wie bereits erwähnt, das Polizeikommissariat zu besetzen. Ein Vortrupp setzte sich in Bewegung und kam in der Krottenbachstraße bis zur Kopfschußstation gegenüber dem Realgymnasium. Hier erhielt er plötzlich Seitenfeuer und war genötigt, sich auf die Hauptkraft zurückzuziehen. Diese hatte endlich durch einen Meldegänger den Befehl der Kampfleitung erhalten, die im Kampf stehenden Genossen im Karl-Marx-Hof zu verstärken. Als die Unterabteilung bei ihrem Marsche den Sonnenbergplatz passierte, wurde sie von heftigem Feuer überrascht; die Exekutive hatte bereits hinter den Arkaden des Gemeindebaues in der Obkirchergasse Stellung bezogen.

Dadurch wurde die Marschkolonne zum Gefecht gezwungen. Sprungweise vorgehend, arbeiteten sich die Genossen an den Gegner heran und zwangen ihn zum Rückzug. Leider hatten sie den Verlust eines ihrer Besten, des Genossen Ernst Rebec, zu beklagen, der unter den Geschossen der Dollfuß-Garden fiel. Nun hieß es, auf anderen Wegen das Ziel, den Karl-Marx-Hof, zu erreichen. Eine kleine Nachhut blieb im Gemeindebau Obkirchergasse zurück, wo sie sich gegen eine Übermacht verteidigte. Die übrigen Schutzbündler stiegen unter Führung des Genossen Lifka auf den Bahnkörper der Vorortelinie und arbeiteten sich im gesicherten Marsch gegen Heiligenstadt vor. Sie stießen in der Höhe des Wertheimsteinparkes auf die Oberdöblinger Schutzbündler. Diese hatten sich nach dem bedauerlichen Zwischenfall rasch über die Heiligenstädter Straße in den Wertheimsteinpark, den eigentlichen Sammelplatz, zurückgezogen. Sie hatten einen Zusammenstoß mit Polizeipatrouillen und dabei drei Inspektoren gefangengenommen, die im Glashaus unter Bewachung festgehalten wurden, ohne irgendwie behelligt zu werden. Inzwischen hatte sich eine Anzahl Schutzbündler verlaufen; der Rest setzte in aufgelöster Ordnung seinen Marsch zum Karl-Marx-Hof fort, wo er an den Kampfhandlungen teilnahm.

Auf gegnerischer Seite hatte zwar formell Stadthauptmann Springer das Kommando; tatsächlich aber hatte Oberstleutnant Hofbauer die Leitung der Exekutive inne. Er hatte Verstärkungen aus der Brigittenau und aus der Provinz angefordert; auch Studentenwehrverbände und Sturmsharen wurden eingesetzt. Der Ring um den Karl-Marx-Hof wurde immer enger und enger, die Angriffe immer heftiger. Trotz alledem lautete die Parole der Genossen: „Wir geben den Kampf nicht auf, wir wehren uns bis zur letzten Patrone.“

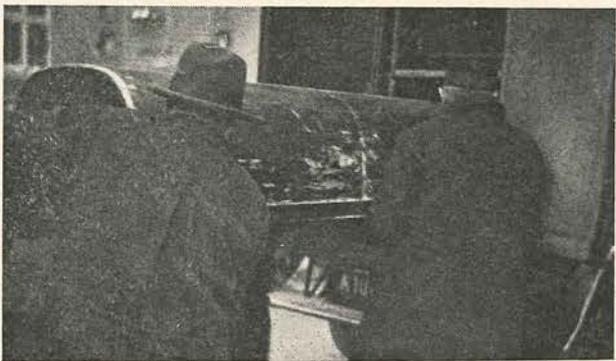
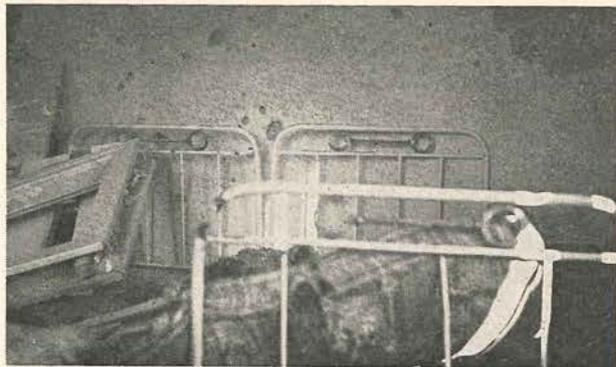
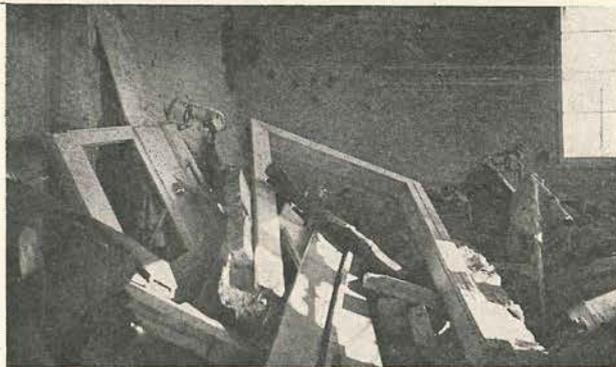
Während einer Feuerpause erschienen zwei Parlamentäre und verlangten die Übergabe des Karl-Marx-Hofes. Aber die Schutzbündler waren

fest entschlossen, die Waffen nicht zu strecken und weiterzukämpfen. Die Parlamentäre wurden gefangengenommen und unter Bewachung gestellt. Keinem von ihnen wurde ein Leid zugefügt, trotz der großen Erbitterung der Schutzbündler und der Bewohner des Karl-Marx-Hofes. Trotz geballter Handgranaten, die während der Nacht gegen die Tore und Stellungen flogen, und trotz MG-Beschießung, trotz der Drohungen, den Gebäudekomplex zusammenzuschießen, und trotz Ausbleibens jeder Hilfe von auswärts, trotz völliger Isolierung wurde weitergekämpft. Es ging nicht nur um die eigene Freiheit — es ging um das Schicksal Österreichs, das Schicksal der Republik.

Der Munitionsmangel wurde in allen Gruppen schon sehr stark fühlbar. Die Heimwehr setzte immer wieder zum Sturm an; nicht weniger als acht Angriffe der Faschisten und der Exekutive wurden zurückgeschlagen. Schon glaubten sie, den „Blauen Bogen“ in Händen zu haben, wieder wurden sie zurückgeworfen. Ein neuer Sturmangriff, an der Spitze Heimwehr-Kommandant Oberleutnant Kreuz. Ein Ringen um Stiege 10 und um den „Blauen Bogen“ von neuem. Die Heimwehr muß weichen, ihr Kommandant bleibt tot am Platze. Da die Sturmangriffe keine Entscheidung herbeiführen, greifen die Faschisten zu modernsten Waffen: Ein Panzerkraftwagen beginnt mit der Beschießung...

Alles horcht gespannt. Von der eigenen Leitung kommt die Weisung: „Munition sparen!“ Trotz der Belagerung gelingt es Meldegängern durchzukommen. In ärgster Bedrängnis kommt die Meldung: „Munition im Anrollen.“ Die Augen glänzten vor Freude, aber sie währte nicht lange, denn eine neue Meldung besagte: „Der Wagen kann nicht durch, er steht in der Höhe der Rampengasse, etwa 500 Meter weit entfernt; er muß so rasch als möglich umkehren.“ Abermals kommen Befehle von der Kampfleitung: „Munition zusammenkratzen, soviel als möglich. Nur feuern, wenn es dringend nötig ist. Horchposten in der Nähe der Tore postieren.“ Infanterie des Bundesheeres war eingetroffen und griff an der Seite der Polizei und der Heimwehrverbände in den Kampf ein. Ein starkes Krachen zerriß hin und wieder die Luft; geballte Ladungen, die von Soldaten geworfen worden waren, krepitierten.

Es war 24 Uhr geworden. Das Gewehrfeuer hatte nachgelassen und der Wachdienst wurde eingeteilt. Gutherzige Bewohner des Hauses hatten Tee für die Wachposten gekocht und heiße Getränke an die zur Ablöse bestimmten Genossen verabreicht. Vom Mitteltrakt her war heftiges Gewehrfeuer zu vernehmen, auch ein MG-Schütze hatte mit seinem MG wieder am Eingang des Wachzimmers Stellung bezogen. Er feuerte auf den Mitteltrakt, besonders auf Fenster, hinter denen sich Vorhänge bewegten. Auf dem Perron des Bahnhofes lag Heimwehr auf der Lauer, um jeden, der sich zeigte, abzuknallen. Denn die Schutzbündler, die sich im Mitteltrakt verbarrikadiert hatten, mußten sich ruhig verhalten. So faßten die Gegner Mut und stürmten den Mitteltrakt. Nach kurzem Gefecht zogen sich die Schutzbündler zurück, entkamen über Dachböden und schlossen sich den auf beiden Seitenflügeln weilenden Genossen an. Jetzt begann die Heimwehr ihr feiges Zerstörungswerk: Sie zertrümmerte Türen, schlug die Möbel der Mieter kurz und klein, riß Bilder von den Wänden, trat darauf herum und durchsuchte Kleider, Pölster und Matratzen. Die Bewohner des





Die Exekutive bei einer Kundgebung des Schutzbundes

Mitteltraktes wurden mit Gewehrkolben traktiert, mit Fäusten ins Gesicht geschlagen und in das Bahnhofgebäude eskortiert, wo die Mißhandlungen aufs neue begannen. Dabei zeichnete sich der Rayonsinspektor Bäcker der Sicherheitswache-Abteilung Döbling besonders aus und der schon vorher erwähnte Kriminalinspektor Beran.

Es ist 2 Uhr morgens. Das Schießen verstummte, und manche Genossen schliefen, von Müdigkeit und Hunger überwältigt, zusammengekauert in irgendeinem Winkel; andere saßen und starrten vor sich hin, die Wachposten lauschten nach von außen kommenden Geräuschen. Hie und da ein lautes „Halt!“. Ein Schuß zerriß die Stille, irgendwo hörte man Namen rufen und eine Uhr schlagen.

Ordonnanzen trafen vom Kommando ein, man verteilte die noch vorhandene Munition gleichmäßig an alle Kämpfer. Wer noch Patronen hatte, teilte sie mit seinen Kampfgefährten und sah ruhig den kommenden Dingen ins Auge. Niemanden veruraten, Weisungen der Kampfleitung Folge leisten!

Im Laufe des Vormittags fuhren zwei Batterien Geschütze auf dem Terrain vor dem Sportplatz Hohe Warte auf. Ein Versuch, sie aus der Stellung zu vertreiben, war erfolglos. Bald darauf sausten einige Panzerautos mit Heimwehr besetzt von der Stadtseite nach Heiligenstadt. Einem Bericht zufolge war Herr Fey persönlich am Platze. Die Wagen wurden von den Schutzbündlern beschossen und suchten Reißaus nach Nußdorf. Dort hatten sie eine Anzahl Verwundeter auszuladen, die mittels Sanitätsautos weggebracht wurden. Der weitere Weg der Autos war nicht bekannt geworden, weil die Artillerie zu feuern begann. Die Wirkung dieses „vaterländischen“ Kampfes war noch lange nachher an den Fassaden und in zerstörten Wohnungen, besonders des „Blauen-Bogen“-Traktes, zu sehen. Bald rückten von der Brigittenau her starke Militärabteilungen heran und nahmen unter Einsatz von Panzerwagen den Kampf mit unseren den Bahndamm verteidigenden Genossen auf. Um unnützes Blutvergießen zu vermeiden und mit Rücksicht auf den Munitionsschwund zog Genosse Fronck einen Teil der Schutzbündler aus dem Kampf. Es gelang einer Anzahl, vom Kampfplatz zu verschwinden; die übrigen harrten aber aus, obwohl

ihnen bewußt war, daß die Gegner zum Generalangriff übergehen würden. Sie schlossen sämtliche Tore und errichteten Barrikaden, da sie noch hofften, daß aus den Nachbarbezirken Verstärkung kommen würde. Sie wußten ja nichts von der allgemeinen Situation, die schon am Dienstag hoffnungslos geworden war. Floridsdorf, mit dem Döbling einen Plan zur Unterstützung vereinbart hatte, konnte sich selbst nur mit Mühe der Gegner erwehren und fand die Brücken gesperrt. Die Brigittenau stand durch einen verhängnisvollen Zufall ohne Waffen da.

Mit geballten Ladungen begann nun Infanterie die Toreingänge zu sprengen. Mit schweren MG bewaffnet, eroberten sie Stiege um Stiege, und die Schutzbündler fanden sich bald umzingelt. Die Bewohner wurden in den Hof getrieben und sie mußten rechts vortreten. Es sah aus, als ob die tapferen Verteidiger erschossen werden sollten; sie wurden jedoch vom Militär anständig behandelt. Dies änderte sich aber sofort, als sie in einem zweiten Hof der Heimwehr übergeben wurden. Die Mussolini-Söldlinge stellten sie an die Wand und bedrohten sie mit dem Erschießen. Dies spielte sich in den Spätnachmittagsstunden ab, nachdem die Kampfhandlungen abgeschlossen waren. Nach etwa einer halben Stunde wurden die Schutzbündler unter starker Eskorte und andauernder Beschießung der Straße in die Wachstube Heiligenstadt eingeliefert, wo sie unter Schlägen einvernommen wurden. Von dort ging es zum Bahnhof Heiligenstadt — ein wahres Spießrutenlaufen. Sie mußten im Warteraum Aufstellung nehmen und wurden von den anwesenden Wachleuten mit Faustschlägen und Gewehrkolben mißhandelt. Sie wurden dann mit blutenden Gesichtern von einer Heimwehr-Meufe in das Kommissariat Kreindlgasse gebracht, wo sich bereits Genosse Fronck und andere Genossen befanden.

Dort wurden alle in den Hof getrieben, ein MG aufgestellt und unter Mißhandlungen wurden sie zum Verhör geführt. Wer kein Geständnis ablegte, kam mit blutigem Gesicht zurück. Die im Hof zusammengedrängten Genossen mußten stundenlang mit erhobenen Händen im Freien stehen, da die Arreste überfüllt waren. Genossen, die für das Standgericht bestimmt waren, wurden in den

„Grünen Heinrich“ gesteckt: Es waren Emil Svoboda, Karl Fenzl, Johann Sturm und Johann Pacejka. Genossen Svoboda war es am 13. Februar noch gelungen, in seine Wohnung zu gelangen. Als er die hoffnungslose Situation sah, sprang er zum Fenster hinaus, um zu flüchten. Aber die Hausbesorgerin Holaubeck verriet ihn an die Häscher. Noch 12 andere Genossen wurden in den Gefangenewagen gepfercht, darunter auch der Bezirkssekretär der Bezirksorganisation Döbling, Karl Mark. Genosse Radler wurde als MG-Kommandant einzeln zum Verhör geführt, eine Stunde lang mit Stahlruten gepeinigt und schließlich von vier Kriminalbeamten sowie zwei Heimwehrlern in die Gatterburggasse eingeliefert. Am nächsten Tag um 1 Uhr früh wurde er abgeholt und zu den anderen Genossen in das Zimmer gestoßen. Die Abfahrt erfolgte um 9 Uhr vormittags. Es verstand sich fast von selbst, daß die Polizisten Spalier bildeten und jeden einzelnen Genossen schwer mißhandelten. Nach kurzer Fahrt landeten die Genossen im Polizeigefangenenhaus Roßauer Lände. Hier wurden sie den ganzen Tag über verhört, geprügelt und als Hunde tituliert. Die Genossen Svoboda, Fenzl und Sturm wurden dem Standgericht eingeliefert, andere Genossen kamen ins Landesgericht 2 und etliche verblieben im Polizeigefangenenhaus. Dort bekamen die Genossen die Bösartigkeit der Heimwehr-Söldlinge in Form von Kolbenhieben zu spüren, bis sie im Landesgericht 2 anlangten. Genosse Fronek war durch seine geschickte Verantwortung vor dem Stadthauptmann und dem Oberstleutnant Hofbauer dem Standgericht entgangen. Durch das Mürbemachen der bereits verhafteten Genossen gelang es aber der Polizei, den größten Teil der Verteidiger des Karl-Marx-Hofes zu verhaften und dem Landesgericht einzuliefern. Bedauerlicherweise war dem Kommissariat auch die einzige Bezirks-Waffenliste in die Hände gefallen, die von den flüchtenden Schutzbündlern in der Kinder-

freunde-Baracke in der Aufregung vergessen wurde.

Die Genossen waren erstaunt, als sie im Landesgericht nicht mit Mißhandlungen, sondern mit Fragen wie: „Wie schauts denn ihr aus, Leutln“ vom Personal empfangen wurden. Auf die Antwort, daß sie nach der Entwaffnung so zugerichtet wurden, erwiderten die diensthabenden Justizwachleute: „Das gibt's bei uns nicht, ihr seid Häftlinge, aber auch Menschen.“ Obwohl in den Zellen untergebracht und örtlich getrennt, konnten sich die Genossen dennoch gegenseitig verständigen.

Die Standgerichtsverhandlung wurde gegen Genossen Svoboda sofort aufgenommen und unser Emil wurde in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar 1934 zum Tode verurteilt und drei Stunden danach am Galgen erwürgt. Wir werden unseren Genossen Emil Svoboda niemals vergessen!



Mödling war schon immer ein politisch heißer Boden, auf dem die schweren Gegensätze im Jahre 1925 einen Höhepunkt erreichten, als am 21. Mai der sozialdemokratische Lokalobmann und Gemeinderat Leopold Müller durch berittene(!) Mitglieder der faschistischen Roßbach-Gruppe überfallen und buchstäblich zu Tode geschleift wurde. In der Folgezeit führten wiederholte Zusammenstöße zu Verletzungen, Verhaftungen und Verurteilungen von Genossen. Das Verbot des Maiaufmarsches der Sozialdemokraten durch Dollfuß hatte auch in Mödling — nach einem durch die Gendarmerie verhinderten Aufmarsch — zu einer großen Ansammlung vor dem Rathaus geführt, nachdem ein Dutzend Jugendlicher in Blauhemden von der Polizei verhaftet worden waren. Es kam zu einer stürmischen Protestkundgebung, und erst auf Interven-



Schutzbund-Aufmarsch

tion des Genossen Leopold Petznek wurden die Jugendlichen wieder freigelassen; doch einige Zeit später wurden ihnen Strafen zudiktiert. Da die Provokation und Übergriffe der Heimwehr immer häufiger wurden, hatten sich in Mödling drei Schutzbundgruppen und eine Gruppe der Wehrturner gebildet. Es wurden auch Waffen nach Mödling gebracht, und einmal ging ein Transport knapp an einer Entdeckung vorbei. An verschiedenen Stellen wurden Waffen und Munition eingelagert. Nach den Zusammenstößen am 1. Mai 1933 verschlechterte sich die politische Lage noch mehr, so daß der Republikanische Schutzbund zeitweise jede Nacht Bereitschaftsdienst im Bezirkssekretariat hielt und durch Begehung des Stadtgebietes während der Nachtstunden ständig über die Situation orientiert war. Die Zuspitzung der politischen Lage auf höchster Ebene, und die ständigen Waffensuchen führten schließlich dazu, daß sich am 12. Februar 1934 die Genossen in Linz zur Wehr setzten.

In Mödling wurde Landtagspräsident Genosse Leopold Petznek zur Bezirkshauptmannschaft geladen und kurzerhand in Haft genommen. Gleichzeitig wurden in den übrigen Orten des Bezirkes führende Genossen verhaftet und zuerst in das Bezirksgericht Liesing und später in das Gefangenhäus Schiffamtsgasse eingeliefert. In den Abendstunden des 12. Februar war die Erregung unter der Arbeiterschaft sehr groß und das Arbeiterheim voll Menschen. Auch der Lokalobmann Genosse Vogl war anwesend. Der Schutzbund und die Wehrturner wurden in die Wohnhausanlage „Fünfhaus“ beordert, der Sitz des Bezirkssekretariates wurde vom Arbeiterheim in die Wohnung des Genossen Deutsch jun. ins benachbarte Konsumhaus verlegt. Anwesend waren die Genossen Josef Vogl, Franz Sagmeister, Anton Oswald, Josef Deutsch, Alois Michalik und Josef Hoffmann. Wie notwendig die Verlegung war, zeigte sich dann später, als eine Formation Heimwehr aufmarschierte und das Arbeiterheim einschloß, um gegen die Bezirksleitung vorzugehen. Da niemand anwesend war, mußten die Faschisten wieder unverrichteter Dinge abziehen. Nach Mitternacht machten sich die Genossen einzeln auf den Weg nach „Fünfhaus“, um den Kontakt mit dem Schutzbund aufzunehmen. Neben den schwer bewaffneten Gendarmerie-

patrouillen wurden auch solche der Heimwehr und der Ostmärkischen Sturmsharen eingesetzt; besonders die letzteren waren sehr ängstlich und nervös und schossen beim geringsten Geräusch in der Gegend herum. Ansonsten verging die Nacht ohne besondere Vorkommnisse. Als aber am Morgen auf der Südbahn die Züge verkehrten, da wußten wir, daß der Generalstreik mißglückt war. Die Schutzbündler und Wehrturner begaben sich nach Hause, um weitere Weisungen abzuwarten. Die Gendarmerie durchsuchte die Wohnungen der Funktionäre.

Die Kämpfe in Wien am Dienstag ließen die Unruhe in Mödling noch mehr steigen. Gerüchte, daß die Wiener-Neustädter Genossen in Anmarsch seien, führten dazu, daß man sich abends entschloß, die Waffen auszugeben und den Schutzbund und die Wehrturner aktionsfähig zu machen. Nach der Waffenübernahme in der Heimstätte hatten eine große Anzahl Schutzbündler und Wehrturner „Fünfhaus“ besetzt, und man versuchte, mit den Nachbargemeinden Verbindung aufzunehmen; doch ohne Erfolg. Bald merkte man jedoch, daß Exekutive und Heimwehr von unserem Standort wissen mußte, denn die Zugangsstraßen nach „Fünfhaus“ wurden besetzt, und die Faschisten rückten vor. Es kam zu einem gegenseitigen Schußwechsel. Als erstes Opfer beklagten wir unseren Genossen Karl Rohata, der an der Kreuzung Schulgasse-Payergasse tödlich getroffen wurde.

Im ersten Morgengrauen stellten wir fest, daß im nahegelegenen Kloster „St. Gabriel“ Militär eingezogen war und „Fünfhaus“ von dort unter Maschinengewehrbeschuß nahm. Unser zweites Opfer — am Kampf unbeteiligt — war Genosse Josef Hejtmann, der am Dachbodenfenster seines Siedlungshauses in der Nähe von St. Gabriel mit einem Zielfernrohrgewehr erschossen wurde. Der Kampf kostete noch ein drittes Todesopfer: Genosse Edwin Bernard jun. wurde bei dem Versuch, in Richtung Krankenhaus vorzugehen, durch einen Lungenschuß getötet. Die Bemühungen, die Maschinengewehre aus dem Versteck zu holen, scheiterten an dem Widerstand des dafür verantwortlichen Genossen, der allein das Versteck wußte.

Mit Beginn des Tages kam die Nachricht, daß Artillerie in Anmarsch sei, um „Fünfhaus“ unter



Dieses illegale Flugblatt wurde nach der Rede Dollfuß am 11. September 1933 auf dem Trabrennplatz in Wien verbreitet. Die Disposition zu dieser Rede hatte Dollfuß von Mussolini erhalten.

LESEN UND WEITERGEBEN!

LESEN UND WEITERGEBEN!

WOLLT IHR WIEDER KNECHTE WERDEN?

NEIN, nimmermehr!

Bei einer Kundgebung der sogenannten Vaterländischen Front auf dem Trabrennplatz in Wien hat der Bundeskanzler Dollfuß eine Rede gehalten, die in teils dunklen, teils ganz klaren, unverhüllten Worten die Verwandlung der demokratischen Republik Österreich in einen faschistischen Zwangstaat schon für die nächste Zeit ankündigt. Wörtlich hat der Herr Bundeskanzler gesagt:

Auch der Arbeiter muß die notwendige Führung, die dem, der die Verantwortung für den Betrieb trägt, kommt, anerkennen. Ständische Auffassung berechtigt und verpflichtet den Herrn sowie den Knecht.

Wir werden daher wieder zurückgreifen müssen auf die Formen, die in unserer Heimat durch Jahrhunderte bestanden haben.

Im Bauernhaus, wo der Bauer mit seinen Söhnen und Knechten nach gemeinsamer Arbeit am gleichen Tisch, aus der gleichen Schüssel seine Suppe isst, dort ist berufständische Zusammenarbeit, dort ist berufständische Auffassung. Nur so werden wir den Marxismus, die falsche Lehre vom notwendigen Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wirklich im Volk überwinden.

Es soll also wieder Herrn und Knechte geben und nach dem Ausspruch des Herrn Bundeskanzlers soll das Rad der Zeit um hundertfünfzig Jahre zurückgedreht werden.

Jeder Arbeiter und Angestellte weiß, was diese Phrasen in Wirklichkeit bedeuten. Rückkehr zur Sklaverei von Einst, Rückkehr zu dem „Kost- und Logiszwang“, zu jener Kulturschande vergangener Zeiten, die die gewerbliche und industrielle Arbeiterschaft in jahrzehntelangen opferreichen Kämpfen überwunden hat. Hart und schwer waren die Kämpfe, in denen sich die Arbeiterschaft kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, selbständigen Haushalt und ein Mindestmaß an persönlicher Freiheit und Menschenwürde errungen hat.

Kein denkender Arbeiter, kein Angestellter, kein freier Mensch wird je wieder seinen Nacken unter solche Sklaverei beugen, komme was da wolle!

Aber die Rede des Herrn Bundeskanzlers hat noch einen tieferen Sinn. Er und die Kräfte, die hinter ihm stehen und ihn zu seinen Reden und Taten drängen, wissen genau, daß solange es Gewerkschaften gibt, solange eine festgefügte freie und unabhängige Organisation der Arbeiter und Angestellten da ist, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten schützt, an die Verwirklichung der Versklavungspläne der Reaktion nicht geschritten werden kann.

Deshalb wollen die Herren die Gewerkschaften auflösen oder in irgendeiner Form „gleichschalten“, sei es nach deutschem, sei es nach italienischem Muster.

Die Gewerkschaften sollen erst ihre Widerstandskraft gebrochen werden, weil nur über die Leiche der Gewerkschaften hinweg der Weg zum offenen Faschismus und zu realloser Ausbeutung führt.

Vor wenigen Wochen haben die Gewerkschaften in einer großen Reichskonferenz ein **Arbeitsbeschaffungsprogramm** aufgestellt, das in ständischer Weise, eine wesentliche Besserung der Wirtschaftsfrage herbeizuführen. Die Durchführung dieses Arbeitsprogramms brächte dem Lande und dem ganzen Volke Entspannung, Erleichterung seiner Lage, Erhöhung des Umsatzes, eine Verbesserung seiner Wohlfahrt.

Nichts von all dem aber tut die Regierung. Man belügt die Öffentlichkeit mit der Behauptung, daß die Arbeitslosigkeit seit Februar um 110.000 gesunken sei.

Durch eine willkürliche Zensur verhindert man die Zeitungen, die Wahrheit zu schreiben. In Wirklichkeit nimmt die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit ununterbrochen in ansteigendem Maße zu. Der ohnedies schon stark reduzierte Umsatz an Waren und damit die Steuerleistung geht unaufhaltsam zurück. Nur die Zahl der unterstützten Arbeitslosen nimmt ab, indem mittels Notverordnungen immer mehr Arbeitslose aus der Unterstützung einfach hinausgeworfen werden.

Offen wird jetzt schon von der Errichtung eines hundertprozentigen Faschismus gesprochen.

An die Stelle der demokratischen Einrichtungen unserer Republik soll ein Ständerat treten, in welchem die „Stände“ des Volkes, also Unternehmer, Angestellte und Arbeiter, Erzeuger und Händler, die alle gegensätzliche Interessen haben, „beraten“, die allmächtige Regierung aber sodann „autoritär“ entscheiden soll. Jeder, der die Zusammenhänge der Wirtschaft kennt, weiß, daß jedes solches Gebilde schon in kurzer Zeit unfähig würde, dem Interesse der Volkswirtschaft zu dienen.

Aber der Verwirklichung dieser Pläne des hundertprozentigen Faschismus steht das Hindernis entgegen, daß die übergroße Mehrheit des österreichischen Volkes von diesen Plänen nichts wissen will, sondern, sich wahnsinnigen Abenteuern abhold, nur Arbeit und Verdienst verlangt. **Deshalb ist das Bollwerk gegen die dunklen und abenteuerlichen Pläne politischer und wirtschaftlicher Anstaltsbesitzer, deshalb sollen die Gewerkschaften beseitigt werden.**

Leset doch die Ministerreden, hört sie Euch im Radio an und Ihr werdet erkennen, daß jetzt wirklich der Entscheidungskampf, bei dem es um alles geht, vor der Tür steht.

Die Arbeiterschaft weiß, daß sie in einem Kampfe, der um das Letzte geht, nichts zu verlieren, sondern nur Alles zu gewinnen hat. Auch der lauernde Nazifaschismus soll uns nicht behindern, den Kampf gegen den schwarz-gelben Faschismus mit grimmiger Entschlossenheit zu führen. **Indem wir den Einen schlagen, räumen wir auch mit dem Anderen auf.**

Die Arbeiter und Angestellten ohne Unterschied der Parteirichtung mögen die Entwicklung in anderen faschistischen Ländern nicht vergessen. **Heute mir und morgen Dir! Arbeiter und Angestellte seid bereit!**

Der Entscheidungskampf hat begonnen und in dem Augenblick, wo die Reaktion an die Ausführung ihrer dunklen Pläne und Absichten geht, soll sie zu spüren bekommen, daß die Arbeiterschaft nicht tot ist, sondern lebt und bereit steht, ihre Rechte und Freiheiten zu wahren. **Generalsirene wird vorerst die Parole sein.**

Wir werden im Kampfe siegen, weil wir siegen müssen

Beschuß zu nehmen. Das führte dazu, daß man sich am Vormittag in der Wohnung des Genossen Klummer zu einer Beratung zusammenfand. Die Genossen Josef Vogl, Johann Piplits, Franz Sagmeister, Anton Oswald, Wilhelm Rühr, Ferdinand Tschürtz und Josef Deutsch einigten sich darüber, die Wohnhausanlage zu verlassen, um ihre Bewohner und das in der Nähe gelegene Krankenhaus vor dem Beschuß zu bewahren. In einer Sandgrube bei Laxenburg erfolgte dann die Auflösung: Gewehre, Handgranaten und Munition wurden zurückgelassen, und man ging einzeln auf verschiedenen Wegen nach Hause. Die Genossen Josef Vogl, Franz Sagmeister und Josef Hoffmann emigrierten in die Tschechoslowakei.

Noch am gleichen Tag besetzte Heimwehr und Exekutive die Wohnhausanlagen „Fünfhaus“ und „Kolonie“ und führte mit rücksichtsloser Brutalität Hausdurchsuchungen durch; die Verhaftungen folgten auf dem Fuß. Die Keller im Freihof und im

Enzenbrunnerhaus dienten als Arrestlokale. Nach eingehenden Verhören bei der Bezirkshauptmannschaft erfolgte die Einlieferung der Mödlinger Schutzbündler in das Wiener Landesgericht.

In den folgenden Prozessen wurden die Genossen zu schweren Kerkerstrafen verurteilt, und nur einige von ihnen fielen unter die Amnestie, die zur Schaffung eines günstigeren politischen Klimas später erlassen wurde.

Die Angst und Schwäche der autoritären Regierung Dollfuß kam beim Begräbnis der Opfer des Kampfes um Demokratie und Freiheit deutlich zum Ausdruck. Der Mödlinger Friedhof war von schwer bewaffneter Exekutive zerniert, und nur die nächsten Angehörigen durften mit schriftlicher Genehmigung der Bezirkshauptmannschaft an der Beerdigung teilnehmen. Die Friedhofstore waren mit Polizei in Stahlhelm und mit aufgepflanztem Bajonett besetzt, und in der Umgebung der Grabstätten waren Heimwehrposten aufgestellt.

Im Namen der Republik!

Das Landesgericht für Strafsachen Wien II als Geschworenengericht hat über die von der Staatsanwaltschaft Wien II gegen

Heinrich Blebann, geboren am 25. April 1882 in Wien, konfessionslos, geschieden, Riemergehilfe in Wien

wegen Verbrechens des Aufstandes usw. erhobene Anklage unter dem Vorsitz des S. V. OLGR Dr. Anton Werner im Beisein des OLGR Moritz Höfner und des LGR Dr. Edgar Rem als Richter, des RAA Dr. Franz Heger als Schriftführer und in Gegenwart des Staatsanwaltes Dr. Alois Wottawa, der Angeklagte in Haft und der Wahlverteidiger Dr. Walter Fröhlich, durchgeführten Hauptverhandlung 25. Juni 1934 zu Recht erkannt:

I. Der Angeklagte Heinrich Blebann ist schuldig, er habe in Wien

a) am 12. Februar 1934 als Aufwiegler und Rädelsführer mit mehreren Personen sich zusammengerottet, um der Obrigkeit mit Gewalt Widerstand zu leisten,

b) am 12. Februar 1934 den Karl Hübner unmittelbar mit einer Verletzung am Körper in der Absicht bedroht, um von dem Bedrohten eine Duldung zu erzwingen, nämlich daß Karl Hübner als Schulwart der Amalienschule gestatte, daß sich Heinrich Blebann und 30 Schutzbündler dort versammeln und mit Waffen ausrüsten, wobei diese Drohung geeignet war, dem Bedrohten mit Rücksicht auf die Verhältnisse und die Wichtigkeit des angedrohten Übels begründete Besorgnisse einzuflößen,

c) vom Jahre 1932 bis 12. Februar 1934 etwa 40 Gewehre samt Munition, somit zwar erlaubte Waffen und Munitionsgegenstände, jedoch in einer unverhältnismäßigen, begründeten Verdacht eines Mißbrauches erregender Menge besessen, ohne die Anordnung des § ... kaiserlichen Patentes vom 24. Oktober 1852, Nr. 223, beobachtet zu haben.

d) am 12. Februar 1934 unbefugt und ohne erwiesene Notwendigkeit zur Abwendung einer drohenden Gefahr eine Waffe, nämlich einen großen Armeerevolver, getragen.

Heinrich Blebann hat dadurch zu

a) das Verbrechen des Aufstandes nach § 68 STG, zu

b) das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Erpressung nach § 98 STG, zu

c) die Übertretung des öffentlichen Waffenbesitzes nach § 33 des zit. Waffenpatentes und zu

d) die Übertretung des unbefugten Waffentragens nach § 35 des zit. Waffenpatentes begangen.

Heinrich Blebann wird nach § 71 höherer Strafsatz 34 35 STG zur Strafe des schweren Kerkers in der Dauer von acht (8) Jahren,

verschärft durch ein hartes Lager in jedem Vierteljahr verurteilt. Gemäß § 55 a STG wird die Vorhaft vom 15. Februar 1934, 9 Uhr bis 25. Juni 1934, 14 Uhr 50 Min. in die Strafe als unverschuldet eingerechnet.

Im Gebiete von Ober-St. Veit befindet sich eine Schule in der Amalienstraße. In einer Entfernung von etwa 7 Minuten Gehzeit der Goldmarkplatz. Von diesem Platz führt nach Süden eine mit Alleebäumen zu beiden Seiten besetzte Gasse, welche Preindlgasse heißt. Noch weiter im Süden des Platzes befindet sich eine Anhöhe, welche der Rote Berg heißt. Dieser Berg liegt in der Nähe der Straßenbahnlinien 60 und 59. Auf dem Platz steht eine Baracke der Kinderfreunde, welche gegen Süden 10 bis 12 Fenster besitzt. Etwa zwei Meter von ihr entfernt steht eine Materialbaracke. Diese Gegend bildete nun am 12. Februar 1934 um etwa 14 Uhr das erste Kampfgebiet, auf welchem es zu schweren Kämpfen kam. Kommandant des Schutzbundes war Alois Serbus. Kommandant eines Bataillons war Heinrich Blebann. Einer der Haupträdelsführer war Karl Münichreiter, welcher zu hg. Zahl 3 Vr 654/34 vom Standgericht später zum Tode verurteilt und auch hingerichtet wurde.

Heinrich Blebann ist 52 Jahre alt, hat für zwei Kinder zu sorgen, ist Riemergehilfe, diente im Kriege beim Militär, erlitt einige Verletzungen, wurde aber nicht invalid erklärt, ist seit einiger Zeit arbeitslos, bezog aber die Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von 24 Schilling pro Woche. Seine Lebensgefährtin bezog 7.50 Schilling Notstandsunterstützung. Er war seit längerer Zeit Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, gehörte auch dem Schutzbund an, wurde dann Kommandant einer Kompanie und war im letzten Jahr sogar Kommandant eines Schutzbundbataillons. Sogenannter Bezirksführer war für den 13. Bezirk ein sogenannter Alois Serbus. Dem Blebann unterstand ein gewisser Georg Meischl als Kompanieführer und noch andere Personen. Ende 1933 brachte ein nicht ausgeforschter Mann zu Blebann in dessen Bodenabteil des Hauses 13, Franz Boosgasse 3, drei Pakete mit mehreren Waffen.

Der Angeklagte hatte dieses ausdrücklich erlaubt, weil es sich um das Interesse seiner Partei gehandelt hat; er stellte sein Bodenabteil bereitwilligst zur Verfügung, gab dem erwähnten Manne den Bodenschlüssel und ließ die Waffen lange auf dem Boden liegen. In der Partei war lange bekannt, daß bei Ausbruch eines Generalstreiks alle Schutzbündler in der Baracke des Vereins der Kinderfreunde in Wien 13, Goldmarkplatz, sich zu versammeln hätten. Diese Versammlung erfolgte nun am 12. Februar 1934, nachdem die Straßenbahn und die Stadtbahn wegen des Streiks stillstanden.

Der Bezirksstandesführer Quastler hatte Blebann schon vor dem Aufruhr getroffen gehabt und von diesem Weisungen der Bezirksleitung über den Beginn des Aufruhrs erhalten. Er traf nun diesen Mann neuerlich und erfuhr von ihm, daß der Aufruhr zusammengebrochen war. Er entschloß sich nun, in die CSR zu flüchten, fuhr auch bis Hainburg an der Donau, wurde aber dort von einem Zollbeamten als verdächtig angehalten — dies war am 15. Februar 1934 um 9 Uhr — und der Gendarmerie übergeben.

Durch den Inhalt des hg. Strafaktes 2 Vr 772/34 ist festgestellt, daß am 16. Februar 1934 die Bundespolizeidirektion Wien gegen Blebann die Anzeige an die Staatsanwaltschaft Wien II als Standgericht erstattet hat.

Der Kampf auf dem Goldmarkplatz war nicht nur einer der ersten, sondern auch einer der schwersten Kampfhandlungen in Wien.

Die Geschworenen haben auf Grund der Ergebnisse des Beweisverfahrens als festgestellt angenommen, daß Blebann als Aufrührer und Rädelsführer in Betracht komme, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Stellung des Angeklagten war schon vor dem Aufruhr im Schutzbund eine hervorragende, Serbus war Bezirksobmann, ihm unterstand Blebann unmittelbar; dem Blebann dagegen unterstanden 160 Schutzbündler und die Kommandanten der Kompanien Linner, Stoik, Pohl und Meischl.

2. Blebann hatte die Verbindung zwischen den einzelnen Kompanien auf Grund eines genauen Benachrichtigungssystems hergestellt indem er zahlreiche Personen verständigte, sich zu versammeln und zu bewaffnen.

3. Er hat lange vor dem Aufruhr Waffen in seinem Bodenabteil versteckt gehabt und diese Waffen am 12. Februar 1934 in die Schule bringen lassen.

4. Er hatte die Oberaufsicht über die ganze Zusammenrottung, er war der oberste Befehlshaber.

5. Er ging sehr energisch vor, wie der Fall Hübner beweist.

6. Er hat dafür gesorgt, daß die Einberufung der Schutzbündler sehr rasch erfolgte und hat zu diesem Zwecke das erwähnte Auto benützt. In erster Linie hat er seine Unterführer verständigt und durch diese wurden dann die anderen Personen benachrichtigt.

7. Er selbst gab im Vorverfahren an, daß alle Ordnergruppen in Wien vom Parteitag und Parteirat der Sozialdemokratischen Partei die Weisungen hatten, im Falle eines Generalstreiks in Aktion zu treten. Er fühlte sich insofern belastet, weil er der Führer einer Ordnergruppe gewesen sei, die in der Baracke geschossen habe. Er gab ausdrücklich zu, dem Meischl ausdrücklich gesagt zu haben, es bleibe ihm überlassen, während der Abwesenheit des Blebann so vorzugehen, wie er es für notwendig finde. Meischl hat diese Vollmacht auch ausgiebig ausgenützt. Er war Unterführer, hetzte die Aufrührer zum Widerstande auf und gebrauchte verschiedene Drohungen. Er hat zweifellos im Sinne der Vollmacht gehandelt. Blebann war sich also bewußt, daß Meischl im Sinne seiner Absichten energisch vorgehen würde. Blebann spricht selbst davon, daß er von Serbus den Befehl erhielt, die Bereitschaft einzuberufen und zu bewaffnen. Die Leute des Meischl hatten auch ein großes Paket Waffen vom Boden seines Hauses abgeholt. Es muß daher auch Meischl von ihm das Versteck der Waffen erfahren haben. Blebann gibt weiter zu, er habe das Kommando dem Meischl übergeben, das Wort Kommando besagt alles.

8. Vor dem Bezirksgericht Hainburg gab er zu, daß die Schutzbündler am 12. Februar 1934 die auf dem Hausboden verpackten Infanteriegewehre geholt haben, er habe es gesehen. Er wußte also, daß bei ihm Gewehre versteckt waren. Später hat er aber behauptet, er habe gar nicht gewußt, ob auf dem Hausboden Waffen verwahrt gewesen sind. Dieser Widerspruch zeugt, daß er nicht aufrichtig ist. (Blz 8 und 23 des Aktes.) Auch gab er damals zu, er habe dem Meischl gesagt, dieser könnte nach seinem Gutdünken handeln.

9. Er gab früher an, er sei nicht bewaffnet gewesen (Blz 8 r). Später aber hat er behauptet, es sei möglich gewesen, daß er diese Waffe in die Hand genommen habe (Blz 24 r). Auch in dieser Richtung liegt ein wesentlicher Widerspruch in seiner Verantwortung vor.

10. Blebann hat aber die Waffen nach den Angaben des Friedl, Mauereck und Vavra verteilt.

11. Er gibt ausdrücklich zu, daß er am 12. Februar 1934 mittags geschossen habe. Ferner gab er zu, er hatte die ihm unterstehenden 160 Schutzbündler sofort zu bewaffnen und in Bereitschaft zu halten. Ferner gibt er zu, er habe den Meischl zur Baracke mit den anderen Schutzbündlern begleitet, um „unserem“ Befehl gemäß, dort Bereitschaft zu halten. Die Ausdrücke Kommando und Befehl sind zu eindeutig, um an der Eigenschaft des Blebann als Aufrührer und Rädelsführer zu zweifeln. Vor Gericht hat er dann sein Geständnis wieder abgeschwächt. Er behauptet, er habe zu Meischl gesagt, er solle weiter Bereitschaft halten und auf weitere Weisungen warten, während er früher angab, Meischl hätte nach seinem Gutdünken handeln sollen.

12. Mag Blebann auch wirklich die Absicht gehabt haben, das Spital aufzusuchen, weil sein Sohn dort krank lag, so geht aus seinem Geständnis selbst hervor, daß er zur Baracke zurückkehren wollte, als er die Schießerei vernahm. Er hatte also ein lebhaftes Interesse, wenigstens zum Schluß des Aufruhrs bei der Baracke zu sein.

13. Er gibt weiter zu, den Befehl erteilt zu haben, die Gewehre von der Schule zur Baracke zu tragen. Er gibt weiter zu, über Auftrag des Serbus und Quastlers die Zusammenrottung und die Verteilung der Waffen veranlaßt zu haben. In diesem Geständnis liegt das Einbekenntnis des Blebann, selbst ein Führer gewesen zu sein.

14. Durch die Aussage der Polizeibeamten Josef Bohati, Johann Perner und Gustav Heidlbauer erscheint festgestellt, daß aus der Baracke ein mörderisches Feuer auf die Polizei abgegeben wurde und daß das Massenfeuer nach und nach in ein Zielfeuer, welches gerade auf die höheren Polizeibeamten gerichtet war, überging. Die Vorbereitungen zu diesem Aufruhr waren daher ungemein intensiv und mußten lange Zeit in Anspruch genommen haben. Aus dem Geständnis des Vavra geht hervor, daß in der Schule Berge von Waffen und Munition gewesen sind. Dieser Angeklagte sagt ausdrücklich, daß die Schutzbündler offenbar auf die Polizei hätten schießen sollen. Vavra gab zu, gewußt zu haben, daß die anderen Vorbereitungen getroffen haben, sich der Exekutive mit Waffengewalt zu widersetzen.

Aus diesen Feststellungen geht hervor, daß Blebann Aufrührer und Rädelsführer gewesen ist. In rechtlicher Beziehung ist in dieser Richtung folgendes anzuführen: Das Josefische Gesetzbuch unterscheidet in den §§ 55 ff. ebenfalls zwischen Rädelsführern, Mitschuldigen und Teilnehmer. Nach den verschiedenen Rücksichten auf das Verbrechen, nämlich das Maß der weitgehenderen Absicht, die Gefährlichkeit des Anschlags, die zur Ausführung gebrauchten Mittel und die Wichtigkeit der hieraus entstandenen Folgen und mit Rücksicht auf das Verbrechen nach dem Grade der Anteilnehmung und bezeugten Tätigkeit sollen alle Gattungen der Strafe stattfinden. Bei dem höchsten Grade der Bosheit und Gemeinschaftlichkeit sind die Rädelsführer zur Todesstrafe zu verurteilen.

Bei der Strafbemessung kam in Betracht: Erschwerend die geflissentlichen Vorbereitungen zum Aufstand, das Zusammentreffen von zwei Verbrechen mit zwei Übertretungen und der Umstand, daß dieser Angeklagte zahlreiche Menschen, darunter junge Leute, zu einem Verbrechen verleitet hat.

Mildernd war das Geständnis sowie die Unbescholtenheit und der Umstand, daß auch dieser Angeklagte von einer anderen Stelle aus verleitet wurde. Die Anwendung des a. o. Milderungsrechtes nach § 398 STPO war also ausgeschlossen.

Wien, am 20. Juni 1934

Der Vorsitzende:

Dr. Werner m. p.

Der Schriftführer:

Dr. Heger m. p.

Sie starben für die Freiheit

Nach zwölf Jahren der Unterdrückung hat die österreichische Arbeiterschaft heute zum erstenmal die Möglichkeit, derer zu gedenken, die ihr Leben eingesetzt haben, um die Freiheit ihrer Brüder und damit die Freiheit ihres Volkes zu schützen. Wir gedenken des Feuerwehroffiziers Georg Weissel, des Führers der obersteirischen Arbeiterschaft Koloman Wallisch, des Schutzbündlers Karl Münchreiter und aller anderen, die mit der Waffe in der Hand die Republik verteidigt haben.

Heute weiß die ganze Welt, was wir Sozialisten schon damals der verblendeten Regierung vorausgesagt haben, daß ihr Kampf gegen die sozialistische Arbeiterschaft Österreichs, der in den blutigen Ereignissen des Februar 1934 seinen Höhepunkt hatte, dem braunen Faschismus Adolf Hitlers den Weg ebnen würde.

Just am 12. Februar 1938 wurde der damalige österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg von Hitler nach Berchtesgaden befohlen, und einen Monat später marschierte die Armee Hitlers in Österreich ein. Niemand wunderte sich, daß die Wunden, die den Sozialisten dieses Landes am 12. Februar 1934 geschlagen wurden, noch nicht verheilt sind, daß sie noch immer bluten, und daß wir mit Bitternis an die Tage dieses großen Leides denken, das zuerst nur die Arbeiterschaft dieses Landes ertragen mußte, das dann weiter um sich gegriffen und auch jene Kreise erfaßt hat, die geglaubt haben, durch die Unterdrückung der einen selber frei und an der Macht bleiben zu können. Sie hatten sich einem historischen Irrtum hingegeben.

Viele von ihnen haben diesen tragischen Irrtum gebüßt, die einen mit dem Leben, viele andere mit jahrelanger Haft und Schändung ihrer Menschenwürde in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches, wir alle aber mit dem Sturz in das Inferno der brutalsten Barbarei, mit Krieg und Verwüstung.

Am Ende standen wir einem unendlichen Trümmerfeld gegenüber. In zäher Arbeit, mit Aufbietung aller Kräfte und mit dankenswerter Unterstützung der alliierten Mächte haben wir die ärgsten Schäden beseitigt, den Wiederaufbau unserer Stadt begonnen. Aber wir können heute nicht dort anknüpfen, wo unsere Aufbauarbeit vor zwölf Jahren gewaltsam unterbrochen wurde. Es wird viele Jahre dauern, bis wieder jede Familie ihre eigene Wohnung haben wird, bis die öffentlichen Gebäude, die Verkehrsmittel, die kulturellen Einrichtungen wieder vorhanden sein werden. Die Zeit bis dahin ist eine für unser Volk verlorene Zeit.

Eines aber steht unverrückbar fest: Die Gewalt ist nicht das geeignete Mittel zur Lösung der Probleme, die durch das Zusammenleben der Menschen entstehen. Möge die Menschheit die Lehren dieser letzten Jahre niemals vergessen.

Möge sie niemals wieder den Weg der friedlichen Entwicklung verlassen, und möge sie nie wieder jenen die Macht verleihen, die sich berufen fühlen, dem Fortschritt in die Speichen zu greifen und den Lauf der Geschichte zur Befriedigung ihres Ehrgeizes zu korrigieren! Nur in der Freiheit ist das Glück der Menschheit begründet.

Tagesbefehl des Vizekanzlers Fey.

Vizekanzler Fey hat an alle Sicherheitsbehörden, an die Bundesfeuerwehr, an die Bundesgenarmeerie, an das Freiwillige Schutzkorps und die heimattreuen Wehrverbände folgenden Tagesbefehl erlassen:

Nach langjähriger raffiniertester Bürgerkriegsvorbereitung hat am Montag, 12. d., der Austroboltschewismus zu einem entscheidenden Schlag ausgeholt, um in letzter Minute durch blutige Gewalt sein Ziel zu erreichen. Beginnend in Linz, haben der geheime Republikanische Schutzbund und die Sozialdemokraten und Kommunisten, schwer bewaffnet, den Angriff gegen die Exekutive und staatlichen Organe in vielen Bundesländern, insbesondere in Oberösterreich, Wien, Steiermark und Niederösterreich aufgenommen. Unvermutet und ohne jeden Anlaß wurde aus den roten Positionen und Burgen das Feuer gegen die Sicherheitsorgane, aber auch gegen friedliche Passanten eröffnet. Da alle Abmahnungen und Aufforderungen zur Vernunft vergeblich waren, mußte die Regierung pflichtgemäß den gesamten Machtapparat einlegen, um diese verbrecherische Revolte, die sich gegen Österreich und seine Bevölkerung, aber auch gegen den Frieden von ganz Europa wendete, niederzuschlagen. Polizei und Genarmeerie mit den Freiwilligen Schutzkorpsverbänden sowie das Bundesheer wurden eingesetzt. Schwere Kämpfe entwickelten sich insbesondere in Linz, in Ober- und Niederösterreich, in Wien, wo eine große Anzahl städtischer Gebäude und Wohnhausbauten von den Austroboltschewisten in Festungen umgewandelt worden waren.

Überall stand den Sicherheitsstruppen eine große Uebermacht gegenüber.

Jedes der vielen Ballwerke mußte einzeln genommen werden. Vier Tage und darüber hindurch wurde der gesamte Sicherheitsapparat des Staates ununterbrochen ohne Erholungspause im Kampf, beziehungsweise in Dienstverwendung. Mit einer nicht mehr zu überbietenden Pflichttreue, mit heroischer und bewundernswerter Ausdauer haben alle

Organe ohne Unterschied ihre schwere Aufgabe erfüllt. Die Zahl der besonders heroischen Taten ist so groß, daß eine einzelne Aufzählung in diesem Rahmen gar nicht möglich ist. Aber nicht nur tapfer und pflichttreu waren unsere Kameraden, sondern

sie bemühten sich auch in geradezu rührender Weise, am Kampf Unbeteiligte zu schonen und zu schützen.

Tausende Zuschriften und Telegramme aus allen Schichten der Bevölkerung legen für das hervorragende und muttergütige Verhalten der kantigen Kräfte Zeugnis ab. Wenn trotzdem bedauerlicherweise da und dort fast ausschließlich durch die Waffenwirkung der bolschewistischen Auftraher auch Opfer in zivilen Kreisen zu beklagen sind, so fällt auch diese Blutschuld ausschließlich jenen Bolschewikern zur Last, die durch Jahre hindurch ihre Anhänger verhebt und zu vielen Gewalttaten anzureißen und vorbereitet haben. Ungeheuer schwer und groß sind die blutigen Opfer bei den Verteidigern des Vaterlandes.

Über 100 Tote und Hunderte von Verwundeten sind auf Seite der Staatsgewalt, des Bundesheeres und der Freiwilligen Wehrverbände, in ganz besonderem Maße beim Heimatkampf zu beklagen.

So schwer diese Opfer auch sein mögen, wir tragen sie im Bewußtsein erfüllter Pflicht und in der Hoffnung, daß wir unser Vaterland von einer Seuche, die es durch viele Jahre heftig und matt gemacht hat, befreit haben. Für die Familien der Gefallenen und für die Verwundeten und sonst unschuldig Geschädigten wird die Regierung in weitestgehender Weise sorgen. Auch für alle die Helden, die ein göttliches Geschick unverlezt erhalten hat, wird die Anerkennung nicht ausbleiben.

Kameraden! Als euer Führer in diesem schweren Kampfe, als Soldat und Kamerad danke ich euch allen ohne Unterschied aus vollem Herzen für euren Heldennut, für

Der Tagesbefehl des Heimwehrmajors und Putschisten Fey, der damals Vizekanzler in der Regierung Dollfuß war, zeigt in erschreckender Weise, wie gelogen und verleumdet wurde. Heute sind die Tatsachen bekannt; aber Leute wie Fey haben von „raffiniertem Bürgerkriegsvorbereitung des Austroboltschewismus“ gesprochen und behauptet, der Schutzbund hätte „ohne jeden Anlaß“ geschossen. Und nicht nur jenen, die im Februar 1934 dabei waren, sondern auch einen Leser von heute muß ein Schaudern erfassen, wenn er „offiziell“ erfährt, daß die Sicherheitstruppen in „geradezu rührender Weise am Kampf Unbeteiligte zu schützen sich bemühten“. So schamlos wurde damals gelogen.

7 Groschen
für die österr. Republik

Illustrierte

40
Hochschollon. Währ.
Hochschollon. Rep.

Kronen Zeitung



85. Jahrgang.

Druck, Verlag, Eigentum und Herausgabe O. Döbl & Co., Wien, IX., Pratergasse 28.
Verantwortlicher Schriftleiter: Emil Weisart, Wien, IX., Färbenstraße 6

Nr. 12.287.

Post-Abonnement für die Österreichische Republik
1 Monat 2 Schilling 30 Groschen
Postverf. Wien: Konto-Nr. 51755.

Wien, Donnerstag den 15. Februar 1934.
Redaktion und Administration: Wien, IX., Pratergasse 28.
Tel. A-13-5-25. Ab 8 Uhr abends: Tel. A-13-5-26 u. A-13-5-27. Radi-
espektion: Tel. A-13-5-28. Stadtbureau: I., Schulerstr. 19. Tel. R-27-2-86.

Post-Abonnement für die tschechoslow. Republik
1 Monat Kč 11.— 6 Monate Kč 33.—
Postverf. Prag: Konto-Nr. 51755.

Zwei Hinrichtungen wegen Aufruhrs in Wien.

Vor dem Standgericht des Landesgerichtes II fanden gestern zwei Verhandlungen wegen Aufruhrs statt. Zwei Angeklagte, der 43jährige Schuhmacher Karl Münichreiter und der Kommandant der Floridsdorfer Feuerwache, Ingenieur Weißel, wurden des Aufruhrs schuldig erkannt und zum Tod durch den Strang verurteilt.

Die Hinrichtung Münichreiters erfolgte um 4 Uhr 41 Minuten nachmittags, die Justifizierung Weißels um 1 Uhr nachts.

Weder Milde noch menschliches Einsehen zeigte der Austrofascismus im Februar 1934 mit seinen Opfern. Die österreichischen Arbeiter, die sich gegen die Willkür und die an-

7 Groschen
für die österr. Republik

Illustrierte

40
Hochschollon. Währ.
Hochschollon. Rep.

Dokumente der Zeit

Kronen Zeitung

85. Jahrgang.

Druck, Verlag, Eigentum und Herausgabe O. Döbl & Co., Wien, IX., Pratergasse 28.
Verantwortlicher Schriftleiter: Emil Weisart, Wien, IX., Färbenstraße 6

Nr. 12.287.

Post-Abonnement für die Österreichische Republik
1 Monat 2 Schilling 30 Groschen
Postverf. Wien: Konto-Nr. 51755.

Wien, Donnerstag den 15. Februar 1934.
Redaktion und Administration: Wien, IX., Pratergasse 28.
Tel. A-13-5-25. Ab 8 Uhr abends: Tel. A-13-5-26 u. A-13-5-27. Radi-
espektion: Tel. A-13-5-28. Stadtbureau: I., Schulerstr. 19. Tel. R-27-2-86.

Post-Abonnement für die tschechoslow. Republik
1 Monat Kč 11.— 6 Monate Kč 33.—
Postverf. Prag: Konto-Nr. 51755.

Zwei Hinrichtungen wegen Aufruhrs in Wien.

Vor dem Standgericht des Landesgerichtes II fanden gestern zwei Verhandlungen wegen Aufruhrs statt. Zwei Angeklagte, der 43jährige Schuhmacher Karl Münichreiter und der Kommandant der Floridsdorfer Feuerwache, Ingenieur Weißel, wurden des Aufruhrs schuldig erkannt und zum Tod durch den Strang verurteilt.

Die Hinrichtung Münichreiters erfolgte um 4 Uhr 41 Minuten nachmittags, die Justifizierung Weißels um 1 Uhr nachts

maßenden Provokationen der grünweißen Reaktion schließlich zur Verteidigung ihrer Organisationen und der demokratischen Verfassung der Republik erhoben hatten, waren den Polizeipanzern, den Geschützen des damaligen Bundesheeres und den Söldnern Starhembergs und seiner Hintermänner erlegen.

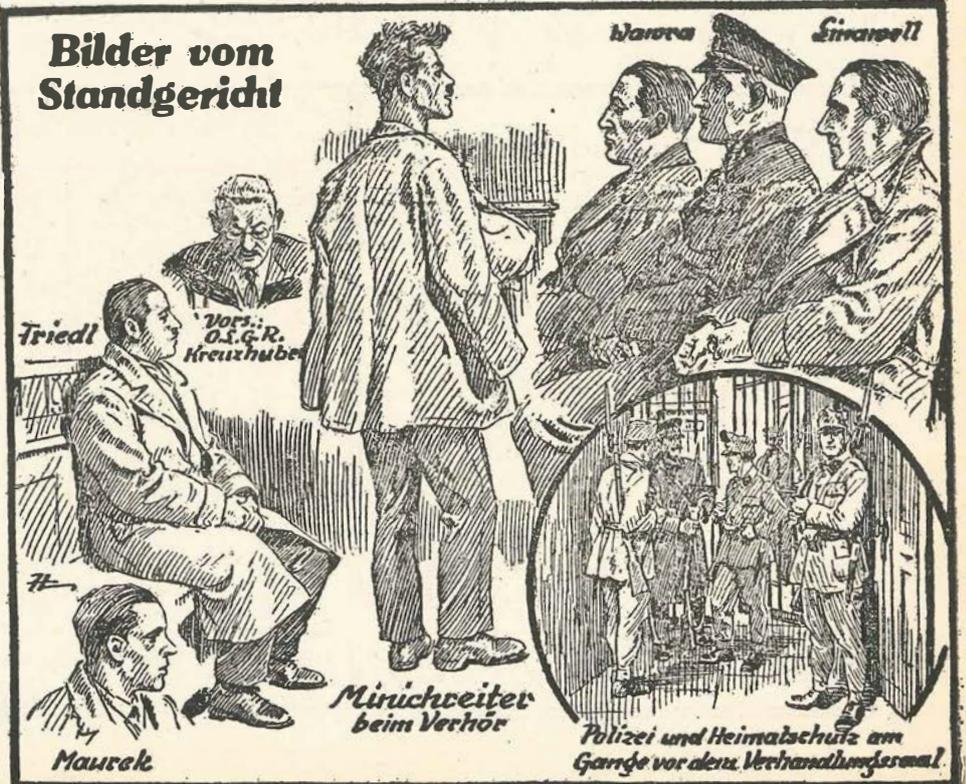
Und unter der Patronanz des „christlichen“ Ständestaats begann der Henker in Aktion zu treten. Was halfen da die eindringlichen Appelle an die Menschlichkeit, die aus fast ganz Europa eintrafen? Wo blieb etwa das Gnadenrecht, um den von den „Standgerichten“ der Dollfuß-Regierung dem Galgen überantworteten Schutzbündlern in letzter Minute wenigstens das Leben zu erhalten?

Die Herren Dollfuß, Starhemberg und Fey hatten es in ihrem Siegestaumel sehr eilig, sie kannten weder Menschlichkeit noch Gnade:

Der Schutzbündler Karl Münichreiter, der am 12. Februar 1934 auf dem Goldmarkplatz in Wien verletzt und in das Spital eingeliefert wurde, wird für immer einer der Zeugen dieser unfassbaren Hassesorgien des damaligen Fascistenregimes sein.

Er würde trotz seiner Verletzung* aus dem Spital geholt, zum Tode verurteilt und am 14. Februar 1934 zum Galgen geschleppt. Die Dokumente sprechen für sich — sogar der Bildbericht war manipuliert.

* Ungeheilt, wie aus dem Protokoll des St.-Rochus-Spitals hervorgeht!



10.1. 20.10. 22. 11. 13. 14. goldwandplatz - pures pflaume - angl.
 in dem unteren linken Winkel einer Woberland anlegen
 woher ist dabei zu beachten

Familienname: Münchreiter Vorname: Karl geborene: _____

Stand bereits in Spitalpflege (wann, wo?)		<u>nam</u>	
Beruf, Stellung im Beruf, Beschäftigung Letztes Arbeits-, Lehr-, Dienstverhältnis bei Abresse - Eintrittstag - Austrittstag Bei öffentl. Angestellten: genaue Angabe der Dienststelle Truppenkörper: Regiment, Unterabteilung, Dienstort, Rang. Invalide? Familienversicherung, von wem eingeleitet?		<u>Johnhuasher</u> 14. FEB. 1934	
Lebensunterhaltsnachweis: seit die Zeit vom Austrittstag bis zur Spitalaufnahme Arbeitslosenunterstützung? Wohnungsunterstützung? Arbeitsnachweis-Grundnummer? Farbe der Karte? Bei Pfründnern: Abhörzahl, Höhe des Erhaltungsbetrages Magistral, Pflegekinder, Kostgeld, Erziehungsbeitrag, Abhörzahl Lebt der Verpflegte von eigenem Vermögen? Wer erhält ihn? Wer unterstützt ihn?		<u>mit Jahren im Opferdienst</u>	
Mitglied welcher Krankenkasse? (Name, Abresse) Bei Kindern: Krankenkasse der Eltern Mitgliedsnummer		<u>Keine Karte</u>	
Tag, Monat und Jahr der Geburt	<u>27. 8. 1891</u>	Religion	<u>R</u>
Abstammungsdaten: Namen, Geburts- und Erauungsdaten der Eltern Name, Beruf und Wohnort des natürlichen Vaters	ehelich <input checked="" type="checkbox"/> unehelich <input type="checkbox"/> Eräuungsdaten Mutter <u>Maria</u> geborene <u>1891</u> Vater <u>Nikolaus</u>		
Geboren in Ort, Pfarre, Matriken- stelle, Bezirk, Land)	<u>Humantirchen a/konst. Kreis</u>		
Bußständig nach (Ort, Bezirk, Land) Beschreibung der Bußständigkeits- und Ausweisurkunden (Paß, Arbeitsbuch, Heimatschein u. dgl.)	<u>Österreich</u>		
Heil- erfolg geheilt gebessert angeheilt gestorben	Transferiert in _____		
Br.-Nr.	Krankheit <u>Chusurclimio</u> <u>Chusurclimio</u>		
Aufnahmestag	Abgangstag	Erauungsdaten Name und Geburtsdaten des Gatten; Tag und Ort der Eräuung, Pfarre oder Matrikenstelle Bei Geschiedenen: Wann? Gericht? Alimentations- anspruch, Abresse des Gatten	
<u>5</u>	<u>12. 11. 1934</u>	Name und Geburtsdaten des Gatten; Tag und Ort der Eräuung, Pfarre oder Matrikenstelle Bei Geschiedenen: Wann? Gericht? Alimentations- anspruch, Abresse des Gatten	
Anstalt <u>St. ROCHUS-SPITAL</u>		Letzter Aufenthaltsort (bei wem?) Stiege, Stock, Tür-Nr.	
Aufnahmszahl <u>350.203/1934</u>		Adresse der Augehörigen <u>M. Gutin 18 9/2</u>	
		Aufenthaltort nach der Entlassung aus dem Spital <u>Pol. Lion überstellt</u>	

Such b. Größeloffizier!

Bei Ausländern besonders genaue Erhebung. Such Daten der Ehepartner.

Münchinger Karl

Familiennamen: Vorname: geborne:

Eingang Abfender, Datum, Zahl und Inhalt	Datum	Abgang	Referatseite 1
	Richtung und Inhalt	Abfertigung	Betreibungen
23. FEB. 1934	23. FEB. 1934		1.
Polize: Dr. W. Stein v. 21/5 34 Zl. 2624/33 an Verleg. v. d. H. v. d. H. bezogen dem Handgeordn. eingel. - / wirtsch. Angelegenheit - !		Pol	2.
6. MRZ. 1934	6. MRZ. 1934		1.
Von L. W. B. neg.		abw.	2.
V. K. Kaminberg		W. 13 - III	1.
			2.
			1.
			2.

Anstalt **ST. ANTONIUS-KRANKENHAUS**
350.203

Aufn.-B.

Dokumente beweisen es...

Nicht erst nach dem Ende der blutigen Ereignisse des Februar 1934 ist es offenkundig geworden, daß der Überfall der grün-weißen Faschisten aller Prägungen und Schattierungen auf die Arbeiterschaft und ihre Organisationen von langer Hand vorbereitet worden war. Schlagartig benützten Dollfuß und die hinter ihm stehenden Reaktionäre ihren „Sieg“, um den Unterlegenen nicht allein ihre in jahrzehntelanger Arbeit errungenen politischen Rechte, sondern auch noch ihre Existenz, ihre Arbeitsplätze und Pensionen — ihren Organisationen Werte von gut 100 Millionen (Gold-)Schilling zu rauben. Darüber hinaus ist es bis heute nicht gelungen, auch nur annähernd die Beträge zu berechnen, die zur Deckung der Haftkosten erpreßt worden sind: Waren doch diese, wenn sie bei den Opfern oder ihren Familien „uneinbringlich“ waren, einfach anderen Sozialdemokraten vorgeschrieben worden, die nicht in Haft waren! Die Henker des demokratischen Österreich erfanden dafür den Vorwand der „Solidarhaftung“ und scherten sich wenig um Recht, Gesetz oder Moral.

Aber der langen Reihe von Verbrechen und Gewalttaten bis zum Februar 1934 und während des blutigen Geschehens selbst fügten die „Sieger“ von damals gleich nach dem Februar eine besonders heimtückische Untat hinzu, die einmal in aller Deutlichkeit festgehalten werden soll. Der „Sieger“ Dollfuß und seine Clique in der austro-faschistischen Regierung waren nun im Besitz der vollen und ungehemmten Staatsgewalt — sie nützten diese schamlos aus. Mit ihrer Propaganda stellten sie die Überfallenen als die schuldigen Angreifer und Aufwührer, die Schutzbündler, die die Republik gegen die Putschisten, die Institutionen und die Rechte der Arbeiter gegen den räuberischen Zugriff der

Faschisten verteidigten, als Verbrecher hin und ließen sie hängen und einkerkern. Und sie stempelten die Ermordeten zu Mördern.

Dieses Gefühl des erbitterten und ungesühnten Unrechts hat in den verhängnisvollen Jahren von 1934 bis 1938 den großen Teil der österreichischen Bevölkerung, der dem autoritären Regime ablehnend gegenüberstand, zu Heimatlosen im eigenen Vaterland gemacht.

Sicher mögen auf der anderen Seite viele gestanden sein, die von der Überzeugung durchdrungen waren, einen ehrlichen Kampf gegen „Aufwührer und Feinde“ des Staates zu kämpfen, Leute, die glaubten, was die von der autoritären Regierung kommandierte Propaganda täglich hinausposaunte; daß nämlich die Sozialdemokraten bei einem Versuch unterlegen seien, durch einen Gewaltstreich die Macht im Staate zu erringen! Es hätte allerdings auch sie nachdenklich stimmen müssen, daß man zwar den sozialdemokratischen Parteivorstand einsperrte, daß man keinem der führenden Genossen den Prozeß machte, sondern sie nach einiger Zeit ganz unauffällig aus der Haft entließ; es bestand eben kein Grund zu einer Anklage!

Nach dem Ende des braunen Faschismus haben sich die drei damals regierenden Parteien bemüht, von dem Ereignis des Februar 1934 nicht zu sprechen, obwohl doch in Wahrheit alle daran dachten; anklagend die einen, daß die Herrschenden von damals einen Bürgerkrieg gegen die Mehrheit der Bevölkerung in Gang gesetzt haben, während die anderen im stillen noch immer glaubten, daß einem sittlich gerechtfertigten Schritt Dollfuß leider der endgültige Erfolg versagt geblieben sei.

Wo Recht oder Unrecht, Schuld oder Unschuld war, blieb offen — die Schrecken der KZ, die die





Putschisten von damals nur zu oft gemeinsam mit ihren Opfern erlebten, die Demokratie und Freiheit verteidigten, die Notzeit einer vierfachen Besetzung und nicht zuletzt eine falsch verstandene Opportunitätspolitik erleichterten die politische Umfunktionierung der Ereignisse des Februar 1934. Man begann von einer „geteilten Schuld“ zu reden, von „Gräben, die zugeschüttet werden müßten“ und vergaß schließlich gemeinsam bei bestimmtem Anlaß sogar die historischen Tatsachen...

Und doch war schon einmal der Versuch gemacht worden, der Wahrheit erstaunlich näher zu kommen. Im Jahre 1948 veröffentlichte unser Genosse Julius Braunthal in London ein Buch unter dem Titel „The Tragedy of Austria“ — („Die Tragödie Österreichs“) — für das der amerikanische Universitätsprofessor Paul R. Sweet einen bemerkenswerten Anhang beigesteuert hatte: Den geheimen Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Dollfuß und seinem faschistischen Kumpan, dem Duce! Zufällig waren dem Amerikaner diese Aktenbündel aufgefallen, als sie zusammen mit dem wertvollen Staatsarchiv wieder nach Wien zurückgebracht wurden.

Als die Briefe auch in Wien bekannt wurden*, schrieb schon damals unser Genosse Adolf Schärf, unser späterer Bundespräsident, über diese wertvollen Urkunden:

„Die Briefe geben jenen Österreichern recht, die die Wahrheit geahnt haben. Sie geben jenen ein erschütterndes Bild der Vorgeschichte des Februar, die die Wahrheit nicht kennen konnten (oder wollten! Anm. d. Verf.), weil sie den Versicherungen der Regierungen Dollfuß und Mussolini blind vertrauten.“

Dollfuß war es, der ausländische Hilfe gegen die österreichischen Sozialdemokraten bei Mussolini suchte! Er wurde dazu beileibe nicht etwa durch ein suchtesgaden gezwungen, sondern er begab sich freiwillig in das Protektorat des Duce. Die Sprache, die Dollfuß im Verkehr mit Mussolini gebrauchte, war an Servilität kaum zu überbieten. Man scheute sich nicht, in der Korrespondenz und in den Akten festzuhalten (was offiziell stets bestritten worden war!), daß Seipels Politik und damit die der Christlichsozialen Partei schon seit 1922 auf die

Ausschaltung der Sozialdemokraten von der Mitregierung gerichtet war, obwohl die Sozialdemokraten zeitweise stärker im Parlament gewesen waren als die Christlichsoziale Partei.

Es wird offen und unumwunden erklärt, daß die von Dollfuß beabsichtigte neue Verfassung „faschistisch“ sein sollte; der Ausdruck „Austrofaschismus“ ist von den Erfindern des Kurses selbst geprägt worden, und mit keinem Wort wird der Möglichkeit Erwähnung getan, etwa nach einer Übergangszeit wieder zu demokratischen Formen zurückzukehren. Dollfuß und seine faschistischen Abenteurer wollten auf Lebensdauer an der Macht bleiben.

Es ist auffallend, daß zwischen den Leuten, die den Februar 1934 vorbereiteten, über dieses ihr Vorhaben das Wort „Putsch“ selbst gebraucht wurde, was mit aller Deutlichkeit beweist, daß sich die Beteiligten des Unrechtmäßigen und Gewalttätigen voll bewußt waren! Um so unwahrer, verlogener und verleumderischer war es, wenn in anderen Dokumenten die später verbreitete Lüge vorbereitet wurde, die Sozialdemokraten hätten ohne Anlaß zum bewaffneten Aufstand gegriffen!

Warum hat sich Dollfuß an Mussolini um Hilfe gewendet? Über sein Hauptmotiv geben die Dokumente Auskunft. Wenn es ihm ausschließlich um das Wohl und die Unabhängigkeit Österreichs gegen den Nationalsozialismus zu tun gewesen wäre, dann hätte er sich mit den Sozialdemokraten verbünden müssen; das aber lehnte Dollfuß ab. Warum?

Da die Christlichsozialen nach den Regeln der Demokratie unterlegen waren, verloren sie auf einmal die Lust an der Demokratie: der Gedanke, die Spielregeln der Demokratie einmal gegen sich gelten zu lassen, kam damals keinem ihrer verantwortlichen Männer. Natürlich konnte eine Regierung, die gegen die stärkste Partei des Landes, die Sozialdemokraten, gerichtet war, nicht stark sein, wenn man bei der Demokratie blieb.

Verschiedene Landtagswahlen nach 1930 zeigten weitere Verluste der Christlichsozialen. Die Angst vor Neuwahlen überschattete nun alles; so war in ihren Reihen die Stimmung für die Beseitigung der Demokratie vorbereitet; man suchte bloß nach einem passenden Anlaß oder einer passenden Ausrede, um die Verfassung zu ändern und selbst an der Macht zu bleiben, ohne sich über die weiteren Folgen Rechenschaft zu geben.

* „Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuß“, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

Aus den Dokumenten ergibt sich eindeutig der verbrecherische Wille Dollfuß', unter Bruch der Verfassung an der Macht zu bleiben und die Sozialdemokratie zu diesem Zweck zu vernichten.

Dollfuß, der während seiner Regierung und während der Zeit der Regierung Schuschnigg der Bevölkerung Österreichs als Patriot hingestellt wurde, erscheint in der Beleuchtung der Dokumente ganz anders. Der § 58 des österreichischen Strafgesetzes sagte:

„Das Verbrechen des Hochverrates begeht, wer etwas unternimmt...

b) was auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform oder

c) auf Herbeiführung oder Vergrößerung einer Gefahr für den Staat von außen oder einer Empörung oder eines Bürgerkrieges im Inneren angelegt wäre...“

Dieses Verbrechen haben Dollfuß und seine Helfershelfer begangen, wie der Inhalt ihrer eigenen Briefe zeigt, die wir heute wiedergeben. Sie beweisen insbesondere, daß Dollfuß die Heimwehraktion, den faschistischen Putsch schon lange vor dem schicksalhaften Februar 1934, und zwar bereits seit Juli 1933 mit Mussolini verabredet hatte...!

Und darum muß endlich ein für allemal Schluß gemacht werden mit der Legende von einer „geteilten“ Schuld!

Mit seinen undemokratischen Plänen konnte Dollfuß freilich nicht nach London oder Paris, sondern eben nur nach Rom gehen. Bei den Verhand-

lungen dort hatte er Mussolini sein „Programm für den inneren Neuaufbau Österreichs“ entwickelt, das die Zerschlagung der Sozialdemokratie voraussetzte. Und er hatte dafür den Beifall des Duce gefunden.

In dem ersten Brief der vorliegenden Dokumentensammlung, den Mussolini bald nach der zweiten Zusammenkunft in Rom geschrieben und in dem er die Ergebnisse dieser Unterredung zusammengefaßt hat, erinnert er den Bundeskanzler an dieses Programm. Und er drängt Dollfuß, der nach seiner Rückkehr nach Wien unter dem Eindrucke des sich immer mehr steigernden Terrors der Nationalsozialisten gezögert hat, den geplanten entscheidenden Schlag gegen die Sozialdemokraten zu führen, endlich sein Programm von „Reformen im entschiedenen faschistischen Sinn“ durchzuführen. Es ist ein richtiger Feldzugsplan, den der Duce, gestützt auf eine „mehr als zehnjährige Erfahrung mit dem faschistischen Regime“, mit Dollfuß entworfen hat. Seine entscheidenden Punkte sind:

1. die „Vaterländische Front“, die Dollfuß nach dem Verfassungsbruch gegründet, die aber um diese Zeit noch ein unbeachteter Verein neben anderen Vereinen war, zur totalitären faschistischen Organisation auszubauen, neben der es keine anderen Parteien geben dürfe.

2. nicht mehr zu zögern, endlich, wie er es längst geplant hatte, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen und ihr „in ihrer Felsenfestung Wien einen Schlag zu versetzen“.

Wiener Zeitung



Herausgeber und Eigentümer: Die Bundesverwaltung 231. Kabog.

Dienstag, 13. Februar 1934 / Nr. 43

Ämtlicher Teil.

Der Bundespräsident hat mit Entschließung vom 13. Jänner d. J. dem Hofrat I. R. Dr. Ing. Walter Sedlaczek in Wien den Auftrag erteilt, die Angelegenheiten der Bundesverwaltung für den Zeitraum vom 1. Jänner bis zum 13. Jänner d. J. zu erledigen.

Der Bundespräsident hat mit Entschließung vom 13. Jänner d. J. dem Hofrat I. R. Dr. Ing. Walter Sedlaczek in Wien den Auftrag erteilt, die Angelegenheiten der Bundesverwaltung für den Zeitraum vom 1. Jänner bis zum 13. Jänner d. J. zu erledigen.

Der Bundespräsident hat mit Entschließung vom 13. Jänner d. J. dem Hofrat I. R. Dr. Ing. Walter Sedlaczek in Wien den Auftrag erteilt, die Angelegenheiten der Bundesverwaltung für den Zeitraum vom 1. Jänner bis zum 13. Jänner d. J. zu erledigen.

Der Bundespräsident hat mit Entschließung vom 13. Jänner d. J. dem Hofrat I. R. Dr. Ing. Walter Sedlaczek in Wien den Auftrag erteilt, die Angelegenheiten der Bundesverwaltung für den Zeitraum vom 1. Jänner bis zum 13. Jänner d. J. zu erledigen.

An das Volk von Österreich!

Eine jeder Verantwortung bare Führung der sozialdemokratischen Partei hat den Versuch unternommen, sich mit Waffengewalt gegen die staatlichen Behörden aufzulehnen, außerdem einen Generalstreik anzuzetteln und den verbotenen Republikanischen Schutzbund zu mobilisieren. Dieser verbrecherische Angriff auf die Organe der Staatsautorität hat bereits Blutopfer gefordert. In Wahrung der ihr obliegenden Pflicht ist die Bundesregierung diesem Unternehmen sofort mit voller Energie entgegengetreten. Abgesehen von mehreren schweren Zusammenstößen in vereinzelten Orten herrscht im Bundesgebiete Ruhe.

Die Bundesregierung richtet noch einmal an die irreführten Elemente die erste Aufforderung, von diesem wahnhaften Beginnen abzulassen und in Ruhe ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Wer mit Waffen in der Hand gegen die legale Ordnungsgemäß Stellung nimmt, fällt unter die Bestimmungen des auf Antrage erweiterter Strafbestrafungsgesetzes. Die Bevölkerung Österreichs hat volle Ruhe und Besonnenheit bewahrt. Die Bundesregierung richtet an sie die Bitte, Gedulden sein Ohr zu leihen. Die Regierung ist Herr der Lage und wird mit den von ihr angebotenen Mitteln des Staates den sozialistisch-kommunistischen Umsturzwagnissen ein rasches und radikales Ende bereiten. Abgehende Führer der Bewegung sind bereits verhaftet und alle Vorbereitungen getroffen, um die übrigen Urheber dieses verbrecherischen Attentats zur Rechenschaft zu ziehen.

Um in der Gemeinde Wien Ordnung zu machen, hat die Bundesregierung den Bundesminister Schmitz als Bundeskommissär eingesetzt. Österreichs Volk, das in den letzten Jahren schwere Opfer für den Wiederaufbau seines Landes gebracht hat, wird dieses erfolgreiche Werk der Bundesregierung um keinen Preis von staatsfeindlichen Elementen brechen lassen.

Österreich! Männer und Frauen!

In einer entscheidenden Stunde rufen wir euch auf. In einer Stunde, in der wir im härtesten Kampfe um die Freiheit unseres Vaterlandes stehen, haben sich sozialistisch-kommunistische Verbrecher gegen die staatliche Autorität erhoben, Untertanengehen verschuldet und mit einem Generalstreik die Wirtschaft bedroht. Die Bundesregierung ist des Erfolges gewiß. Der Erfolg wird um so rascher eintreten, je mehr die vaterländische Bevölkerung durch Ruhe und Beruhigung uns die Erfüllung einer harten Pflicht erleichtert.

Österreich über alles!

Die Bundesregierung.

Beilageverbot.

Das Bundeskanzleramt hat auf Grund des § 1 der Verordnung vom 10. Juni 1933, B. G. Bl.

Auch die amtliche „Wiener Zeitung“ wurde von den grünweißen Putschisten bedenkenlos mißbraucht. Der Aufruf „An das Volk von Österreich“ vom 13. Februar 1934 ist ein Sammelsurium von wissentlich in Umlauf gesetzten Lügen und falschen Behauptungen.

Ämtlich wird verlautbart

Der Polizeipräsident in Wien als Sicherheitsdirektor für das Bundesland Wien hat im Einverständnis mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes in Wien und mit dem Oberstaatsanwalt in Wien gemäß § 429 St. P. O. das standrechtliche Verfahren in Fällen des Aufruhrs (§§ 73 und 74 St. G.) für das Gebiet des Bundeslandes Wien angeordnet.

Dies wird mit dem Befügen kundgemacht, daß sich jedermann von allen unfröhlichen Zusammenrottungen, allen Aufreizungen hiezu und aller Teilnahme daran zu enthalten und den zur Unterdrückung dieser Verbrechen ergehenden Anordnungen der Obrigkeit zu fügen habe, widrigens jeder, der sich nach der Kundmachung des Standrechtes dieses Verbrechens schuldig macht, standrechtlich gerichtet und mit dem Tode bestraft würde.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung wird weiters auf Grund des Artikels II, § 4, Abs. 2, des Bundesverfassungsgesetzes vom 7. Dezember 1929, S. G. Bl. Nr. 393, nachstehendes verfügt:

1. Dem heutigen Tage, d. i. vom 12. Februar 1934 an, sind die Kinstore aller Gebäude im Wiener Polizeirayon um 20 Uhr abends zu sperren.

2. Die öffentlichen Gast- und Schankgewerbe müssen um 20 Uhr abends von Gästen geräumt und gesperrt sein.

3. Ansammlungen und Gruppenbildungen auf der Straße sind verboten.

Die Bevölkerung wird in ihrem eigenen Interesse dringend aufgefordert, obigen Anordnungen auf das genaueste nachzukommen und den Weisungen der Sicherheitsbehörden und der Organe unbedingt Folge zu leisten.

Gegen die Zuwiderhandelnden wird die Strafamtshandlung im Sinne der bestehenden Gesetze und Verordnungen mit der größten Strenge eingeleitet werden.

Dies wird hienüt zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Wien, am 12. Februar 1934

Der Polizeipräsident in Wien:

Dr. Seydel m. p.

In der Dokumentensammlung ist dieser Brief Mussolinis im Original enthalten; ihm liegt die folgende deutsche Übersetzung bei:

Mussolini an Dollfuß

Persönlich

Rom, 1. Juli 1933

Herr Kanzler!

Mit lebhaftestem Interesse verfolge ich die Entwicklung der Lage in Österreich, welche mir Gelegenheit gegeben hat, die Festigkeit und Geschicklichkeit zu schätzen, mit der Eure Exzellenz die Politik dieses Landes leiten.

Ich habe Eure Exzellenz bereits wissen lassen, daß die italienische Hilfe, in was immer für einer Eventualität, sich nicht mindern werde, und ich habe soweit wie möglich den Wünschen Rechnung zu tragen getrachtet, welche mir von Eurer Exzellenz jeweilig ausgedrückt wurden.

Aus zahlreichen Nachrichten über die Lage in Österreich, die ich erhalten habe und die ich für zutreffend erachte, habe ich die Überzeugung geschöpft, daß in diesem Lande sich ein wirkliches Wiedererwachen des vaterländischen Gefühls zeigt, das sich um die Gedanken der Unabhängigkeit des Staates und der historischen Mission des deutschen Österreichs polarisiert. Wie sich Eure Exzellenz erinnern werden, war es immer mein Gedanke gewesen, daß es sich gehören würde, diese Fahnen zu entfalten und dieses Gefühl zu pflegen, um der von Eurer Exzellenz geführten Bewegung ein ideales Ziel zu geben.

Ich halte den Gedanken der Schaffung der vaterländischen Front für einen sehr guten und glaube, daß je größer die Erfolge derselben werden sein können, desto mehr sich die verschiedenen Parteien, welche das nationale Interesse Österreichs verfechten, verschmelzen werden.

Ich bin auch froh zu wissen, daß die Heimwehren, auf die Eure Exzellenz, wie ich es immer geglaubt habe, hauptsächlich zählen sollten, ihrer Aufgabe gut entsprechen und sich vollkommen in die Politik, die Eure Exzellenz entwickeln, eingefügt haben.

Das Interesse, mit welchem ich die Lage in Österreich verfolge, gestattet mir, Ihnen einige meiner Ideen über die zukünftige Entwicklung der Campagne auseinanderzusetzen, und dies auch in Beziehung auf die Hilfe, welche unser Land Österreich gewährt.

Ich bin mir vollkommen bewußt, daß Eure Exzellenz gegen die verbrecherischen Attentate, die in letzter Zeit in Österreich verübt und den Nationalsozialisten angelastet worden sind, in der energischsten Weise reagieren und die notwendigen Maßnahmen ergreifen müssen, selbst wenn es, falls nötig — und ich würde wünschen, daß man es vermeiden könnte —, auch zum Belagerungszustand kommen sollte.

Ich bin indes der Ansicht, daß gerade weil Eure Exzellenz gezwungen sind, diese strenge polizeiliche Aktion durchzuführen, sich die Notwendigkeit in diesem Augenblick mehr denn je aufdrängt, ein Programm von effektiven und wesentlichen internen Reformen in entschieden faschistischem Sinne durchzuführen.

Dies erscheint mir zweckmäßig, einerseits um der Behauptung vorzubeugen, Österreich mache lediglich die Unterdrückungspolitik gegen eine Bewegung, die sich wohl oder übel mit einer nationalen Flagge umhüllt, andererseits um die Jugend — auf welche die nationale Front unbedingt zählen muß — mit dem Glanze einer Idee heranzuziehen, die imstande wäre, das Versprechen einer Zukunft für Österreich darzustellen.

Wenn dieser Schwung, den ich in zahlreichen Schichten der Bevölkerung nach der von Eurer Exzellenz der österreichischen Politik gegebenen Richtung hin zu erblicken glaube, den Tatsachen entspricht, so bin ich der Meinung, daß man mit jeglichem Mittel eine solche Bewegung durch eine klarere und präzisere Stellungnahme zu den internen Reformen fördern müsse.

Ich verschließe mich nicht den Gründen der Opportunität, welche Eure Exzellenz veranlaßt haben, bis heute gegen die Sozialdemokratische Partei nicht jene entschlossene Haltung einzunehmen, die in Ihrem Programm für den internen Aufbau Österreichs enthalten ist.

Trotzdem glaube ich, daß die Besorgnisse parlamentarischer Natur heute in die zweite Linie rücken müssen. Auch bezüglich der geplanten Verfassungsreform denke ich, daß jene Partei angesichts der größeren Gefahr des Nazismus und im Interesse der Möglichkeit einer raschen Wiederherstellung eines normalen politischen Lebens in Österreich genötigt sein wird, wie auch immer in der von Eurer Exzellenz vorgezeichneten Linie zu marschieren. Wenn anstatt dessen auch weiterhin der Sozialdemokratischen Partei gegenüber mit Nachsicht vorgegangen wird, so erscheint mir die viel größere und konkretere Gefahr

zu entstehen, daß damit den Nazi die Waffe des Antimarkismus in die Hand gegeben und ihnen gestattet wird, sich in einem gegebenen Moment als Retter der Lage aufzuspielen. Daß diese Waffe, die gefürchtetste, in ihren Händen sich abstumpfe und der Nazismus daher aus Österreich ganz und gar verschwinde, hängt von Eurer Exzellenz ab.

Ich bin überzeugt davon, daß, sobald Eure Exzellenz, an alle gesunden nationalen Kräfte Österreichs appellierend, der Sozialdemokratischen Partei in ihrer Felsenfestung Wien einen Schlag versetzen und Ihre Säuberungsaktion auf alle Zentren ausdehnen würde, die im Gegensatz zum Autoritätsprinzip des Staates zersetzende Tendenzen verfolgen, dann auch viele, die heute in den Reihen der Nazi tätig sind, in den Kreis der nationalen Front herübergezogen werden würden.

Ich bin überzeugt, daß Eure Exzellenz den Freimut meiner Bemerkungen billigen werden, und ich versichere Sie, daß ich sehr froh wäre, wenn ich mit meiner mehr als zehnjährigen Erfahrung mit dem faschistischen Regime in Italien Österreich bei der Lösung der verwickelten Lage, in der es sich heute befindet, nützlich sein könnte.

Indem ich nun auf ein anderes Thema zu sprechen komme: nämlich auf das der Systemisierung der Donauländer, welches heute die öffentliche Meinung der Welt leidenschaftlich bewegt, so drängt es mich, Eurer Exzellenz zu sagen, daß mein Eindruck der ist, daß es sich empfehlen würde, ohne Säumen auf jenen Linien zu handeln, die von uns bereits besprochen worden sind und bezüglich welcher wir uns im Einverständnis befunden haben.

Das Dringendste scheint mir eine größere Annäherung zwischen Österreich und Ungarn zu sein. Auf dieses Ziel habe ich meine Tätigkeit bei verschiedenen Zusammenkünften und kürzlich auch anlässlich der Londoner Konferenz abgestellt.

Es handelt sich nicht darum, die Grundlagen für eine österreichisch-ungarische Personalunion und die Restauration der Habsburger zu schaffen, wie dies in diesen Tagen in einer gewissen Presse phantasiereich dargestellt worden ist, wobei diese Endziele der italienischen Politik zugeschrieben wurden. Italien verhält sich demgegenüber ablehnend, da es diese Eventualitäten als den beiden Ländern und dem allgemeinen europäischen Interesse schädlich erachtet.

Die Politik eines engen Einvernehmens zwischen Österreich und Ungarn sowohl auf politischem als auch wirtschaftlichem Gebiete, so wie sie Italien im Auge hat, müßte von einer formellen Verpflichtung der beiden

Regierungen zur Befolgung einer gemeinsamen Politik ausgehen.

Diese Annäherung ist für mich die notwendige Voraussetzung für andere interessante und vielversprechende Entwicklungen. Die Annäherung unter den Auspizien und unter der tatkräftigen Hilfe Italiens würden es den beiden Ländern ermöglichen, mit ihren Nachbarn in Verhandlungen einzutreten, ohne daß sie dabei einem übermäßigen Druck von wirtschaftlicher Seite ausgesetzt wären, und ohne den Anschein zu erwecken, als ob sie sich anderen politisch stärkeren Staaten unterwerfen. Dies wird nach und nach der Schaffung eines Systems von Verträgen einerseits mit den Ländern der kleinen Entente, andererseits mit Deutschland dienen können, indem sie (Österreich und Ungarn) dank der sehr intimen Verbindung mit Italien jeglicher Gefahr einer offenen oder getarnten Absorbierung entgehen.

Auf diesem Wege möchte ich in einem eher raschen Tempo vorwärtsschreiten, aber ich möchte keine Initiative ergreifen, bevor nicht ein absolutes und vollkommenes Einvernehmen zwischen unseren beiden Regierungen und Ungarn besteht. Man wird dann daran denken müssen — und auch hierin beabsichtige ich, die Hauptrolle zu übernehmen —, eine dieser Initiative günstige Atmosphäre bei den anderen interessierten Staaten Europas zu schaffen, und zwar auch im Hinblick auf die weiteren von mir oben angedeuteten Entwicklungen.

Während ich mich gleichzeitig an den Präsidenten Gömbös wende, um ihn zu informieren und ihm dieses Bild der Lage zu entwerfen, bitte ich Euer Exzellenz, mir diesbezüglich mit aller Offenheit Ihren Gesichtspunkt mitteilen zu wollen. Es ist dies offenkundig eine Initiative von großer Eiligkeit, die, um gelingen zu können, einen guten Beginn erfordert. In der Erwartung der Antwort Eurer Exzellenz empfehle ich mich mit herzlicher Hochachtung und mit meinen herzlichen Grüßen

(gez.) Mussolini

Im Archiv befinden sich zwei Entwürfe des Antwortbriefes Dollfuß'; der eine mit handschriftlichen Hinzufügungen und Korrekturen, der andere in endgültiger Reinschrift. Dieser Antwortbrief hat folgenden Wortlaut:

Dollfuß an Mussolini

22. Juli 1933

Euer Exzellenz

sehr geschätztes freundliches Schreiben vom 1. d. M. habe ich mich vor einigen Tagen unmittelbar telefonisch mit dem Ausdruck meines tiefgefühlten Dankes für das ernste und freundschaftliche Interesse zu bestätigen beehrt, mit welchem Eure Exzellenz die Geschicke Österreichs verfolgen und mir erlaubt, meine baldige Antwort nach gründlichem Studium der aufgeworfenen Probleme in Aussicht zu stellen.

Indem ich mir nun, Eurer Exzellenz, nochmals für die von wahrhaft freundschaftlichem Geiste getragenen beherzigenwertigen Ausführungen wie auch die Worte der Anerkennung, die Eure Exzellenz meinen Bemühungen

zu zollen die Güte hatten, meinen ergebensten Dank auszusprechen gestatte, erlaube ich mir mit aller Offenheit, die so erfreulicherweise unsere persönlichen Beziehungen charakterisiert, meine Auffassung über die beiden im Schreiben Eurer Exzellenz behandelten Fragen darzulegen.

Hinsichtlich der allgemeinen innenpolitischen Verhältnisse Österreichs sind Eure Exzellenz, wie ich aus dem sehr geschätzten Schreiben ersehen habe, durch Herrn Preziosi fortlaufend und in ausgezeichnete Weise informiert, so daß ich mich darauf beschränken kann, lediglich die Fragen hier zu behandeln, die Eure Exzellenz im sehr geschätzten Schreiben ausdrücklich berührt haben und die mir für die richtige Kennzeichnung der inneren Lage Österreichs von Wichtigkeit zu sein scheinen.

Was die von Eurer Exzellenz betonte Notwendigkeit der baldigen Einführung innerer Reformen im Sinne einer berufsständischen und autoritären Verfassung betrifft, so teile ich durchaus die Auffassung Eurer Exzellenz, daß die auf die Erzielung einer festen staatlichen Autorität gerichtete Tätigkeit der österreichischen Bundesregierung auch nicht für einen Augenblick einen Stillstand erleiden darf. Wie Eurer Exzellenz aus unseren Gesprächen bekannt ist, beschäftige ich mich seit langem konstruktiv mit diesem Gedanken. Ich bin daher seit dem mit der Parlamentskrise vom März l. J. eingetretenen Anbruch der gegenwärtigen Phase der österreichischen Innenpolitik unablässig bemüht, den Boden für die Aufrichtung des meiner Überzeugung nach meinem Lande am besten zusagenden straffen Autoritätsregimes vorzubereiten. Es ist klar, daß zunächst viel Schutt, der sich in den Jahren seit dem Bestande der Republik angehäuft hat, weggeräumt werden muß. Ich bin mir auch bewußt, daß hier noch vieles wird gemacht werden müssen. Ich muß allerdings in diesem Zusammenhange erwähnen, daß meine ernstlichen Bestrebungen in diesem Sinne dadurch beträchtlich gehemmt worden sind, daß mir der Nationalsozialismus, der unverzeihlicherweise dem Marxismus teils direkte, teils indirekte Schützenhilfe leistet, in den Rücken gefallen ist. Trotzdem lasse ich mich in der Verfolgung des mir gesteckten Zieles nicht beirren.

So habe ich soeben erst den ehemaligen Bundeskanzler Dr. Ender, der unbestrittenermaßen zu den besten und erfolgreichsten Verwaltungsjuristen Österreichs gehört, als Minister ohne Portefeuille in mein Kabinett aufgenommen und ausschließlich mit der Aufgabe betraut, eine weitgehende Verfassungsreform in dem oben angedeuteten Sinne auszuarbeiten. Vor seiner Betrauung habe ich ausführlich mit Dr. Ender meine Absichten besprochen und ersehe, daß er mit innerer Überzeugung den von mir angeordneten Weg zu beschreiten entschlossen ist. Es obwaltet ja auch kein Zweifel, daß heute niemand mehr in Österreich daran denkt, die bisherige Funktion des Bundesrates aufrechtzuerhalten, und daß der allgemeine Wunsch demnach herrscht, eine Umbildung des Bundesrates in eine berufsständische Körperschaft mit weitgehenden gesetzgeberischen Vollmachten durchzuführen. Ich glaube, sagen zu können, daß diese allgemeine Umstellung der öffentlichen Meinung in Österreich im Sinne berufsständischer und autoritärer Reformen zu einem großen Teil den unermüdlichen Bemühungen der Regie-



rung zu verdanken ist, die für den angestrebten Wiederaufbau grundlegenden Ideen durch andauernde Wiederholung* in das Bewußtsein der Öffentlichkeit derart einzuprägen, daß eine günstige Atmosphäre für die Ausführung der einzelnen bedeutungsvollen Schritte geschaffen wurde. So hat z. B. der Gedanke der berufsständischen Vertretung, nachdem ihm unsere Öffentlichkeit bis vor kurzem verständnislos und aus naheliegenden Gründen zum Teil sogar ablehnend gegenübergestanden war, heute bereits das volle Verständnis seitens der breiten Massen gefunden, so zwar, daß die Regierung nunmehr darangehen kann, ihn zunächst in der Organisation der österreichischen Exportindustrie nach den einzelnen Branchen auf korporativer Grundlage zu verwirklichen. In diesem Sinne wird auch auf anderen Gebieten die Arbeit fortgesetzt werden. Ich beschäftige mich weiters mit einer grundlegenden Umbildung der Organisation bestehender Körperschaften, die bisher auf klassenmäßiger Grundlage aufgebaut sind. Schließlich wird in der Verfassung, wie bereits oben erwähnt, der berufsständische Gedanke, zu dem ich mich seit vielen Jahren überzeugt bekenne, fest verankert sein.

Die erfreuliche Popularisierung dieser grundlegenden Ideen scheint mir ein untrügliches Zeichen dafür zu sein, daß der Marxismus in Österreich so weit zurückgedrängt ist, wie man es sich noch vor einem halben Jahr überhaupt nicht zu erhoffen gewagt hätte. Ohne die aggressive Tätigkeit der Nationalsozialisten gegen die Selbständigkeit Österreichs wäre der Erfolg freilich heute schon ein noch größerer. Die Regierung hält unerschütterlich an ihrem dahingehenden Ziele fest, die marxistische Mentalität, marxistische Formen und Organisationen zu überwinden und diese durch einen über den Klassen stehenden Staatspatriotismus und durch berufsständischen Aufbau unter weitgehender Ingredienz einer mit starker Autorität ausgestatteten Regierung zu ersetzen.

In dieser Beziehung sind wir auch fest entschlossen, sobald es die Verhältnisse zulassen, den Marxisten ihre Machtpositionen, die sie noch in Händen haben, zu nehmen. Gegenwärtig sind wir darauf bedacht, ihnen die finanziellen Mittel, die sie sich durch ihren übermächtigen Einfluß in der Gemeinde Wien verschafft haben, recht einschneidend zu verringern.

Auf der anderen Seite richten wir unser besonderes Augenmerk darauf, durch eine intensive vaterländische Propaganda einen österreichischen Patriotismus, der in der Nachkriegszeit nicht bestanden hat und bis vor wenigen Monaten kaum für möglich gehalten worden ist, zu erwecken. Hier darf ich auf die Tätigkeit der auch von Eurer Exzellenz im sehr geschätzten Schreiben berührten „Vaterländischen Front“ hinweisen, über deren mir wichtig erscheinende Organisation ich mich Eure Exzellenz in großen Zügen zu informieren erlaube. Die „Vaterländische Front“ wird auf dem Führerprinzip aufgebaut, Führer der Front bin ich selbst. Die „Vaterländische Front“ bezweckt den überparteilichen Zusammenschluß aller heimattreuen Österreicher zur friedlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung eines freien, selbständigen österreichischen Staates. Die Aufnahme in die „Front“ ist daher selbstverständlich auch an das Verbot der Zugehörigkeit zu einer den Klassen- und Kulturkampf verfechtenden Organisation sowie an die Verpflichtung geknüpft, alles beizutragen, um Meinungsverschiedenheiten zwischen den Angehörigen der „Front“ zu vermeiden und gegebenenfalls überbrücken zu helfen. Diese letztere Bedingung sowie der überparteiliche Charakter der „Front“ schließen jede Parteipolitik innerhalb der „Front“ aus, ebenso wie auch jeder Angehörige der „Front“ nicht als Angehöriger einer Partei, sondern als Patriot seinen Beitritt zu vollziehen und sich in der „Front“ zu betätigen hat. Der Ausschluß von Verfechtern des Klassen- und Kulturkampfes schließt naturgemäß auch die Aufnahme von Sozialdemokraten und Kommunisten aus.

Eine höchst anerkennenswerte Unterstützung bei der Erweckung auf Festigung heimattreuer Gesinnung in der Bevölkerung finde ich bei den Heimwehren und ihren Führern. Mein Verhältnis zu diesen ist, wie Eurer Exzellenz bereits aus meinen mündlichen Darlegungen bekannt, ein ausgezeichnetes, und ich freue mich, sagen zu können, daß meine Absichten bei den Exponenten dieser Bewegung vollem Verständnis und loyaler Unterstützung begegnen. Besonders anerkennenswert sind ihre feste Haltung und ihre energische Aktivität gegenüber dem Nationalsozialismus.

Was diesen letzteren betrifft, so sind die Hoffnungen der Nationalsozialisten, wie Eurer Exzellenz sehr wohl bekannt ist, die seit einem halben Jahre der österreichischen Regierung immer wieder eine mit 3-4 Wochen begrenzte Lebensdauer gegeben haben, heute wohl als ge-

* Das war faschistische Praxis. Selbst Lügen konnten so zu „Wahrheiten“ ungefälscht werden, wenn man sie nur oft genug wiederholt hatte!

Wien, 14. Februar.

Das Bundeskanzleramt hat nachstehende Vereine, die ihren Sitz in Wien haben, aufgelöst:

1. Verein der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute Österreichs.
2. Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschösterreichs.
3. Verband der jüdisch-sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs.
4. Sozialdemokratischer Erziehungs- und Schulverein „Freie Schule-Kinderfreunde“, Reichsverein für Österreich.
5. Bund der religiösen Sozialisten.
6. Arbeiter-Abstinenzbündel in Österreich.
7. Republikanischer Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit in Österreich.
8. Arbeiter-Samariterbund, Österreichs.
9. Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Österreichs (Arbä).
10. Arbeiterbund für Sport und Körperkultur in Österreich (AStö).
11. Touristenverein Die Naturfreunde, Reichsgruppe Österreichs.
12. Touristenverein Die Naturfreunde.
13. Arbeiter-Flugsportverband.
14. Arbeiter-Jäger- und Schützenbund in Österreich.
15. Arbeiter-Stivverbund.
16. Arbeiter-Sportvereinigung Jiskie (A. S. B. J.).
17. Österreichischer Arbeiter-Turn- und Sportbund.
18. Österreichischer Arbeiter-Sauballsverband.
19. Arbeiter-Schwimmverein.
20. Verband der österreichischen Arbeiter-Fischereivereine.
21. Arbeiter-Funkverband Österreichs.
22. Arbeiter-Funkverein Wien, Niederösterreich, Burgenland.
23. Österreichischer Arbeiter-Schachbund.

24. Gau Wien des österreichischen Arbeiter-Sängerbundes.
25. Chormeisterbund der Arbeiter-Jugendvereine.
26. Verband der Arbeiter-Musikvereine Österreichs (Vamö).
27. Bund der freien Gewerkschaften Österreichs.
28. Verband der Arbeiterjugend der Chemischen Industrie Österreichs.
29. Gewerkschafts- und Rechtshilfsverein des österreichischen Eisenbahnpersonals.
30. Angestelltenvereinigung der Hotels, Gast- und Kaffeehausangestellten und veränderter Berufe Österreichs.
31. Bund der Industrieangestellten Österreichs.
32. Zentralverein der kaufmännischen Angestellten Österreichs.
33. Zentralverband der Lebens- und Genussmittelarbeiter Österreichs.
34. Österreichischer Metall- und Bergarbeiterverband.
35. Militärverband der Republik Österreichs.
36. Bund der öffentlichen Angestellten Österreichs.

scheitert zu betrachten. Es ist selbstverständlich, daß die Bekämpfung dieser Bewegung weitergeht, und daß ein Zusammenarbeiten mit einer solchen Bewegung, die sich anarchistischer Mittel bedient, nicht in Frage kommen kann. Bei diesem Anlasse drängt es mich, Eurer Exzellenz für die rückhaltlose Hilfsbereitschaft, die Eure Exzellenz mir in dieser Frage bisher bewiesen haben, herzlichst zu danken.

Auf die zweite von Eurer Exzellenz aufgeworfene Frage außenpolitischer Natur eingehend, erlaube ich mir folgendes auszuführen:

Wie Eurer Exzellenz bekannt, hatte ich kürzlich die Freude, den Herrn ungarischen Ministerpräsidenten, der meiner Einladung in freundlicher Weise Folge geleistet hat, in Wien begrüßen zu können. Die bei diesem Anlasse abgeführten Besprechungen mit Herrn von Gömbös waren im Zusammenhang mit seiner jüngsten Reise nach Berlin von erheblichem Nutzen und haben die Situation vollkommen geklärt. Wir haben hiebei die Übereinstimmung darüber festgestellt, daß wir selbstverständlich an der Freundschaft zu Italien in unserer Außenpolitik festhalten. Weiters haben wir die unbedingte Notwendigkeit einer möglichst engen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn auf wirtschaftlichem wie auch auf politischem Gebiete unter Ausschluß aller phantastischen Pläne anerkannt und beschlossen, die die beiden Staaten zu engstem politischem Einvernehmen verpflichtenden bereits bestehenden Verträge, insbesondere den einschlägigen geheimen Notenwechsel aus dem Jahre 1931, auf das intensivste und loyalste zu handhaben.

Wir haben diesen Entschluß auch im Communiqué über unsere Unterredungen der Öffentlichkeit mitgeteilt, und es kann wohl festgestellt werden, daß im allgemeinen diese enge Zusammenarbeit seitens der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt worden ist. Inzwischen ist diese Kooperation mit Ungarn erfreulicherweise auch bereits eingetreten. Aus diesem intimen und ständigen Gedankenaustausch wird sich zwangsläufig eine gemeinsame Politik in der Mehrzahl der aufscheinenden außenpolitischen Fragen ergeben. Ich glaube aber in diesem Zusammenhange, zur Vermeidung von Mißverständnissen, nicht unterlassen zu dürfen, darauf hinzuweisen, daß naturgemäß einige gegenwärtig aktuelle Probleme der Außenpolitik der beiden Länder Österreich und Ungarn außerhalb des Fragenkreises liegen, der eine gemeinsame Politik Wiens und Budapests erheischt, bzw. ermöglicht, so z. B. das Problem Sowjet-Rußland, die Frage der Revision der territorialen Bedingungen der Friedensverträge — bedauerlicherweise gegenwärtig auch die Frage der Be-

ziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland. Hier darf ich in Parenthese beifügen, daß natürlich auch Österreich das größte Interesse daran hat, ein freundschaftliches Verhältnis mit Deutschland, allerdings unter Festhaltung an der Voraussetzung zu erarbeiten, daß die volle Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Österreichs von seiten der Deutschen Reichsregierung und ihren Organen vorbehaltlos gewährleistet und geachtet werde. Diese Achtung muß, bevor an eine Entwirrung der Lage herangetreten werden kann, darin zum Ausdruck kommen, daß die Reichsregierung, bezw. die mit ihr synonyme Führung der NSDAP endlich den Entschluß fasse und zur restlosen Durchführung bringe, die nationalsozialistische Bewegung in Österreich als eine österreichische, der deutschen höchstens durch Bande der Sympathie verbundene Bewegung anzusehen und zu behandeln und von jeder Förderung und Duldung einer gegen Österreich gerichteten Propaganda sowie von jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse Österreichs endgültig und restlos Abstand zu nehmen.

Es werden jedoch auch solche Fragen, die gegenwärtig eine gleiche Behandlung durch Österreich und Ungarn ausschließen, das einverständliche Zusammengehen beider Länder hinsichtlich der für sie lebenswichtigsten Frage der wirtschaftlichen Systemierung des Donauraumes nicht zu beeinträchtigen vermögen, zumal sie gerade in wirtschaftspolitischer Hinsicht — wie ich dies erst kürzlich wieder mit Exzellenz von Gömbös festzustellen die Freude hatte — darin völlig einig sind, ihren Handelsverkehr auf den bereits gegebenen Grundlagen weiterzuentwickeln und auszubauen. Das für eine solche Entwicklung unerläßliche Korrelat der Stützung durch eine politische wie wirtschaftliche Großmacht wird — meiner Überzeugung nach — durch Italien gegeben sein, dessen Interesse an dieser Entwicklung Eure Exzellenz mir neuerdings durch das sehr geschätzte Schreiben in so beredter und kraftvoller Weise zu erkennen gegeben haben.

Indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, Eurer Exzellenz hiemit eine neuerliche Bestätigung weitgehender Kongruenz zwischen unseren Zielen gegeben zu haben, zeichne ich mit dem Ausdruck meiner aufrichtigsten Verehrung

Euer Exzellenz ganz ergebener D.

Um sich bei seinem Lehrmeister und Schirmherrn als gelehriger Schüler auszuweisen, verwirklichte Dollfuß noch rasch einen Auftrag Mussolinis: Der Ministerrat beschloß, der Gemeinde Wien eine „Lastenabgabe“ von 36 Millionen Schilling — eine horrende Summe! — aufzuerlegen, noch dazu rückwirkend vom 1. Jänner 1933. Es war ein glatter Raub! Dann flog er nach Riccione zu Mussolini.

Über die Besprechungen gibt es ein offenbar von Mussolini selbst verfaßtes Protokoll mit Weisungen für Dollfuß.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß zu unterbreitende Erwägungen

1. Diese dritte Reise nach Italien — plötzlicher und aufsehenerregender als die vorangehenden — darf die Dinge nicht auf dem heutigen statischen Punkte belassen, sondern muß den Anfang einer neuen Entwicklung (wörtlich: neuen Laufes, Kurses) in der inneren und äußeren Politik Österreichs kennzeichnen. Andernfalls wird die Reise zwecklos und daher schädlich gewesen sein.

2. Nach Wien zurückgekehrt, muß Dollfuß eine große politische Rede für die ersten Tage September ankündigen, das heißt am Vorabend des angekündigten Putsches. Dieser Rede muß eine Reihe von Handlungen vorangehen, der Art, daß sie die deprimierte Moral der Österreicher aufrütteln und erheben kann, und zwar:

- a) sofortige Stärkung der Regierungszusammensetzung durch Eintritt neuer Elemente (Steidle, Starhemberg), die der gegenwärtigen Regierung den Charakter einer Regierung aus Überresten des alten Regimes nehmen sollen;
- b) Fusion aller Kräfte und aller Fronten in eine einzige nationale Front mit dem Schlagwort: Unabhängigkeit Österreichs und Erneuerung Österreichs;
- c) betonter diktatorischer Charakter der Regierung;
- d) Regierungskommissär für die Gemeinde Wien;
- e) Propaganda großen Stils.

Für die Rede:

Hinsichtlich der inneren Politik:

- a) das Projekt der österreichischen Verfassungsreform in der Rede ankündigen und im Laufe des September herausbringen; die Reform soll auf faschistischer Basis vom politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkt sein;
- b) durch den Bundespräsidenten die Reform gutheißen lassen und im Jahre 1934 zu einer Volksbefragung plebiszitären Charakters schreiten, mit der Formel: „Unabhängigkeit nach außen und Erneuerung im Innern“;
- c) erklären, daß jedem Versuch der Gewaltanwendung entgegengetreten und ein solcher unterdrückt werden wird.

Hinsichtlich der äußeren Politik:

- a) Erklärungen der Freundschaft gegenüber allen Nachbarn und daher auch gegenüber Deutschland und Inanspruchnahme der historischen und unersetzlichen Funktionen eines unabhängigen Österreich;
- b) Anerkennung der besonderen Beziehungen mit Ungarn und Italien;
- c) Möglichkeit und Nützlichkeit eines Zusammenarbeitens mit der Kleinen Entente auf wirtschaftlichem Gebiet;
- d) Ankündigung der Möglichkeit einer Zusammenkunft zu dritt (Italien, Österreich, Ungarn), um auf allen Gebieten die Beziehungen zwischen den drei Staaten zu vertiefen.



Was Dollfuß über Riccione erzählte

Ein interessantes Dokument in der Aktensammlung ist dann eine Aktennotiz, die offenbar ein Beamter des Außenministeriums nach den Angaben von Dollfuß über die Besprechungen von Riccione niedergeschrieben hat. Hier bleibt freilich von den forschenden Worten des Faschismus nicht viel über, wie man aus den vorhergehenden Texten leicht nachlesen kann. Und sehr viel hat Dollfuß seinen Beamten nicht gesagt. Er behauptet bloß, der Forderung Mussolinis nach stärkerer Beteiligung der Heimwehren an der Regierung ausgewichen zu sein — freilich nicht für lange! Aber die Rede, für die ihm Mussolini die Disposition in die Hand gedrückt hat, wird Dollfuß halten — am 11. September auf dem Trabrennplatz in Wien —, und er hat dafür die große Veranstaltung des Katholikentages mißbraucht, zu der die Gläubigen aus ganz Österreich zusammenströmten.

Amtserinnerung an die Unterredungen zwischen Dollfuß und Mussolini in Riccione am 19. und 20. August 1933

1. Außenpolitik:

Mussolini war besorgt wegen der deutschen Entwicklung, besonders wegen des Hervortretens des Preußentums. „Sollte es wider Erwarten Herrn Mussolini zu einer Invasion aus Bayern kommen, so würde Italien militärisch reagieren. Es ergab sich jedoch eindeutig, daß Mussolini es vorzieht, solange als möglich die Methode der ‚freundschaftlichen Konversationen mit Berlin‘ fortzusetzen.“

2. Wirtschaftspolitische Fragen:

„Im Laufe der Unterredung ergab sich, daß weder Italien noch Frankreich irgendeinen präzisen Plan über die Rekonstruktion des Donauraumes bisher ausgearbeitet haben... Herr Mussolini ist keineswegs der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten der Kleinen Entente abgeneigt, sondern hat die Absicht, mit diesen Staaten zu einem ersprießlichen Verhältnis auch in wirtschaftlicher Beziehung zu gelangen.“

3. Innenpolitik:

„Mussolini suchte eine Pression auf den Herrn Bundeskanzler im Sinne der stärkeren Beteiligung der Heimwehren auszuüben. Der Herr Bundeskanzler ist diesen Versuchen jedoch mit Erfolg ausgewichen. Herr Mussolini empfahl dem Herrn Bundeskanzler, bereits Ende September die Verfassungsreform auf ständischer Grundlage fertigzustellen, ferner möglichst bald eine groß angelegte politische Rede mit dem Leitmotiv „Unabhängigkeit Österreichs nach außen und Erneuerung Österreichs nach innen“ zu halten. Der Herr Bundeskanzler stimmt dieser Auffassung zu und nimmt das Datum des 11. September für diese Rede in Aussicht. Weiter empfahl Herr Mussolini dringend die Unifizierung der verschiedenen patriotischen Fronten unter ausschließlicher Führung des Bundeskanzlers.“

Schon ein paar Tage nach Riccione war ein anderer Faschistensöldling bei Mussolini — diesmal aber in Rom —, Starhemberg. Und Mussolini schrieb wieder an Dollfuß:

Mussolini an Dollfuß

Rom, 9. September 1933

Lieber Kanzler!

Ich hatte in diesen Tagen den Besuch des Fürsten Starhemberg, und in zwei langen Besprechungen, die ich mit ihm hatte, führte er mir ausführlich die Lage der Heimwehren und die Beziehungen derselben zur Regierung, zu den anderen Parteien und zu den in Österreich bestehenden „Fronten“ aus.

Den Feststellungen des Fürsten Starhemberg zufolge — und dies entspricht auch anderen mir zugegangenen Informationen — arbeitet die nationalsozialistische Bewegung, wenn sie auch nicht mehr in der Lage ist, ihren Äußerungen Publizität zu verschaffen, noch immer unter der Oberfläche mit unverminderter Intensität. Nach dem Eindruck Starhembergs jedoch bestände die überwiegende Mehrzahl dieser sogenannten Nazisten aus nichts anderem als aus Unzufriedenen, die sich morgen vielleicht gewinnen ließen, wenn die Regierung und die an der Spitze derselben stehenden Parteien sich dahin einigen würden, in entschiedener Weise den Weg der Faschisierung des österreichischen Staates einzuschlagen.

Amlich wird gemeldet:

Im heutigen außerordentlichen Ministerrat unter Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß wurde über die im Laufe des heutigen Tages vorgefallenen schmerzlichen sozialistischen Ausschreitungen (sowie über den von sozialdemokratischer Seite anbefohlenen Generalstreik und die verübte Aufbietung des verbotenen Republikanischen Schutzbundes) berichtet.

Wenn auch die pflichtgetreue Haltung der staatlichen Exekutive, sowie die Tatsache, daß viele Arbeiterkreise sich zu diesem verantwortungslosen Treiben nicht mißbrauchen ließen, die beabsichtigte Katastrophe verhindert haben, so steht doch fest, daß die heutigen Ereignisse, die beauerlichweise bereits mehrere Todesopfer gefordert haben, erwiesenermaßen systematisch vorbereitet wurden, und daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs hierfür die volle Verantwortung trifft. Der Ministerrat beschloß daher die sofortige Auflösung dieser Partei.

Minister Schmik — Bundeskommissär für Wien

Der Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien, damit auch der Wiener Landtag, wurden aufgelöst und zugleich Bürgermeister, Landeshauptmann und Stadtsenat ihrer Funktionen enthoben. Vizekanzler a. D. Minister Richard Schmik wurde unbeschadet seiner Stellung als Minister zum Bundeskommissär für Wien bestellt.

Auf diese Art würde jenen der hauptsächlichliche Vorwand genommen werden, der ihre Opposition gegenüber der Regierung rechtfertigt, nämlich der, daß keine genügend intensive und entschiedene Tätigkeit für die Erneuerung des Staates im Zuge sei. Dieser Mangel an Vertrauen von seiten der überwählten Kategorie Unzufriedener und im allgemeinen seitens der Jugend gegenüber der von Eurer Exzellenz geführten Politik ist vor allem der Umstand zuzuschreiben, daß einige Elemente, wie die Minister Winkler und Schumy, denen jeglicher Wille und jegliche Möglichkeit abgesprochen wird, das Land aus dem Sumpfe des Liberalismus und der Demokratie herauszuführen, in der Regierung verweilen und an allen politischen Kundgebungen des offiziellen Österreich teilnehmen.

Man hat ein wenig den Eindruck, den ich nicht nur von Fürst Starhemberg, sondern auch von anderen zahlreichen Informationen, die mir ein bißchen von allen Seiten zufließen, gewinne, daß die verdienstvollen Bestrebungen und die große Leidenschaft Eurer Exzellenz für die Erneuerung des österreichischen Staates dadurch neutralisiert werden, daß Männer Stellung der ersten Linie in der Politik einnehmen, die niemals aufrichtig eine solche Idee werden teilen können.

Ich bin überzeugt, Herr Kanzler, daß angesichts der Österreich bedrohenden Gefahr dessen Errettung niemals in Kombinationen parlamentarischen Charakters wird gefunden werden können, sondern ausschließlich in einer organisierten Verteidigung, die sich auf die Jugend stützt und sich um eine neue Idee sammelt. Aus diesem Grunde unterbreite ich Ihrer aufmerksamsten Erwägung die Eindrücke, die ich in den letzten Zeiten und insbesondere nach unseren Gesprächen von Riccione gewonnen habe.

Was die Haltung der Heimwehren betrifft, muß ich erklären, daß ich die Besorgnis Fürst Starhembergs teile, der in der gegenwärtigen Lage es für angezeigt hält, eine gewisse Reserve zu beobachten, um größere Handlungsfreiheit hinsichtlich der dissidenten Jugendgruppen zu bewahren, die vielleicht noch gewonnen werden können.

Ich will glauben, daß die Rede, die Sie am kommenden 11. halten wollen, der österreichischen Erneuerungspolitik einen entschiedeneren und treibenderen Ton zu verleihen vermögen wird, und in der Erwartung, die weitere Entwicklung der Ereignisse in Österreich zu erfahren, die ich mit größtem Interesse verfolge, übersende ich Ihnen die Ausdrücke meiner freundschaftlichen Herzlichkeit.

Als Dollfuß am 22. September den Brief Mussolinis vom 9. September beantwortete, konnte er dem Duce freudig melden, daß er in der Faschisie-

rung Österreichs wieder ein gutes Stück weitergekommen sei. Am Tag zuvor hatte er die Regierung umgebildet und auftragsgemäß die Landbundesminister hinausgeworfen. Der Landbund hatte sich heftig gewehrt, und noch am vorhergegangenen Sonntag hatten sich die beiden Gegner ein heftiges Rededuell geliefert. Während Starhemberg in Kufstein den totalen Staat verkündete, richtete Winkler in Graz heftige Angriffe gegen den Austrofaschismus. Es nützte ihm nichts: Drei Tage später war er nicht mehr Vizekanzler und aus der Regierung entfernt.

Aber noch war Starhemberg für Dollfuß nicht tragbar. Vizekanzler wurde der Wiener Heimwehrführer Major Fey. Und Dollfuß kopierte Mussolini, indem er nach dem Beispiel des italienischen Diktators selbst vier Ressorts übernahm! Er war nun nicht mehr nur Bundeskanzler, sondern auch Außenminister, Heeresminister, Sicherheitsminister und Landwirtschaftsminister. Die Heimwehr stellte noch zwei Unterstaatssekretäre, Fürst Schönburg-Hartenstein für das Heerwesen und Neustädter-Stürmer für Arbeitsbeschaffung. Auch der christlichsoziale Heeresminister Vaugoin war aus der Regierung ausgeschieden worden.

Mit Recht konnte Dollfuß dem Duce erklären, daß er seinen Ratschlägen Rechnung getragen habe.

Dollfuß an Mussolini

22. September 1933

Euer Exzellenz!

Das hochgeschätzte Schreiben Eurer Exzellenz vom 9. d. M. habe ich erhalten und danke Ihnen herzlichst für diesen neuerlichen Beweis loyalsten Interesses und freundschaftlicher Gesinnung. Es war mir naturgemäß überaus wertvoll, auch durch Ihre freundlichen Darlegungen über den Verlauf des Römer-Besuches Fürst Starhembergs informiert zu werden und insbesondere die gegenständliche Auffassung Eurer Exzellenz kennenzulernen.

Ich habe die Gelegenheit eines Besuches Exzellenz Preziosi* kurz vor seiner Abreise nach Rom dazu benützt, dem Herrn Gesandten meine Absichten und Erwägungen hinsichtlich der nächsten Entwicklung der Dinge in Österreich darzulegen und ihn gebeten, Eure Exzellenz hievon mündlich und ausführlicher zu informieren, als mir dies auf schriftlichem Wege möglich wäre. Aus der mir durch S. Exz. Suvich zugekommenen telephonischen Mitteilung wie auch aus den überaus warmen Stimmen der italienischen Presse und den Berichten Dr. Bureschs und Dok-

* Preziosi war italienischer Gesandter in Wien.

tor Schüllers habe ich zu meiner großen Freude entnommen, daß meine programmatische Rede vom 11. d. M. die Zustimmung Eurer Exzellenz gefunden hat. Ich kann Eurer Exzellenz versichern, daß ich dieses Programm unter Rücksichtnahme auf die besonderen österreichischen Verhältnisse mit aller Energie in die Tat umzusetzen entschlossen bin.

Die mittlerweile mit der Neugestaltung meiner Regierung eingetretenen Veränderungen stellen einen weiteren Schritt in der Entwicklung dar, die ich mir in Riccione Eurer Exzellenz zu skizzieren erlaubt habe. Ich habe damit auch Ihrem guten Rate Rechnung getragen.

Ich hoffe nun in recht naher Zeit mit tiefgreifenden meritorischen Reformen, wie sie in meiner Programmrede angekündigt waren, hervortreten zu können.

Ich ergreife mit Freude diese Gelegenheit, um Eurer Exzellenz auf diesem Wege herzlichst für Ihr entscheidendes Eingreifen in der für die ganze Bauernschaft der österreichischen Alpen so wichtigen Frage unseres Holzexportes nach Italien zu danken.

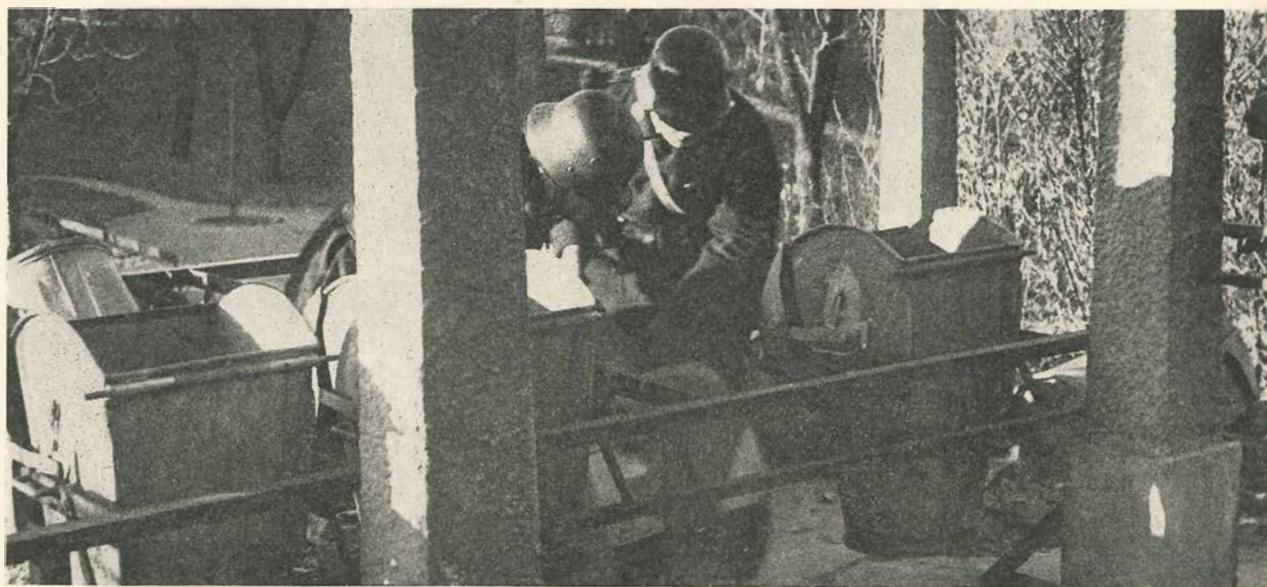
Genehmigen Eure Exzellenz die erneute Versicherung meiner aufrichtigen Verehrung, in der ich mit freundschaftlichsten Gefühlen zeichne als

Ihr stets ganz ergebener
Dollfuß

Zwischen dem September 1933 und dem Jänner 1934 weist die Dokumentensammlung eine Lücke auf: Es waren das die Herbstmonate, in denen Dollfuß sich erbötig gemacht hatte, sein Werk zu vollenden. Die Heimwehr war in die „Vaterländische Front“ eingetreten, und Starhemberg war Stellvertreter des „Führers“ geworden. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie nahm von Tag zu Tag an Heftigkeit zu. Ende Dezember verfügte die Regierung die Gleichschaltung der Arbeiterkammern. Anfang Jänner wurde der Heimwehrevizekanzler Fey zum Sicherheitsminister ernannt.

Am 18. Jänner 1934 kam der faschistische Unterstaatssekretär Suvich zu einem Staatsbesuch nach Wien. Er wurde fürstlich empfangen, und sowohl Gast als auch Gastgeber überboten sich bei öffentlichen Reden in faschistischen Drohungen.

Damals wurde in den geheimen Konventikeln zwischen dem Abgesandten Mussolinis und den verantwortlichen Männern der austrofaschistischen Regierung der entscheidende Schlag gegen die Demokratie beschlossen. Noch einmal bestätigte er die genau umrissenen Grundlinien der Verschwörung: Kampf gegen den Marxismus, eine antiparlamentarische faschistische Verfassung und die Beseitigung der Parteien.



Wien, am 13. Februar 1934

Suvich an Dollfuß

Streng vertraulich Rom, 26. Januar 1934
persönlich
Herr Bundeskanzler!

Nach meinem kurzen Aufenthalt in Österreich, der in mir so angenehme Erinnerungen zurückließ, nach Italien zurückgekehrt, habe ich mich beeilt, meine Eindrücke dem Regierungschef vorzutragen.

In erster Linie habe ich ihm gesagt, ich hätte den Eindruck gewonnen, daß die Regierung in der Lage ist, die Situation zu beherrschen, obwohl diese, insbesondere in der Provinz, an einem kritischen Punkte angelangt sei; ferner, daß die Kraft der Regierung in einem Augenblick so starker politischer Spannungen vor allem auf der bewaffneten Macht und den Heimwehren beruhe, daß die Unterstützung der Heimwehren unentbehrlich sei, um den Eindruck einer Reaktion auch von Seite der Bevölkerung gegen die Nazi zu geben; daß die Aktivität der Heimwehren sowie auch die anderer Organisationen derselben Art, die der Regierung günstig gesinnt sind, die notwendige Bedingung dafür sei, daß die bewaffneten Kräfte und auch die der öffentlichen Sicherheit der Regierung die Treue halten, da diese sonst sich in der öffentlichen Meinung isoliert fühlen würden.

Ich habe beigefügt, daß ich hingegen den Eindruck eines ziemlich weitverbreiteten Unbehagens wegen einer gewissen Untätigkeit der Regierung und wegen der in dem Erneuerungswerk eingetretenen Verzögerung gehabt hätte;

ferner, daß die aktiven Kräfte und insbesondere die jugendlichen Anhänger der Regierung bereit wären, der Regierung ihr Vertrauen zu erhalten, jedoch nur, wenn eine größere Entschiedenheit und Präzision im Erneuerungswerk sichtbar werden würde, welches sich auf einige genau umrissene Grundlinien stützt:

den Kampf gegen den Marxismus, die Reform der Verfassung in einem antiparlamentarischen und korporativen Sinne, die Beseitigung der Parteien und die Stärkung der Vaterländischen Front; schließlich, daß der Augenblick, um dieses entschiedenere Werk in Angriff zu nehmen, nicht weiter hinausgeschoben werden könne.

Es war auch mein Eindruck, daß die große Popularität, die der Bundeskanzler anlässlich seines ersten Auftretens im politischen Leben Österreichs gefunden hat, vor allem der Überzeugung entspringen ist, daß er der neue Mann ist, der mit all dem Schutt des ehemaligen demokratischen Österreichs reinen Tisch zu machen vermag;

weilers, daß es nötig ist, in dieser Beziehung der österreichischen öffentlichen Meinung absolut keine Enttäuschung zu bereiten, damit sie sich nicht den Nazi zuwende, bei welchen sie einen strammen Erneuerungswillen erblickt.

Eine Haltung in diesem Sinne, d. h. entschiedenen Erneuerungswillens, habe die Abwehr gegen den Terrorismus der Nazi gerechtfertigt, welche Abwehr nun mit der allergrößten Energie durchgeführt werden muß. In dieser Hinsicht ist der Umstand, daß die oberste Leitung über alle polizeilichen Kräfte dem Vizekanzler Fey übertragen worden ist, ein Motiv der Beruhigung.

Unter dieser Bedingung, habe ich dem Regierungschef erklärt, halte ich die Sache der österreichischen Unabhängigkeit und des durch Euer Exzellenz verkörperten Regimes für rettbar.

Ich bemerkte auch noch, daß eine Art Verschwörung besteht, die teils interessiert, teils unbewußt, alle Aktionen der Nazi besonders hervorstreicht, indem sie diesen eine größere Bedeutung zumißt, als sie sie in Wirklichkeit haben. Dies ist eine Gefahr, und zwar eine ernste Gefahr, da sie den Seelenzustand des „Unvermeidlichen“ schafft. Auch diese Gefahr könnte beseitigt werden, wenn die österreichische Regierung die oben angedeuteten Maßnahmen ergriffe, die nunmehr alle gesunden Kräfte des Landes erwarten und für unaufschiebbar halten.

Der Regierungschef hat meine Darlegungen gutgeheißen. Er hat mir bestätigt, entschlossen zu sein, bis zum Ende die Unterstützung Österreichs in seinem Unabhängigkeitskampfe aufrechtzuerhalten.

Auch der Regierungschef legt den größten Wert darauf, die aktiven und jugendlichen Formationen, die eine entschiedene und rasche Aktion verlangen, zu befriedigen. Es sind dies gerade die Leute, die mit ihrer Person bezahlen und sich in der Öffentlichkeit zeigen, was heute mehr als je notwendig ist. Der Bundeskanzler kann nicht in absoluter Weise auf den Bürger rechnen, der zu Hause bleibt und der, um ruhig leben zu können, morgen bereit ist, ein wie immer geartetes neues Regime anzunehmen.

Es ist wahrscheinlich, daß mein Besuch ein gewisses Aufatmen für die österreichische Regierung zur Folge haben wird. Von diesem muß Nutzen gezogen werden zur Bekräftigung des idealen Charakters, der allein die Macht

Dr. Hantschk, B.K.A., teilt mit: Bundeskanzler Dr. Dollfuß habe die Anregung gegeben, die E-Werke in Simmering nicht zu stürmen, sondern überfallsartig zu vergasen, damit die Arbeiter keine Gelegenheit hätten, die Maschinen zu zerstören. Herrn Präsident gemeldet.

Dr. Sturminger m.p.

(DÖW. Akt Nr. 5923)

haben kann, den gesunden Teil der Bevölkerung und die Jugend anzuziehen.

Der Regierungschef stimmt zu, in Italien, falls möglich in Rom, eine Zusammenkunft zu dritt — Italien, Österreich, Ungarn —, und zwar nach meinem Besuch in Budapest, zu veranstalten;

es erweist sich aber als nötig, daß Sie, Herr Bundeskanzler, in der Zwischenzeit eine der Handlungen vollführen, die von Ihnen im Einklang mit den Vereinbarungen von Riccione erwartet werden.

Bezüglich Ihres Besuches in Budapest hält der Regierungschef denselben für günstig und meint, daß er in der ersten Hälfte Februar stattfinden könnte, während ich daraufhin in der zweiten Hälfte desselben Monats nach Budapest führe.

Ich habe mir erlaubt, Herr Bundeskanzler, Ihnen sehr aufrichtig und genau zu berichten, was ich dem Regierungschef gesagt und was der Regierungschef mir geantwortet hat — in der Gewißheit, daß Euer Exzellenz die Motive des Interesses für Ihr Land, die mich zu dieser Aufrichtigkeit treiben, schätzen werden. Die vorstehenden Erwägungen und Bemerkungen haben kein anderes Ziel, als Ihnen, in dessen Händen sich natürlich alle Elemente der Beurteilung vereinigen, aufzuzeigen, was nach italienischer Auffassung am günstigsten, um nicht zu sagen nötigsten, unverzüglich vollführt werden sollte. Der Regierungschef hat den Eindruck, daß selten, wie in diesem Augenblick, von zeitgerecht ergriffenen Entschlüssen das Schicksal eines ganzen Landes abhängen kann; und niemand ist unter allen Gesichtspunkten geeigneter als Sie, um gemäß den dringenden Notwendigkeiten der gegebenen Situation zu handeln und Vorsorge zu treffen.

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, mit meinem erneuerten Dank für all das Zuvorkommen, dessen Gegenstand ich während meines Aufenthaltes in Wien gewesen bin, den Ausdruck meiner herzlichen Empfehlungen entgegennehmen zu wollen.

Suvich m. p.

In einem kurzen Antwortbrief an den italienischen Unterstaatssekretär für Äußeres, Fulvio Suvich, bekannte sich Dollfuß zu den vereinbarten Grundlinien, die das weitere Vorgehen bestimmen sollten. Er versicherte dem faschistischen Unterstaatssekretär, daß seine öffentlichen Drohreden auch bei den Schwankenden (gemeint waren die Bürgerlichen, vor allem jene christlichsozialen

Kreise, die bisher noch gezögert hatten und vor Staatsstreich und Gewalt zurückgeschreckt waren) einen tiefen Eindruck hinterlassen hatten. Er habe diese Stimmung nicht ungenützt gelassen, und das Tempo der Aktivität weise schon eine sichtliche Beschleunigung auf. Das alles aber war schon am 30. Jänner 1934! Und das „Tempo der Aktivität“ beschleunigte sich so weiter, daß schon dreizehn Tage später das schändliche Komplott gegen die Demokratie blutige Realität wurde.

Dollfuß an Suvich
Privatschreiben

Streng geheim

Wien, 30. Januar 1934

Sehr geehrter Herr Unterstaatssekretär!

Ihr überaus freundliches und interessantes Schreiben vom 26. d. M. ist mir zugekommen. Es hat mir eine aufrichtige Freude bereitet, von Eurer Exzellenz nochmals zu hören, daß Sie sich während des kurzen Aufenthaltes in Wien wohl gefühlt haben. Ich kann Sie meinerseits nur versichern, daß auch ich mich lebhaft gefreut habe, mich mit Ihnen wieder einmal gründlich aussprechen zu können. Ohne allen Zweifel hat der Besuch Eurer Exzellenz in Wien sich politisch sowohl im Inlande wie im Auslande äußerst günstig ausgewirkt, und insbesondere haben die

öffentlichen Äußerungen Eurer Exzellenz in den österreichischen Kreisen, deren Einstellung zu den Ereignissen eine schwankende ist, einen großen Eindruck hinterlassen. Die hiedurch günstig beeinflusste Stimmung wird unsererseits auch nicht ungenützt bleiben, und das Tempo unserer positiven Aktivität weist auch schon eine sichtbare Beschleunigung auf.

Von ganz besonderem Interesse sind für mich die freundlichen Darlegungen Ihrer konkreten Eindrücke sowie die neuerlich von hohem Verständnis zeugende Aufnahme, die dieselben bei Seiner Exzellenz, dem hochverehrten Herrn Chef der kgl. Regierung gefunden haben.

Unserer Vereinbarung gemäß habe ich nach Erhalt Ihres werten Schreibens für meinen zweitägigen Besuch in Budapest der königl. ungarischen Regierung — vorbehaltlich allfälliger Verhinderung durch die Entwicklung unseres Konfliktes mit Deutschland — die Woche vom 5. bis 12. nächsten Monats zur Verfügung gestellt und erhielt soeben die Mitteilung der ungarischen Regierung, daß für meinen Besuch der 7. und 8. Februar in Aussicht genommen sind. Über meine dort zu gewinnenden Eindrücke werde ich nicht ermangeln, Sie, sehr geehrter Herr Unterstaatssekretär, umgehend im Wege Herrn Preziosis informieren zu lassen.

Indem ich mit Vergnügen den in Aussicht stehenden Gelegenheiten entgegen sehe, die mir hoffentlich ein baldiges Wiedersehen mit Ihnen bieten werden, bleibe ich mit der Versicherung meiner besonderen Hochschätzung und den herzlichsten Grüßen

Ihr stets ganz ergebener
D.

Die Ausrottung des Marxismus ist nichts als ein unverantwortliches Geschwätz

Eine bürgerliche Presse-Stimme aus der Schweiz. Im „Landschäftler“ schrieb Dr. Sonderegger während der Februartage 1934:

„Durch Umstände, die ich später vielleicht einmal bekanntgeben werde, bin ich in eine gewisse Beziehung zum mächtigsten Mann im heutigen Österreich, zum Vizekanzler Dr. Fey, gekommen, der in seinen kurzen Briefen stets von der geliebten Heimat Österreich und seinem braven Volk zu schreiben pflegte. Am 15. Jänner 1934 schrieb ich ihm: ‚Ich sehe heute keine Möglichkeit mehr, den Gang der Ereignisse in Österreich aufzuhalten. Ein sehr großer Teil des österreichischen Volkes ist gegen die Regierung eingenommen und steht zum Teil aus wirtschaftlicher Not im Lager der Nationalsozialisten. Der Sturz der heutigen Regierung ist nur noch eine Frage der Zeit. Schwerwiegend ist, daß Sie Ihrer eigenen Leute nicht mehr sicher sein können. Hochstehende Heimwehrführer stehen in Verbindung mit den Nationalsozialisten und glauben, auf diesem Weg zu einer friedlichen Lösung zu kommen, wobei gleichsam zur Beschwörung dieses merkwürdigen Bundes der Sozialismus und das Judentum geopfert werden sollen. Es kann der Bürgerkrieg sein; denn nach den Erfahrungen in Deutschland kann sich der österreichische Sozialismus nicht widerstandslos dem Nationalismus preisgeben.‘

Auf diesen Brief habe ich keine Antwort mehr erhalten. Ich begreife das. Der Herr Vizekanzler

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Alfred Billmaier, Josef Deutsch, Herbert Erenberger, Michael Frühwirth, Johann Haas, Ludwig Havazik, Karl Marx, Karl Wolf, Rudolfine Muhr, Herbert Straka, Anton Tesarek, Rudolf Trimmel, Josef Voithofer.

Der Beitrag auf Seite 32 wurde von Genossen Theodor Körner anlässlich der Februar-Gedenkkundgebung im Jahre 1946 verfaßt. Für die Beistellung von Photos danken wir dem Österreichischen Institut für Zeitgeschichte.

war mit den Vorbereitungen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie, deren Mitglieder zwar auch zum braven österreichischen Volk gehören, beschäftigt. Und heute ist der Bürgerkrieg in vollem Gang. Hunderte von Arbeitern sind in heldenhaftem Kampf gefallen; die prächtigen Siedlungen der Gemeinde Wien werden durch Geschütze zu Ruinen geschossen. Aber trotz der Übermacht sind die Arbeiter in ihrem Verzweiflungskampf noch nicht besiegt. Die Regierung wendet sich im Radio an die Frauen der Arbeiter, sie sollen die Waffen ausliefern. Ihr Standgericht hat das erste Todesurteil gegen einen Arbeiter gefällt. Aber noch ist der Kampf nicht zu Ende.

Ausrottung des Marxismus? Ich habe mit einer geradezu fanatischen Leidenschaft immer die Überzeugung vertreten, daß der Marxismus, dessen Theorie falsch ist, niemals mit Gewalt unterdrückt oder bloß negativ bekämpft werden kann... Darum ist die gewaltsame Unterdrückung des Marxismus, die ja immer zugleich ein Kampf gegen die Menschen als dessen Träger ist, durch nichts zu rechtfertigen. ‚Die Ausrottung des Marxismus‘, wie sie von Nationalsozialisten, Faschisten oder Frontisten proklamiert wird, ist nichts als ein unverantwortliches Geschwätz, dessen Leere auch durch das Gerede vom Ständestaat nicht ausgefüllt wird.

Aber in Österreich handelt es sich gar nicht um die Ausrottung des Marxismus. Das ist nur der Vorwand. Der geschobene kleine Kanzler hatte von den Sozialisten nichts zu fürchten; sie haben ihn ja jahrelang gewähren lassen, obwohl seine tatsächlichen Leistungen schon längst zur Absetzung berechtigt hätten. Aber gerade, weil er im entscheidenden Problem, in der Bekämpfung der Krise, nichts Positives leisten konnte, mußte er die Diktatur erstreben: einmal, um sich der Kritik und Rechenschaft zu entziehen, zweitens, um sich bei den stets stärker werdenden Nationalsozialisten gut Freund zu machen. Die Arbeiterschaft aber war nicht nur Trägerin des marxistischen Gedankens...! Sie war auch Trägerin des demokrati-

schen und republikanischen Gedankens. Sie war das einzige nennenswerte Bollwerk gegen die Diktatur. Darum, und nicht wegen einer wirtschaftlichen Anschauung, mußte sie vernichtet werden. Der heldenhafte Kampf der österreichischen Arbeiter gegen die Regierung Dollfuß ist ein Kampf um die Freiheit, ein Kampf um die demokratischen Volksrechte, die durch die Staatsverfassung gewährleistet sind und von der Regierung einfach aufgehoben wurden.

Auch die ‚Kriegsschuld‘ liegt klar auf der Hand. Wir kennen die Geschichten von Waffenfunden und Aufstandsplänen; sie stehen immer zur Verfügung, wenn die Regierung sie braucht, ob im Liebknechtshaus in Berlin oder im Gewerkschaftshaus in Linz; der Schwindel ist derselbe. Tatsache ist, daß die Regierung seit langer Zeit jeden demokratisch denkenden Bürger, auch den Nichtsozialisten, auf das schwerste herausgefordert hat. Tatsache ist, daß sie ganz unverhüllt die Diktatur erstrebte. Tatsache ist, daß sie die Bewaffnung der Heimwehren zur Unterdrückung der Volksrechte duldete, aber die Bewaffnung der Arbeiter zum Schutz der Volksrechte verbot. Sie verlangte die Abdankung der sozialistischen Wiener Regierung. Was würden wir sagen, wenn der Bundesrat die Abdankung der Stadtzürcher und Genfer Regierung verlangen würde? Daß diese Regierungen sozialistisch sind, gehört zu den Betriebsunfällen der Demokratie, mit denen man rechnen muß. Für die guten Konservativen sind aber auch freisinnige Regierungen Betriebsunfälle der Demokratie, und für uns gehören überhaupt alle einseitigen Partei-Regierungen zu solchen Unfällen. Jede Gleichschaltung ist barbarisch, unmoralisch und veraltet, so modern sie auch erscheinen mag. Bringen die Diktaturen die Wirtschaft wieder in Gang, so wird unfehlbar auch der Drang nach Freiheit und der Widerstand gegen jede Gleichschaltung auferstehen.

Die Diktatur Dollfuß-Fey-Starhemberg mußte das rote Wien hassen, weil sie weder Freiheit noch Kritik ertrug. Sie wollte alle Organisationen der Arbeiter auflösen und hat es, wie das Radio soeben meldete, nun auch getan. Aber konnten sich die Arbeiter dies alles bieten lassen? Konnten sie die Demokratie, die Freiheit, die Verfassung, ihre erkämpften Rechte und Errungenschaften preisgeben, nur um dem unreifen Konkursiten* Starhemberg,

* Jemand, der Konkurs macht. Bankrotteur.

diesem Unheil Österreichs, keinen Anlaß zur Unzufriedenheit zu geben?

Ich frage nur: Was hätten wir denn getan, wir nichtsozialistischen Schweizer? Hätten wir unsere letzten Festungen, unsere letzten Positionen auch noch kampfflos preisgegeben? Hoffentlich zögert keiner mit der Antwort, es wäre schlimm. Auch wir hätten, trotz Regierung und Staatsschutzgesetz, zu den Waffen gegriffen; auch wir hätten uns gegen die Diktatur — bei uns sagt man Vollmachten! — gewehrt. Vielleicht müssen wir es noch tun. Es ist lächerlich, die Ursache des Bürgerkrieges darin zu erblicken, daß einige Arbeiter in Linz ihr Gewerkschaftshaus nicht kampfflos der Polizei übergeben wollten. Die einzige Ursache ist der unerhörte Angriff auf die Freiheit und die Volksrechte, und gerade wir Schweizer sollten — Marxismus hin oder her — den Mut aufbringen, offen zu sagen, daß diese Arbeiter im Heldenkampf der Freiheit gegen den Faschismus, gegen die Diktatur gefallen sind, ein Kampf, hinter dem in Tat und Wahrheit nicht ein jüdischer Wirtschaftstheoretiker, sondern die wuchtige Gestalt Andreas Hofers steht.

Blutschuld liegt auf der Regierung Dollfuß, Blutschuld am eigenen Volk. An den internationalen Konferenzen hat sich der kleine Kanzler seinen angeblichen Kampf um die Demokratie mit Anleihen bezahlen lassen. Dann verrät er die Demokratie an Mussolini und bündelt hinter dessen Rücken mit den deutschen Nationalsozialisten an. Und schließlich verwandelt er die arme Stadt Wien in ein Schlachtfeld in der eitlen Hoffnung, durch diesen Henkerdienst die Nationalsozialisten gewinnen und seine eigene Machtstellung retten zu können.

Das nennt sich Politik, das nennt sich Staatsmann. Man wechselt die Unfähigkeit, dem Volk aus der Krise zu helfen, um in politische Brutalität und absolute Vollmachten. Die Dinge rücken immer näher an uns heran. Wir sind nicht Österreich, aber auch bei uns zeichnen sich Konturen ab, die in andern Staaten bereits feste Gestalt angenommen haben.

Wir müssen wachsam sein. Straßenkämpfe bilden nur den letzten Abschnitt; die Hauptsache, die schrittweise Preisgabe der Freiheit, geht voraus.

Man möchte heulen über die Dummheit und Unfähigkeit, die heute allerorten in der Welt regiert. Und auch über die Herrschaft der Lüge; denn auch der größte Mißerfolg wird zu einem Erfolg umgelogen.“



Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer
Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher
Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telephon 63 27 31.
Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V,
Rechte Wienzeile 97.



Parteitag 1974: Offene Diskussion! Der Parteivorstand hat beschlossen, daß der kommende Parteitag im Februar 1974 - ein historisches Datum, 40 Jahre nach dem 12. Februar 1934 - sich nicht mit einem neuen Wahlprogramm beschäftigen wird, sondern mit der wichtigen Frage der Rolle der Parteien in der Demokratie und der Sozialdemokratie im besonderen. Das wird die große, längst fällige Debatte darüber sein, wie die Wirkungsmöglichkeiten der Partei, die innerparteiliche Demokratie, ihre Beziehungen zu den ihr angeschlossenen und verwandten Organisationen am zweckmäßigsten zu gestalten sind. Das wird ein Tagesordnungspunkt sein, der eine freie Diskussion auslösen wird, weil wir das Gefühl haben, daß es das Bedürfnis zu dieser Diskussion überall in dieser großen Partei gibt.

Genosse Dr. Bruno Kreisky vor dem Bundesparteirat der SPÖ in Linz
am 20. September 1973